



***UNSERE* ZEITENWENDE FRIEDEN MIT MENSCH UND NATUR**

Anträge

32. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands · 25. bis 27. April 2025 · Kaiserslautern

Liebe NaturFreundinnen und NaturFreunde,

in der Geschäftsordnung des Bundeskongresses heißt es zur Behandlung der Anträge unter Ziffer 9.a:

„Die Anträge werden von der Antragskommission gesichtet, zusammengefasst und münden in eine **Empfehlung der Antragskommission, über die abgestimmt wird**. Der Kongress kann mit Mehrheit verlangen, dass zuerst über den Ursprungsantrag abgestimmt wird.“

Im Antragsheft sind in der linken Spalte die Anträge in der Ursprungsform der Antragsteller*innen dargestellt und in der rechten Spalte die Antragsform, die die Antragskommission vorschlägt und über die der Kongress dann abstimmt. Veränderungen gegenüber dem Ursprungstext sind **fett** markiert oder bei Streichungen durch Auslassungszeichen [...] gekennzeichnet. Von Delegierten gewünschte **Änderungsanträge sind schriftlich einzureichen** und müssen sich auf den Text der Antragskommission beziehen.

Hat die Antragskommission den Ursprungstext des Antrages nicht verändert, erscheint in der rechten Spalte lediglich die Empfehlung: Annahme, Ablehnung oder Überweisung.

Dieses Verfahren wurde gewählt, um dem Kongress die Arbeit zu erleichtern und sicherzustellen, dass die Beschlüsse des Kongresses in sich und im Verhältnis untereinander schlüssig bleiben und besser umsetzbar werden.

Die Antragskommission

Übersicht der fristgerecht eingegangenen Anträge zum Bundeskongress 2025

1. Themenbereich: Unsere Zeitenwende

1 - 1	Frieden verlangt den Mut zur Mündigkeit: Das Wichtigste in der zusammengewachsenen Welt sind Frieden und der Wille zur Zusammenarbeit	Bundesvorstand	Seite	5
1 - 2	NaturFreunde bringen Frieden in Bewegung	Bundesvorstand	Seite	11
1 - 3	Auf der Höhe der Zeit: Programmatische Leitideen und Prinzipien für die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands	Bundesvorstand	Seite	13
1 - 4	Neuer Fortschritt - das Ende des naiven Fortschrittsglaubens	Bundesvorstand	Seite	17
1 - 5	Forderungen an die neue Bundesregierung	Bundesvorstand	Seite	19
1 - 6	Die soziale und ökologische Gestaltung der Großen Transformation braucht auch einen neuen Wohlstandsindikator	Bundesvorstand	Seite	21

2. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

2 - 1	RESOLUTION Es bleibt dabei: Nein zur Atomenergie!	Bundesvorstand	Seite	23
2 - 2	RESOLUTION Klimaschutz: Unter 1,8 Grad Celsius Erderwärmung bleiben!	Bundesvorstand	Seite	29
2 - 3	Für eine ökologische Bundesverkehrswegeplanung	LV Hessen	Seite	37
2 - 4	Für eine bahnpolitische Strategie und eine kohlendioxid- und emissionsreduzierende Verkehrspolitik	BFG Natur- und Umweltschutz	Seite	39
2 - 5	Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft und Ernährung	BFG Natur- und Umweltschutz	Seite	43
2 - 6	Für eine sozial und ökologisch verträgliche Wärmewende, die Betroffene zu Beteiligten macht	BFG Natur- und Umweltschutz	Seite	45
2 - 7	Kein Aufweichen der Gentechnikregulierung	BFG Natur- und Umweltschutz	Seite	49
2 - 8	Für eine naturverträgliche Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Baggerseen	BFG Natur- und Umweltschutz	Seite	53
2 - 9	Reform des Bergrechts und des Umweltrechts	LV Hessen	Seite	55

3. Themenbereich: Demokratie und Antirassismus

3 - 1	Hand in Hand gegen Rassismus: Für eine Gesellschaft in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung	Bundesvorstand und LV Berlin	Seite	57
3 - 2	Unterstützung von FARN	Bundesvorstand	Seite	63
3 - 3	Rechten Terror mit staatlicher Härte und zivilgesellschaftlicher Stärke bekämpfen	LV Hessen	Seite	65
3 - 4	Für Demokratie und Solidarität - Demokratieprojekte sichern	Bundesvorstand	Seite	67
3 - 5	Gesetzentwurf Demokratieförderung verabschieden - Demokratieprojekte sichern	LV Hessen	Seite	69

4. Anträge zur Organisation

A Verbandsentwicklung

A - 1	Unsere Zeitenwende - NaturFreunde stärken!	Bundesvorstand	Seite	71
A - 2	Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle	LV Hessen und Nordrhein-Westfalen	Seite	75
A - 3	Aufnahme der NaturFreunde in den DOSB	BFG Bergsport, Kanu- sport, Schneesport und Wandern	Seite	77
A - 4	Beitritte zu Landessportbünden	LV Hessen	Seite	79
A - 5	Sozial-ökologisches Wandern	Bundesvorstand und BFG Wandern	Seite	81
A - 6	Aufbau eines NaturFreunde-Expert*innen-Pools	LV Sachsen	Seite	83

B Verbandskommunikation

B - 1	Parteilpolitische Unabhängigkeit bei Stellungnahmen	BFG Bergsport, Kanu- sport, Schneesport und Wandern und OG Dietlingen, Nordheim, Ötisheim, Pforzheim- Büchenbronn, Stockach und Töging	Seite	85
B - 2	Etablierung eines aktiven Verbandsmarketings inklusive einer Marketingstrategie	LV Niedersachsen	Seite	87
B - 3	Optimierung der Homepage	BFG Bergsport, Kanu- sport, Schneesport und Wandern	Seite	89
B - 4	Einrichtung einer zentralen Cloud	BFG Bergsport, Kanu- sport, Schneesport und Wandern	Seite	91
B - 5	Einführung der Option eines digitalen Versands der NATURFREUNDiN	LV Nordrhein-Westfalen und OG Bochum- Linden-Dahlhausen	Seite	93
B - 6	Verzicht auf gedrucktes Verzeichnis der Naturfreunde Häuser	LV Württemberg	Seite	95

B - 7	Optimierung von Sponsoring und Kooperationen bei den NaturFreunden	BFG Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern	Seite	97
B - 8	Überlassung von Mitglieder-E-Mail-Adressen an Landesverbände	LV Hessen	Seite	99
C	Verbandsfinanzierung			
C - 1	Finanzielle Entlastung der Ortsgruppen über ihre aktiven Mitglieder	BFG Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern	Seite	101
C - 2	Festsetzung der Bundesbeiträge ab 1.1.2028	Bundesvorstand	Seite	103
C - 3	Verzicht auf Beitragserhöhung zum 1.1.2027	OG Einhausen	Seite	105
C - 4	Aussetzung zweite Stufe Beitragserhöhung	OG Bad Emstal	Seite	107
C - 5	Änderungen der Beitragsstruktur	Bundesausschuss	Seite	109
C - 6	Einführung der Option eines digitalen Mitgliedsausweises	LV Nordrhein-Westfalen und OG Bochum-Linden-Dahlhausen	Seite	111
C - 7	Anpassung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk	BFG Naturfreunde-häuser	Seite	113
C - 8	Entwicklungsabgabe auf Umsatzbasis	LV Württemberg	Seite	117
C - 9	Teilauszahlung Restitutionsvermögen	LV Sachsen	Seite	119

Antragsteller: Bundesvorstand

	Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1	Frieden verlangt den Mut zur Mündigkeit: Das Wichtigste in der zusammen- gewachsenen Welt sind Frieden und der Wille zur Zusammenarbeit	<i>Annahme</i> 1
5	A. Die Geschichte der NaturFreunde ist auch eine Geschichte des Einsatzes für den Frieden. Heute sind wir erneut gefordert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist zum Katalysator für einen Weltordnungskrieg, globale Aufrüstung und die Blockade einer gemeinsamen Friedens- und Weltinnenpolitik geworden. Im Nahen Osten kann eine ganze Region in Flammen gesetzt werden mit furchtbaren Folgen für die Welt. Terror und Gewalt schaukeln sich gegenseitig hoch und treffen vor allem Kinder, alte Menschen und finanziell schwache Gruppen.	5
10	In beiden Regionen muss es schnell und dauerhaft zu Waffenstillständen und Friedensverhandlungen kommen. Und nicht nur dort. Weltweit werden derzeit 21 Kriege und zahlreiche militärische Auseinandersetzungen geführt. Die Forderung „Nie wieder Krieg!“, die Käthe Kollwitz im Auftrag der sozialistischen Jugend 1918 auf ein Plakat zeichnete, ist auch nach den großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts immer noch unerfüllt.	10
15	B. Aus Sicht der NaturFreunde ist die Entspannungspolitik nicht überholt, aber sie muss weiterentwickelt werden. Das erfordert eine mutige Politik und mündige Staatsbürger*innen. Aufklärung ist auch heute der Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit. Oder – wie es aktuell heißen muss – aus der Falle der Kriege und ihrer Eskalation. Haben wir also im Sinne von Immanuel Kant den Mut, uns des eigenen Verstandes ohne die Leitung eines anderen zu bedienen? Das ist der Mut zur Mündigkeit, den wir brauchen, um zu einem kritischen Selbstdenken fähig zu sein.	15
20		20
25		25
30		30
35		35
40	Kant hat in seinem Spätwerk <i>Zum ewigen Frieden</i> seine Moralphilosophie, den kategorischen Imperativ, in der Form eines Friedensvertrages konkretisiert. Der Frieden war für ihn eine kosmopolitische Idee, untergeordnet einem allgemeingültigen Rechtssystem: „Das Recht der Menschen muss heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten.“ Die Ideen des Völkerrechts und die Charta der Vereinten Nationen wurden wesentlich von dieser Schrift beeinflusst.	40
45		45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Die sechs Präliminarartikel von Kant sind noch immer aktuell. Sie sollten aufgegriffen und um soziale und ökologische Ziele erweitert werden. Sie waren die Grundlage für das liberale System des Westens und können durch ihre globale Ausrichtung auf die kritische Vernunft heute zum Friedensvertrag für die zusammengewachsene Welt werden. Dafür brauchen wir eine starke Friedensbewegung, die sich nicht Stimmungen anpasst, sondern der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik eine klare Absage erteilt.	1 5 10
Dabei lassen wir uns von folgenden Erkenntnissen leiten: 15 C. Seit drei Jahren findet der Krieg in der Ukraine bereits statt, er droht zu einem Krieg bis zur Erschöpfung zu werden. Krieg bedeutet Tod, Verstümmelung, Elend, Flucht und die Zerstörung von Infrastruktur und Wohngebieten. Er zeigt erneut die grausame Wirklichkeit von Kriegen. Krieg bedeutet Aufrüstung und milliardenschwere Geschäfte für die Rüstungsindustrie. Krieg trifft in erster Linie die finanziell schwachen Schichten. Krieg bedeutet immer auch die Gefahr der Ausweitung und Eskalation, denn Krieg kennt keine Grenze in sich. Er braucht politisch-diplomatische Lösungen statt immer mehr Aufrüstung.	15 20 25
30 Der Krieg hat eine komplexe und komplizierte Vorgeschichte, die nicht verdrängt werden darf und auch die Frage nach der „Selbstbehauptung Europas“ stellt. Nicht die NATO darf die Politik der EU-Staaten bestimmen, sondern umgekehrt müssen die gewählten Regierungen und Parlamente vorgeben, was die Aufgabe der NATO ist. Zentrales Ziel muss die Gemeinsame Sicherheit sein, so wie sie in der KSZE-Schlussakte und der Charta von Paris für ein neues Europa vorgegeben sind.	30 35
40 D. Nichts rechtfertigt Kriege. Wir sagen Nein zum Krieg und fordern einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Der Ukraine-Krieg wird sonst immer stärker zum Katalysator für einen Weltordnungskrieg mit unüberschaubaren Auswirkungen:	40
45 1. Der Krieg ist ein Anschlag auf menschliches Leben. Es gibt keine größere Tragödie als die Ermordung von Menschen und keine größere Ungerechtigkeit als das Töten von Kindern. In diesem Krieg sterben nicht nur Soldat*innen auf bei-	45 50

	Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1	den Seiten, die überwiegend aus einfachen Verhältnissen stammen, sondern auch viele unschuldige Zivilist*innen.	1
5	2. Aus dem Krieg ist ein blutiger Stellungskrieg geworden, der stark an die Schlachten des Ersten Weltkriegs erinnern. Die Gefahr wächst, dass eine ganze Generation ausblutet.	5
10	3. Der Krieg hat eine innere Eskalationsdynamik. Die Gefahr wächst, dass nicht nur immer schwere Waffensysteme eingesetzt werden, sondern auch die NATO in den Krieg hineinrutscht. Der Einsatz geht bereits über die Ukraine hinaus. Der Krieg kann zu einem großen Krieg in Europa werden.	10
15	4. Der Krieg hat zu einem Ende des militärischen Kontroll- und Rüstungsbegrenzungsregime geführt, das nach der Kuba-Krise von 1962 entstanden ist. Besonders folgenreich für Europa ist die Aufkündigung des INF-Vertrages von 1987, der zur Verschrottung der landgestützten Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 5.500 Kilometern Reichweite geführt hat.	15
20		20
25	5. Die NATO hat sich – begründet mit dem Ukraine-Krieg – weitreichend neu aufgestellt. Die Aufrüstung nimmt zu und soll deutlich über einen Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgehen. Aus dem Nordatlantischen Verteidigungspakt soll mit dem Konzept NATO 2030 eine globale Armee werden, die neben Russland vor allem China als Hauptgegner sieht.	25
30		30
35	6. Derzeit verfügen neun Staaten über insgesamt 12.512 Atomwaffen. Russland und die USA verfügen über mehr als 90 Prozent davon. Beide Staaten modernisieren ihre Arsenale und weitere Staaten versuchen Atombomben zu bauen.	35
40	7. Die zusammengewachsene Welt braucht mehr denn je Kooperation und ein gemeinsames Vorgehen. Andernfalls sind die großen globalen Herausforderungen, zu denen insbesondere die Klimakrise gehört, nicht zu bewältigen. Notwendig ist eine Weltinnenpolitik.	40
45	8. Der Mensch ist im Anthropozän zum stärksten Treiber der Naturprozesse geworden. Doch die Natur „schlägt zurück“, Klimakriege werden denkbar. Die Gefahr wächst, dass die Selbstzerstörung möglich wird. Würden die zwei Prozent BIP nicht für Rüstung, sondern für den Klimaschutz verwendet, könnte die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius begrenzt werden.	45
50	9. Die EU verzeichnet einen deutlichen Einflussverlust. Die USA diktieren wichtige Entscheidungen. Sie haben ihre Macht auf dem alten Kontinent	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 gesteigert. Die liberale Demokratie wurde geschwächt.	1
10. Das Kräfteverhältnis auf der Welt verändert sich stark. Die BRICS-Staaten spielen eine immer stärkere Rolle. China verbreitet mit dem Projekt der Seidenstraßen sein Entwicklungsmodell. Der Globale Süden entwickelt ein neues Selbstbewusstsein.	5
10 E. Die wichtigste Aufgabe ist es, Wege zu finden, um die Kriege zu beenden. Gemeinsame Sicherheit – heute erst recht! Vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten. In Europa sollte eine Konferenz im KSZE-Format, die sich an der Charta von Paris orientiert,	10
15 Vorschläge für eine dauerhafte gesamteuropäische Sicherheitsordnung aushandeln.	15
20 Für Israel muss die Zwei-Staaten-Lösung von Camp David wieder aufgegriffen werden, um zu einer neuen Stabilität und Sicherheit zu kommen.	20
25 F. Eine neue Friedens- und Entspannungspolitik muss an den Empfehlungen der drei Reports der Unabhängigen UN-Kommissionen der 1980er-Jahre anschließen. Dazu zählen der Nord-Süd-Report, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und die Leitidee der Nachhaltigkeit. Sie müssen als Einheit gesehen werden. Nord-Süd-Solidarität ist nicht ohne gemeinsame Sicherheit zu erreichen. Und gemeinsame Sicherheit nicht ohne Nachhaltigkeit. Und Nachhaltigkeit nicht ohne Nord-Süd-Solidarität. Das sind die entscheidenden Grundlagen für eine Weltinnenpolitik.	25
30 Doch statt diese Programmatik aufzugreifen, hat sich im politischen und öffentlichen Mainstream der letzten Jahre eine Ausrichtung auf Aufrüstung, militärische Einsätze und Militarisierung der Außenpolitik unter der Dominanz der NATO durchgesetzt. Beispielsweise steht dafür das Papier <i>Neue Macht – neue Verantwortung</i> aus dem Jahr 2013, erstellt unter der Führung der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund of the United States.	30
35	35
40	40
45 Die NaturFreunde Deutschlands bleiben mitbestimmender und kritischer Teil der Friedensbewegung in Deutschland. Angesichts der immer stärkeren Rechtsentwicklung und der Wirkmächtigkeit national-autokratischer Politik initiiert der Bundesvorstand inner-	45
50 verbandlich mit geeigneten Formaten einen Verständigungs- und Diskussionsprozess über die Rolle der	50

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission		
1	Friedensbewegung und den aktiven Beitrag der NaturFreunde.			1
5	Die NaturFreunde Deutschlands werden ihre Bildungsarbeit zu diesem Thema und den sozialen Auswirkungen der Aufrüstung intensivieren.			5
10	Die NaturFreunde werden in regelmäßigen Zeitabständen als gemeinsames Projekt Friedenswanderungen organisieren.			10
Abstimmung:		Ja	Nein	Enthaltung

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 NaturFreunde bringen Frieden in Bewegung <i>Frieden in Bewegung - die große NaturFreunde-Wanderung für Frieden und Abrüstung - wird 2025 zum dritten Mal stattfinden. Sie beginnt am 3. Mai als grenzüberschreitende Wanderung mit paralleler Radtour im niederländischen Den Haag und endet am 22. Mai in Bremen. Neben der Wanderung gibt es ein breites Programm mit Kundgebungen, Empfängen bei Bürgermeister*innen und Abendveranstaltungen, das auf www.frieden-in-bewegung.de ausgeschrieben wird.</i> Unterstützt die Friedenswanderung! 15 Der Bundeskongress ruft alle NaturFreund*innen dazu auf, Frieden in Bewegung 2025 aktiv zu unterstützen. Die Friedenswanderung steht für die zentrale Botschaft des Friedens, der Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität - Werte, die tief in den Grundsätzen der NaturFreunde verwurzelt sind. Die Route führt zu Orten des Friedens. 25 Die Route von Frieden in Bewegung 2025 verbindet zentrale Themen des Friedens wie Abrüstung, internationale Friedensarbeit, Klimagerechtigkeit und den Kampf gegen soziale Ungleichheit. Die Friedenswanderung startet im Herzen des internationalen Rechts, am Friedenspalast in Den Haag, und passiert auf ihrem Weg nach Bremen wichtige Orte der Erinnerung und Mahnung. Dazu gehören zum Beispiel das ehemalige KZ Vught, der Atomwaffenstandort Volkel und auch das Ruhrgebiet - eine Region mit einer auch friedenspolitisch bewegten Geschichte. In den Städten Münster und Osnabrück, ehemals Schauplätze des Westfälischen Friedens, erinnert die große Friedenswanderung anschließend an die Errungenschaften der damaligen Friedensverhandlungen und den ständigen Kampf für eine gerechte und friedliche Welt. In der Hansestadt Bremen endet Frieden in Bewegung 2025 dann mit einer großen Abschlussveranstaltung. Alle NaturFreund*innen sind eingeladen. 45 Alle NaturFreund*innen, alle Ortsgruppen, Bezirke, Landesverbände, Fachgruppen und die Naturfreundejugend sind herzlich eingeladen, sich an der großen Friedenswanderung zu beteiligen. Dies kann durch persönliche Teilnahme, die Organisation von begleitenden Veranstaltungen oder die finanzielle	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Unterstützung der Wanderung erfolgen. Um die Bedeutung von Frieden in Bewegung 2025 zu unterstreichen, werden alle Mitglieder ermutigt, die Friedensbotschaft auch in ihren lokalen Gruppen zu thematisieren und durch Social-Media-Aktivitäten zu verbreiten.	1
5 Sprecht eure Familien, Freund*innen, Kolleg*innen und Nachbarn an und wandert alle gemeinsam mit!	5
10 Am Tag des Wanderns soll es viele kleine Friedenswanderungen in Ortsgruppen geben. Zum Tag des Wanderns am 14. Mai 2025 sind alle Ortsgruppen der NaturFreunde Deutschlands aufgerufen, eigene kleine Friedenswanderungen in ihren Regionen durchzuführen, diese öffentlich zu bewerben und möglichst auch zu dokumentieren.	10
15	15

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Frieden in Bewegung - die große NaturFreunde-Wanderung für Frieden und Abrüstung - ist eine einzigartige Möglichkeit, die Werte der NaturFreunde in die Öffentlichkeit zu tragen und aktiv zur Friedensarbeit beizutragen. Die besuchten Orte symbolisieren wichtige Aspekte der deutschen und internationalen Friedensgeschichte, während die Wanderung selbst ein kraftvolles Zeichen für zivilgesellschaftliches Engagement setzt. Durch eine breite Unterstüt-

zung und zahlreiche Teilnahme möglichst vieler NaturFreund*innen kann die Wirkung dieser Veranstaltung verstärkt werden.

Der Bundeskongress wird durch diesen Antrag in die Lage versetzt, die Friedenswanderung zu einem gemeinsamen Projekt aller NaturFreund*innen in Deutschland zu machen und die Friedensbotschaft besser in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Auf der Höhe der Zeit: Programmatische Leitideen und Prinzipien für die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands 5 Der Bundesvorstand der NaturFreunde wird aufgefordert, zusammen mit Vertreter*innen der Landesverbände, Fachgruppen und der Naturfreundejugend eine Arbeitsgruppe zu bilden, die programmatische Leitideen und Prinzipien für die weitere Arbeit der NaturFreunde vorlegt. Diese Leitideen und Prinzipien sollen vom nächsten Bundeskongress beschlossen werden. 10 Ziele der Arbeitsgruppe sind: die historischen Wurzeln der NaturFreunde weiterzuentwickeln, eine Antwort auf die Herausforderungen dieses „unheimlichen Jahrhunderts“ (Thomas Fassbender) zu liefern und den Weg zu einem sozial-ökologischen Fortschritt aufzuzeigen. 15 Die Leitideen und Prinzipien müssen von der sozialen und ökologischen Gestaltung der Großen Transformation und der Bewahrung des Friedens ausgehen. 20 Neben der Positionsbestimmung der NaturFreunde-Arbeit im Anthropozän, die der letzte Bundeskongress beschlossen hat, ist das der zweite Baustein in der programmatischen Positionsbestimmung der NaturFreunde-Arbeit. 25 Wir NaturFreunde zeigen, dass wir auf der Höhe der Zeit sind und mutige Leitideen und Prinzipien für die sozial-ökologische Gestaltung unserer Zeit haben, die den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Wir geben keine kurzfristigen technokratischen oder modischen Antworten, sondern zeigen uns fähig, die Zusammenhänge und Ursachen der heutigen Umbrüche zu beschreiben und die programmatischen Leitideen für einen neuen Fortschritt aufzuzeigen. Mit uns zieht eine neue Zeit. 30 35 40	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung des Antragstellers

I.

Die Debatte, ob die NaturFreunde auch ein politischer Verband sind, ist so alt wie unsere Organisation selbst. Natürlich sind wir in vielen Sport- und Freizeitbereichen aktiv – das ist gut so und soll so bleiben –, aber das ist auch kein Gegensatz zu unserem politischen, geschichtlichen und kulturellen Engagement, wie unsere Geschichte belegt.

Wir NaturFreunde bleiben ein Verband mit einer lebensreformerischen Programmatik. Wir haben starke Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung. Unsere vielfältigen Aktivitäten wurden aber vor allem im Freizeitbereich entwickelt, stets mit dem Anspruch, zur Emanzipation der Menschen, also zur Befreiung von Abhängigkeiten und Zwängen in gleichzeitiger ökologischer Verträglichkeit, beizutragen. Das sind bis heute zentrale Ziele der NaturFreunde.

Gegründet wurden die NaturFreunde in einer Zeit, die stark vom Manchesterkapitalismus geprägt war. Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse standen in der zweiten industriellen Revolution mit der Mechanisierung und Vertaktung der Arbeit in einem drastischen Gegensatz zu den Anforderungen an Menschenwürde und Lebensqualität. Auf der einen Seite gab es die Bismarckschen Sozialgesetze, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiter*innenschaft möglichst lang und intensiv zu nutzen. Auf der anderen Seite wurden die Sozialistengesetze zur Unterdrückung der organisierten Arbeiter*innenschaft erlassen, mit denen vor allem Sozialdemokrat* und Kommunist*innen verfolgt und unterdrückt wurden.

Die Antwort auf die Ausgrenzung und Verfolgung der angeblich „vaterlandslosen Gesellen“ hieß, selbst für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse einzutreten. Dazu zählten neue Formen solidarisch-genossenschaftlicher Selbsthilfe. Die NaturFreunde waren ein Teil dieser „Gegenöffentlichkeit“. Sie wurden zu einer lebensweltlichen Kulturbewegung mit starken Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung. Der frühere IG-Metallvorsitzende Eugen Loderer nannte die NaturFreunde die „grünen Roten“ und stellte fest: „Der Fortschritt war Beton, die NaturFreunde sind immer grün gewesen.“

Die NaturFreunde gaben in der Lebenswelt sozial-ökologische Antworten auf die Zwänge, Entfremdung und Abhängigkeiten des entfesselten Kapitalismus und schlugen eine Brücke von der Arbeitswelt

in den Freizeitbereich. Sie setzten sich ein für Solidarität, Gerechtigkeit und Geborgenheit und versuchten, die Utopie sozialistischer Lebensweisen zu erproben und zu konkretisieren für ein selbstbestimmtes Leben im Einklang mit Mitwelt und Mitmensch.

Von daher sind die NaturFreunde kein reiner Umweltverband. Und das ist auch richtig so, denn mehr denn je geht es heute darum, Trennungen zu überwinden und dauerhaft zu einer solidarischen Verbindung von Mitmensch zu Mitwelt zu kommen. Die NaturFreunde waren und sind ein Verband der Nachhaltigkeit.

Wir sind in vielen Bereichen aktiv. Was uns zusammenhält, ist der Anspruch einer sozial-ökologischen Reform- und Freizeitbewegung. Heute müssen wir einen Beitrag leisten, die neue Große Transformation zu gestalten, statt sie weiterhin den Märkten zu überlassen. Die Große Transformation wird auf offenen und ungleichen Märkten von Gier und Egoismus mit dem Ziel vorangetrieben, Mensch, Natur und Geld möglichst schnell und umfassend zu nichts als Waren zu machen.

II.

Die Große Transformation wird nicht politisch-demokratisch gestaltet. Doch dem Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi zufolge erniedrigen ungezügelte Marktkräfte die menschlichen Tätigkeiten, erschöpfen die Natur und machen die Wirtschaft krisenanfällig. Ralf Dahrendorf warnte: „Die Leitsterne unserer [westlichen] Politik erlöschen.“ Wir dürfen die Zukunft nicht den Märkten überlassen, sondern müssen den Widerstand in der Gesellschaft stärken und die Parteien aus ihrer lähmenden Anpassung an den Zeitgeist herausholen.

Die Summe und Parallelität der Krisen sind heute beängstigend. Es gab bisher nur wenige Momente in der Geschichte der Moderne, in denen so viel gleichzeitig in die Brüche ging. Immer mehr Menschen vertreten die Überzeugung, dass etwas grundlegend Neues notwendig ist. Das alte Haus von Fortschritt und Moderne wackelt bedenklich, aber das neue ist nicht einmal in solider Planung. Und es fehlt auch an einem adäquaten Deutungsmuster für die Konflikte und Probleme unserer Zeit.

SIPRI, das schwedische Institut für Friedensforschung, warnt vor dem Versagen der Politik. Aber

das Verständnis fehlt, dass die Menschheitsgefahren unserer Zeit nur solidarisch bewältigt werden können. Überhaupt fehlt die Klarheit, um was es im globalen Neoliberalismus geht.

Die heutigen Herausforderungen begannen oft mit Ereignissen, die in keinem direkten Zusammenhang zu sein scheinen, aber langfristige Folgen haben. Anfangs gibt es nur feine Verbindungen mit sich verstärkenden Wechselwirkungen, die dann immer stärker werden. Als ein tiefer Einschnitt ist der Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods im Jahr 1971 zu sehen. Die Banken übernahmen das Kommando über die Wirtschaftsprozesse mit dem Ziel, möglichst schnell hohe Gewinne zu machen.

Ein Jahrzehnt später kam es zur neoliberalen Ideologie. Sie löste den Keynesianismus ab und hat sich weltweit ausgebreitet mit fatalen Folgen für die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft. Die soziale Ungleichheit nimmt seitdem wieder zu. Mehr noch: Die kapitalistischen Denkweisen verankern sich tief im Alltagsbewusstsein und tragen zur Reproduktion des Kapitalismus bei.

Auch 1979 war ein schwerwiegendes Schicksalsjahr mit weitreichenden Folgen. Drei Ereignisse traten dabei besonders hervor: Der Machtantritt von Ajatollah Chomeini im Iran, der das Dogma des Islams über das Recht von Politik und Staat setzte, der brutale Terrorangriff in Saudi-Arabien auf die Kaaba im inneren der Moschee von Mekka sowie der russische Krieg gegen Afghanistan. Die Folgen führten zum Aufstieg des radikalen Islamismus.

1990 wurden die großen, vielleicht sogar einmaligen Chancen aus dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt nicht genutzt für ein neues gemeinsames Haus Europa und eine friedliche Welt, wie dies in der Charta von Paris aufgezeigt und angestrebt wurde.

Heute findet, ausgelöst durch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, ein Weltordnungskrieg statt. Diese Kriege sind Katalysatoren für tiefgreifende Umbrüche. Die europäische Welt verliert an Bedeutung. In den USA bricht der neue Präsident Donald Trump mit der liberalen Politik, versteht Politik wie eine Unternehmensführung und orientiert sich auf die Konkurrenz mit der neuen Supermacht China.

Der zweite tiefe Einschnitt ist der Bedeutungsverlust des nationalen Wohlfahrtsstaates. Statt der fordistischen Normierung sozialer Konflikte, die vor allem

in den Industriebranchen ausgetragen wurde, gewannen Finanzinvestments, private Dienstleistungen und Anlagegeschäfte die Überhand. Die Handlungsfähigkeit des Staates wurde zurückgedrängt, die Individualisierung sozialer Konflikte nahm zu, gesellschaftliche Bindungen verloren an Kraft.

Damit kam es zu einem völligen Eindringen des kapitalistischen Neoliberalismus in alle Lebensbereiche. Die Sozialwissenschaftlerin Nancy Fraser spricht von „Allesfresser“, von einer „Modernisierung des Kapitalismus über die traditionellen Machtauseinandersetzungen [zwischen Kapital und Arbeit] hinaus“. Entscheidend ist, dass der Kapitalismus nicht mehr durch Verteilungskämpfe vornehmlich in den Unternehmen ausgetragen wird, sondern sich immer mehr durch die alltäglichen Lebensformen kühl kalkulierender Manager*innen des Lebens reproduziert.

Im „progressiven Neoliberalismus“ kam es zu einer neuen Allianz zwischen „symbolischem Kapital“ (Wall Street, Silicon Valley, Amazon und Hollywood) und sich radikalisierenden liberal-individualistischen Strömungen. Natürlich geht es auch um Emanzipation und Befreiung, aber sie darf nicht nur die begrenzte Einzelperspektive sehen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge ausblenden.

Der „progressive Neoliberalismus“ löst kein Problem, kann stattdessen Probleme sogar verschärfen. Es ist nicht erkennbar, wie die wirtschaftliche Krise nachhaltig beendet werden kann. Die Kurzfristigkeit und die Flexibilisierung durch die Digitalisierung aller Bereiche verfestigten ungerechte Machtverhältnisse. Betroffen sind in erster Linie Menschen in der Peripherie, während sich in den Metropolen neue globale Trends in Meinung und Lebensformen in einer wachsenden Entbindung zur eigenen Gesellschaft herausbilden. Neue politische Allianzen wurden möglich.

Der dritte tiefe Einschnitt ist die neue geologische Erdpoche: das Anthropozän. Die Triebkräfte der neuen Dimension waren die dritte industrielle Revolution mit dem massenhaften Einsatz von Beton und Plastik, die autogerechte Stadt und die Freisetzung von Radioaktivität. Der Mensch stieg zur stärksten Kraft in den Naturprozessen auf. 2016 hat die Weltgesellschaft der Geologie das Anthropozän (Menschenzeit) als neue Erdpoche bestätigt.

An den ökologischen Grenzen des Wachstums spitzt sich die Frage zu, ob wir unsere eigenen Lebensgrundlagen im Erdsystem zerstören oder zu einem nachhaltigen Frieden mit der Natur fähig werden.

Notwendig sind:

- erstens das Ende des fossilen Zeitalters, die Umstellung auf erneuerbare Energien und eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs;
- zweitens die soziale Einbettung des ökologischen Umbaus, der nur auf diesem Weg gelingen kann;
- drittens eine internationale Verständigung über Ziele und Maßnahmen der sozial-ökologischen Gestaltung der großen Transformation.

Und es eilt. Die Erderwärmung um 1,5 Grad ist nicht mehr zu verhindern. Die Menschheit ist auf einem Pfad zum doppelten Wert. Sie braucht einen neuen Fortschritt, der den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bewahrt. Aber die Mitte schrumpft, verliert ihren inneren Halt. Es darf nicht sein, dass national-populistische Bewegungen an Einfluss gewinnen. Sie bringen die Gesellschaft kein Stück voran. Deshalb gibt es auch keinen Grund, Geschichte zu relativieren. Die Gesellschaft braucht Frieden, mehr Demokratie und einen sozial-ökologischen Fortschritt. Das sind NaturFreunde-Ziele auch heute.

III.

Die NaturFreunde orientieren sich an der kritischen Theorie, so wie Max Horkheimer sie definiert hat: „Die kritische Theorie der Gesellschaft hat dagegen die Menschen als Produzenten ihrer ganzen historischen Lebensformen zum Gegenstand. Was jeweils gegeben ist, hängt nicht allein von der Natur der Verhältnisse ab, sondern auch davon, was der Mensch über sie vermag.“

Heute zeigt sich: Auf jeden Fall wäre es ein Irrtum, die europäische Moderne sei sich ihrer Zukunft be-

wusst. Im Gegenteil: Nach dem Ende der zweigeteilten Welt wurde die Welt noch schneller in einen einzigen Ort verwandelt, an dem sich sichere Geschäfte mit hohen Gewinnen machen lassen. Die Dynamik und Kraft der kapitalistischen Wirtschaft erobert die Natur und dringt bis in ihre letzten Zonen ein.

Doch damit wird die Janusköpfigkeit immer sichtbarer: An der Seite des Fortschritts wird auch die Seite des Rückschritts deutlich. Die moderne Religion – der Glaube an technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum durch Gesetzmäßigkeit und Determiniertheit der Produktivkräfte – wird mit Grenzen, vor allem den ökologischen Grenzen des Wachstums, konfrontiert. Nachdem ein „Weltniveau“ erreicht ist, scheint der Kontinuitätsbruch unabwendbar. Aber der Mensch, der diese Entwicklung verursacht oder hingenommen hat, kann sie auch wieder ändern.

Das zu erkennen, ist das Anliegen und Ziel unserer NaturFreunde-Arbeit. Es ist ein kleiner Beitrag, aber er kann ein sehr wichtiger sein. Nach dem „Jahrhundert der Ökonomie“ sind unsere Kräfte darauf ausgerichtet, zu einem „Jahrhundert der Nachhaltigkeit“ zu kommen. Die wichtigste Voraussetzung ist die Stärkung von Demokratie und Solidarität, damit die ressourcenverschwenderischen und klimazerstörenden Wirtschaftsweisen sowie die spekulative Finanz- und Anlagenwirtschaft nicht in den Niedergang führen. Andernfalls setzt die Globalisierung der Wachstumsökonomie einen **Größten Anzunehmenden Unfall** in Gang: die ökologische Selbstzerstörung der Menschheit.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission
1	Neuer Fortschritt – das Ende des naiven Fortschrittsglaubens	<i>Annahme</i> 1
5	Wir NaturFreunde wollen in einem Manifest unsere Sichtweise auf das Erstarken der nationalistisch-völkischen Ideologie deutlich machen und bei befreundeten Organisationen und prominenten Persönlichkeiten dafür werben, dieses Manifest mit zu zeichnen. Wir greifen dabei auch das auf, was im Verband als programmatische Leitideen erarbeitet wird.	5
10	Der entscheidende Grund für den Verfall des linksliberalen Konsenses in unserer Gesellschaft wie auch in anderen Gesellschaften ist aus unserer Sicht die Krise der Fortschrittsidee, die in ihrer heutigen Verfassung kein „Weltmodell“ (Max Weber) mehr ist. Je mehr aber die Welt zu einer Einheit zusammenwächst, werden die Schwächen deutlich. Die „Verflüchtigung“ der Moderne (Zygmunt Bauman) verunsichert viele Menschen und macht sie orientierungslos.	10
15	Rechte Parteien versuchen das zu instrumentalisieren. Daher ist eine Auseinandersetzung mit den Umbrüchen unserer Zeit richtig und erforderlich.	15
20	Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen Diskussionsentwurf im Verband vorzulegen, der breit diskutiert wird.	20
25		25

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Die Idee des Fortschritts steht im Zentrum der europäischen Moderne. Sie hat die Entwicklung der Gesellschaften geprägt und ist im letzten Jahrhundert nach Auffassung von Max Weber zum „Weltmodell“ aufgestiegen.

Die Idee des Fortschritts basiert auf dem Glauben an eine Linearität im Fortgang der modernen Gesellschaften. Dahinter steht die uns seit der Antike vertraute und bis in das Zeitalter der Aufklärung fortlebende Vorstellung von der „Stufenleiter des Seins“, die alle Lebenswesen bis hin zu den komplexesten Erscheinungen hierarchisch ordnet. Die Theorie des

Fortschritts ist eine Verzeitlichung dieser Seinspyramide. Das Ranghöhere ist danach das zeitlich Spätere und höher Entwickelte.

Ursprünglich kommt der Idee des Fortschritts eine religiöse Bedeutung zu. Fortschritt wurde als Weg der moralischen Läuterung zu Gott verstanden. Entscheidend sei dabei, dass der Mensch schon auf der Erde sein Glück finden könne und nicht erst im Himmel.

Die Moderne behielt das lineare Zeitverständnis des Fortschritts bei, wendete sie aber ins Säkulare. Bei

Kant heißt das: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Das große Ziel ist die Emanzipation des Menschen. Der Weg dahin ist die Berufung auf die Vernunft als universelle Urteilsinstanz und die Hinwendung zu den Naturwissenschaften.

Diese Hoffnung auf eine rational begründete, sich immer vorwärtsentwickelnde Welt ist im Rationalismus und in der Aufklärung angelegt. Sie nistete sich tief ein im Bewusstsein der Menschen. Danach ist die Welt nicht perfekt, aber verbesserungsfähig, wobei der Prozess der Vervollkommenung prinzipiell als nicht abschließbar gedacht ist, sondern durch technischen Fortschritt und später auch durch sein Pendant wirtschaftliches Wachstum vorangetrieben wird. Seit der französischen Revolution gibt es die Überzeugung, dass sich die Menschheit durch eine zunehmende „Weltkenntnis“ von den Grundübeln Leid, Elend und auch Krieg befreien könne.

Unter Fortschritt verstand man forthin auch eine fortschreitende Naturbeherrschung sowie wachsenden Wohlstand und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Zum wichtigsten Ziel wurde die Emanzipation der Menschen von Kräften und Mächten, Dogmen und Denkweisen, die seiner Befreiung und seinem Mündigwerden im Wege stehen.

Damals wurde auch ein Gegensatz Mensch – Natur konstruiert, denn die Natur wurde als minderwertig und sich selbst regulierend gesehen. Die Natur wurde als Umwelt, die für die Menschen Verfügungsmasse ist, und nicht als Mitwelt verstanden. In seiner Utopie Neu-Atlantis heißt es bei dem Aufklärer Francis Bacon, dass es darauf ankäme, die Natur „zu besiegen“.

Natürlich kommt der Mensch nicht daran vorbei, sich der Natur zu bedienen. Aber es kommt darauf

an, sich nicht über die Natur zu erheben, sondern eine partnerschaftliche Art des Umgangs zu entwickeln und zu pflegen.

Zur entscheidenden Basis der Fortschrittsidee wurde die wissenschaftlich-technische und ökonomische Entwicklung; alles andere galt als abgeleitete Möglichkeit, Folgeerscheinung oder Überbau. Daraus ergibt sich die Fixierung auf den technischen und ökonomischen Fortschritt. Er wurde in den westlichen Staaten zur Grundlage des Wohlfahrtsstaates und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik nach 1945, die in den 1980er-Jahren vom Neoliberalismus abgelöst wurden.

Natürlich ist es falsch, die Bedeutung von Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt abzustreiten. Aber ein blindes Schneller, Höher, Weiter darf es nicht mehr geben. Die Idee der Nachhaltigkeit und auch das „Prinzip Verantwortung“ (Hans Jonas) zielen stattdessen auf ein Wachsen und Schrumpfen, das an dauerhaft qualitativen Zielen festgemacht wird.

Wachsen soll das, was auf Dauer sozial und ökologisch verträglich ist, während das Gegenteil davon schrumpfen muss. Das ist ein Bruch mit der bisherigen Idee der Linearität, der nur möglich wird, wenn zugleich mehr Gerechtigkeit verwirklicht wird.

Zweifelloos ist die Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsidee in unserer „ungleichen, überbevölkerten, verschmutzten und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht) sehr schwierig. Aber sie ist entscheidend für eine friedliche Zukunft, die das Überleben der Menschheit sichert. Wir NaturFreunde wollen mit dem Manifest einen Beitrag leisten, diese Einsicht zu vertiefen, damit es zu einer sozial-ökologischen Gestaltung des Umbaus kommt.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Forderungen an die neue Bundesregierung	<i>Empfehlung erfolgt beim Bundeskongress</i>	1
5	Die NaturFreunde fordern von der neuen Bundesregierung schwerpunktmäßig die Verwirklichung vor allem folgender fünf Ziele:		5
10	eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, die auf den Zielen der Charta von Paris für ein neues Europa aufbaut und eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur schafft, um zu Frieden, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu kommen;		10
15	die Konzentration der Wirtschafts-, Technologie- und Sozialpolitik auf den Klimaschutz, um konkrete Beispiele für Innovationen aufzuzeigen, die sozial gerecht sind und die Erderwärmung auf unter 1,8 Grad Celsius begrenzen;		15
20	die Modernisierung der gesamtgesellschaftlichen Infrastruktur, die die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Zusammenhalt der Gesellschaft möglich macht;		20
25	die Reform der Steuer- und Abgabensysteme, um sie transparent und sozial gerecht zu machen und das öffentliche Gemeinwesen zu stärken;		25
30	die Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, um mehr soziale Chancen für alle zu ermöglichen, privaten Reichtum und privates Vermögen zu begrenzen und die Aufstiegschancen zu verbessern. Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.		30
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung			

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Die soziale und ökologische Gestaltung der Großen Transformation braucht auch einen neuen Wohlstandsindikator	<i>Annahme</i>	1
5	Die NaturFreunde fordern den Deutschen Bundestag auf,		5
10	1. die Empfehlungen der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität für einen umfassenden Indikator zur Bestimmung von Wirtschafts- und Lebensqualität aufzugreifen und umzusetzen;		10
15	2. eine Enquete-Kommission einzusetzen, die sich mit den fünf großen I des Umbaus (Integration, Inklusion, Investitionen, Innovationen und Infrastruktur) beschäftigt, um		15
20	a. in unterschiedlichen Szenarien die Fragen der Verteilungskonflikte zu untersuchen, die sich aus den ökologischen Grenzen des Wachstums, insbesondere der Klimakrise ergeben;		20
25	b. entsprechende Empfehlungen für einen sozial gerechten Umgang mit knapper werdenden Ressourcen auszusprechen;		25
30	c. die Konsequenzen für die Wirtschafts-, Technologie- und Sozialpolitik darzulegen, die sich aus einem gezielten Wachsen und Schrumpfen volkswirtschaftlicher Sektoren ergeben;		30
35	d. die Modernisierung der gesamtwirtschaftlichen Infrastruktur aufzuzeigen, um die neue Epoche sozial-ökologischer Gestaltung zu verwirklichen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.		35
	Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.		35

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Der Ökonom Dennis Meadows und sein Team am amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) warnten bereits im Jahr 1972 vor den Grenzen des Wachstums. Die Arbeiten lösten weltweit intensive Debatten aus und wurden in offiziellen Stellungnahmen im Osten wie im Westen als falsch und fortschrittsfeindlich kritisiert. Doch die

Szenarien hatten einen erheblichen Einfluss auf die Umweltbewegung.

Heute stellt sich heraus, dass die Grundannahmen der Untersuchungen von Meadows und Co. berechtigt waren. Doch die globale Ökonomie wird von den

Marktmechanismen angetrieben, die die Welt zu einer einzigen Funktionseinheit machen, die auf hohe Gewinne und schnelle Verwertung ausgerichtet ist. Dafür werden Arbeit, Natur und Geld als Ware betrachtet. Von daher geht es um die Frage, ob es eine politische Organisation für die Gestaltung der erneuten Großen Transformation geben kann, deren Antwort heute nicht mehr der wachstumsgetriebene Wohlfahrtsstaat sein kann, sondern die die sozialen und ökologischen Ziele einer Transformation zugleich verwirklichen muss.

Weder Politik noch Wissenschaften und Gesellschaft sind auf die sich abzeichnenden Konflikte vorbereitet, obwohl die Grundidee der Nachhaltigkeit, auf der ein neuer Fortschritt aufbauen muss, für alles Mögliche verwandt wird, allerdings zu wenig für die soziale und ökologische Gestaltung der nationalen und internationalen Wirtschaftsordnung. Doch Nachhaltigkeit ist nicht zu erreichen, ohne die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen neu zu stellen und dafür die Wirtschafts- und Sozialsysteme in ihren heutigen Formen zu hinterfragen.

Der neuzeitliche Fortschrittsgedanke geht von der Annahme der Linearität aus, also dem Glauben an die permanente Vorwärtsbewegung der Gesellschaft durch die Entfaltung und Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Später wurde das Fortschrittsverständnis erweitert um wirtschaftliches Wachstum, dessen Indikator in seiner Reduktion auf das in Preisen zu fassende Bruttoinlandsprodukt (BIP) in mehrfacher Hinsicht unzureichend ist.

Die NaturFreunde bedauern, dass die Vorschläge der Enquete-Kommission Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität für einen neuen und umfassenden Wohlstandsindikator nicht vom Gesetzgeber aufgegriffen und umgesetzt wurden. Allerdings ist die „Wachstumsfrage“ bis heute ein heftig umstrittenes und kontroverses Thema.

Dabei geht es vor allem um folgende zehn Fragen, auf die möglichst schnell Antworten gegeben werden müssen:

1. Wie muss eine eindeutig anerkannte Definition von Nachhaltigkeit aussehen? Bislang ist die Debatte entweder oberflächlich oder extrem ideologie- und interessenbehaftet.

2. Die Debatte über Wachstum betrifft Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung und des Geldwesens. Was hat eine Neubestimmung des Wachstums dort für Konsequenzen?
3. Notwendig ist die umfassende Auseinandersetzung mit den ökologischen Grenzen des Wachstums. Diese sind nicht starr, weil sie von der Organisation und dem Wachstum menschlichen Lebens abhängig sind. Aber die ökologischen Grenzen des Wachstums sind da, rücken näher und müssen eingehalten werden. Wie stellen sich damit elementare Verteilungsfragen national und international? Bedeuten die Grenzen des Wachstums auch Grenzen des Wohlstands? Und was ist Lebensqualität?
4. Lässt sich der Glaube an die Linearität moderner Gesellschaften in neuer Form aufrechterhalten? Wie kann künftig ein gezieltes Wachsen und Schrumpfen organisiert werden, um die Überlebensfähigkeit der Menschheit zu sichern?
5. Gibt es ein qualitatives Wachstum oder ist ein Null-Wachstum oder sogar ein negatives Wachstum notwendig?
6. Ist wirtschaftliches Wachstum die Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung?
7. Wie können Perioden der Volkswirtschaft ohne Wachstum aussehen? Sind Marktwirtschaften ohne Wachstum möglich? Wie können negative Auswirkungen vermieden und trotzdem die Lebensqualität verbessert werden?
8. Wie sehen die Übergänge in eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft aus? Wie kann der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gesichert werden?
9. Welche gesellschaftliche Infrastruktur (im Sinne von Joseph Schumpeter) ist notwendig, um den Übergang in eine ökonomisch, sozial und ökologisch stabile Gesellschaft zu verwirklichen?
10. Welche Folgen haben die ökologischen Grenzen des Wachstums auf Sozialsysteme, Arbeitsmarkt und Wohlstandsverteilung?

Diese Fragen zeigen: Es geht um Grundfragen der europäischen Moderne und auch darum, ob andere Entwicklungsmodelle nachhaltig sind, von denen gelernt werden kann. Das muss schnell und systematisch bearbeitet werden. Dafür bietet sich eine Enquete-Kommission an, die von den NaturFreunden angeregt wird.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 RESOLUTION Es bleibt dabei: Nein zur Atomenergie!	<i>Annahme</i> 1
5 I. Die NaturFreunde Deutschlands bekräftigen ihr Nein zur Nutzung der Atomenergie.	5
10 Stattdessen brauchen unser Land, die Europäische Union und die Welt sichere und zuverlässige Energie- dienstleistungen. Eine derartige Energiewende bein- hält den Ausbau der erneuerbaren Energien, eine Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie und die gezielte Energieeinsparung. Die Einsparraten müssen deutlich höher liegen als das wirtschaftliche 15 Wachstum. Nur diese Strategien zusammen verdie- nen das Prädikat „Energiewende“.	10
20 In Deutschland wurde mit dem Erneuerbaren Energie Gesetz, das sich allerdings nur auf den Strombereich beschränkt, ein wesentlicher Schritt zu einer nach- haltigen Energieversorgung gemacht. Doch auch das ist noch keine Energiewende, so wie sie notwendig wäre. Im Gegenteil: Es ist eine „amputierte“ Energie- wende, die auch innerhalb des Strombereichs noch 25 Schwachstellen und Mängel hat.	15 20 25
30 Auch im Mobilitätsbereich kommt die Umstellung auf E-Mobilität nur langsam voran. Es fehlt an den not- wendigen Infrastrukturen für die E-Mobilität und die notwendige sozial-ökologische Verkehrswende. Vor allem bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bedürfte es einer großzügigen Förderung hin zu einem klima- und bürger*innenfreundlichen Nahverkehr, der bis heute nicht in Sicht ist.	30
35 II.	35
40 Die NaturFreunde begrüßen, dass am 15. April 2023 in Deutschland die letzten drei kommerziel- len Atomreaktoren Neckarwestheim 2, Isar 2 und Emsland vom Netz gegangen sind.	40
45 Damit ist das kurze und immens teure Kapitel der Atomenergie in Deutschland zu Ende gegangen, obwohl die Folgen unendlich lange nachwirken. Der hochradio- aktive Müll, der seit der Inbetriebnahme des ersten Reaktors 1951 angefallen ist, muss über eine Million Jahre sicher vor Mensch und Natur gelagert werden.	45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Das sprengt alle bekannten Dimensionen menschlicher Verantwortung, denn derartige Folgen müssen an ein gesichertes Vorauswissen gebunden sein.	1
5 Am 20. Dezember 1951 verkündete der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower das Programm „Atoms for Peace“, nachdem am 20. Dezember 1951 ein Versuchsreaktor in Arco (Idaho) elektrischen Strom erzeugt hatte. Damit wollte Eisenhower auch von den schrecklichen Folgen der beiden Atombombenabwürfe über den beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ablenken.	5
10 15 In Deutschland hatte der „Uranverein“ um Werner Heisenberg und Carl-Friedrich von Weizsäcker das atomare Wissen der Kriegsjahre bewahrt. Nachdem es 1955 zum Vertrag von Paris kam, der Westdeutschland mehr nationale Souveränität zugestand, wurde am 20. Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen gegründet, dessen erster Minister Franz-Josef Strauß war. Wie auch Bundeskanzler Konrad Adenauer zog Strauß in Erwägung, das atomare Know-how für den Bau deutscher Atomwaffen zu nutzen. Gestoppt wurde dieser Plan durch die „Göttinger 18“, zu denen die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg gehörten. Dagegen befürworteten sie die „zivile Nutzung“ der Atomkernspaltung.	10 15
20 25 Die – allerdings seltenen – Warnungen wurden nicht gehört. In den 1960er- und 1970er-Jahren kam es zum Ausbau der Atomenergie. Das änderte sich auch 1979 nicht nach der Beinahe-Atomkatastrophe im amerikanischen Harrisburg und 1986 mit dem Super-GAU in der ukrainischen Atomzentrale von Tschernobyl. In der Bundesrepublik waren 1980 elf kommerzielle Atomkraftwerke (AKW) in Betrieb und sieben im Bau, in der DDR fünf in Betrieb und drei im Bau.	20 25
30 35 Der Wendepunkt in der Bewertung der Atomenergie in Westdeutschland begann mit den Auseinandersetzungen über das geplante AKW im badischen Wyhl, die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf und den Bau des AKW Brokdorf in der Nähe von Hamburg. Seit 1986 gab es dort laut Meinungsumfragen eine stabile Mehrheit zumindest für einen mittelfristigen Ausstieg.	30 35
40 45 Ausschlaggebend für die ablehnende Haltung waren und sind: 50 1. Die Sicherheitsfrage, die einen Unfall, der auf keinen Fall zu verantworten wäre, nicht aus-	40 45 50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 schließen kann. Während Unfälle als ein berechenbares Risiko bewertet werden müssen, ist der atomare GAU eine Gefahr, die nicht zu berechnen und damit nicht zu beherrschen ist.	1
5 2. Das atomare Know-how ist der Schlüssel für die militärische Nutzung und damit auch für den Missbrauch der Atomkernspaltung.	5
10 3. Die Nutzung der Atomenergie hinterlässt hochradioaktiven Abfall, der eine Million Jahre sicher geschützt werden muss. Nirgendwo in der Welt gibt es ein Lager, dass den deutschen Sicherheitsanforderungen entspricht.	10
15 4. Das System der Atomenergie ist systembezogen auf einen durchgehend hohen Stromverbrauch ausgerichtet. Das widerspricht einem zentralen Ziel der Energiewende: der Einsparung.	15
20 Es dauerte aber bis zur ersten rot-grünen Koalition, die im Jahr 2000 das „Gesetz über die geordnete Beendigung der Kernenergie“ durchsetzen konnte. Als im Oktober 2010 die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Angela Merkel die Entwicklung wieder zurückdrehen wollte, wurde sie von der Realität eingeholt:	20
25 Am 11. März 2011 kam es im japanischen AKW Fukushima-Daiichi zu einem dreifachen Super-Gau. Die politische Kettenreaktion erreichte auch Berlin. Die CDU/CSU konnte Tschernobyl nicht länger mit maroder östlicher Technik erklären. Der Deutsche Bundestag stimmte in der Folge für eine Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel des Ausstiegs aus der AKW-Nutzung.	25
30	30
III.	
35 Die NaturFreunde sagen Nein zur Forderung nach einem Neueinstieg in die angeblich neuen Reaktorlinien, insbesondere mit Small Modular Reactors (SMR).	35
40 Heute wird mit fragwürdigen Behauptungen versucht, auch in Deutschland zur Atomenergie zurückzukehren. Die Forderungen kommen aus CDU/CSU, FDP und AfD. Behauptet wird:	40
45 1. Die Atomenergie sei klimaverträglich. Das ist aus zwei Gründen falsch: Zum einen emittiert sogar ein GuD-Kraftwerk (GuD: Gas-und-Dampfturbinen) über den ganzen Lebensweg weniger Kohlendioxid als ein AKW, von den erneuerbaren Energien ganz zu schweigen. Zum anderen sind die Atomkraftwerke wirtschaftlich, technisch	45
50 und organisatorisch auf einen hohen Stromver-	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 brauch ausgerichtet und damit das Gegenteil einer effizienten Strombereitstellung. Das hat die Klima-Enquete bereits 1988 ausgiebig begründet.	1
5 2. Neue leichtwassergekühlte Reaktoren der dritten Generation wie der Europäische Druckwasserreaktor (EPR), AP1000 oder VVER1200 seien im Vormarsch. Tatsächlich sinkt weltweit die absolute Zahl der Atomkraftwerke. Ihr Durchschnittsalter liegt heute bei fast 33 Jahren. In Frankreich, dem stärksten Atomland in Europa, ist rund ein Drittel der AKW wegen Überalterung oder Reparatur nur noch begrenzt im Einsatz. Auch sind die Bauzeiten neuer Reaktoren viel länger und die Kosten viel höher als anfangs behauptet. In Finnland war der EPR 12 Jahre später als geplant und viermal teurer als berechnet „schlüsselfertig“. Im französischen Flamanville ist der EPR nach 14 Jahren Bauzeit und enorm gestiegenen Kosten noch nicht am Netz. Im englischen Hinkley Point, wo das AKW frühestens 2026 fertiggestellt sein wird, werden die Kosten auf 27 Milliarden geschätzt. In China steht der erste EPR in Taishan nach heftigen Vibrationen bereits still.	5
10	10
15	15
20	20
25 Kurz: Unbeschadet der weiter bestehenden Sicherheitsbedenken und der ungelösten Entsorgungsprobleme können neue Atomkraftwerke keinen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende leisten. Ihre Bauzeiten sind zu lange und sie sind viel zu teuer.	25
30 Vor allem Vertreter*innen aus der IT-Branche sind dennoch Förderer*innen neuer Atomkraftwerke. Offenkundig werden die Zukunftsrenditen der Branche nur möglich, wenn es zu einem Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten kommt.	30
35	35
40 Ähnliches ist von der Automobilwirtschaft bezüglich der Umstellung auf E-Autos zu erwarten. Sie fordern neue kleinere Kraftwerke (SMR bis 300 Megawatt) mit geringerer Leistungsstärke, die angeblich sicher und preislich günstiger als die bisherigen Atomkraftwerke seien. Tatsächlich scheint das Gegenteil der Fall zu sein, sodass ein genaueres Hinsehen angebracht ist:	40
45 • In der Regel handelt es sich bei den SMR um Reaktorkonzepte aus den 1950er-Jahren, die in den 1970er-Jahren wieder eingestellt wurden. Sie sollten, so die Werbung, die hochradioaktiven Abfälle reduzieren, zu einer höheren Brennstoffausnutzung kommen sowie zu verringerten Proliferationsrisiken führen. Neben einigen Prototypen	45
50	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 (Schneller gasgekühlter Reaktor, Höchsttemperaturreaktor, Überkritischer Leichtwasserreaktor, natrium- oder bleigekühlter Reaktor oder Flüssigsalzreaktor) sind sechs SMR-Reaktoren in Betrieb. 5 Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung kommt in einem Gutachten durchweg zu einer negativen Bewertung. Auch die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben. 10 • Dennoch haben 14 Staaten das „Gen IV International Forum“ zur Förderung nicht-leichtwassergekühlter Reaktorlinien gegründet. Die groß angekündigten Demonstrationsprojekte wurden allerdings immer wieder verschoben, zuletzt bis in die 2040er-Jahre. 15 • In den USA will die Firma Terra-Power mit Unterstützung des Energieministeriums Reaktoren mit einem schnellen Neutronenspektrum bauen. Beteiligt ist auch die IT-Branche mit ihren IT-Giganten. Der Dual-Fluid-Reaktor, der durch die Kombination eines Flüssigsalzbleireaktors mit einer Hochtemperatur-Wiederaufbereitungsanlage angeblich fast alle Energieprobleme lösen könne, zeigte in der ersten Demonstrationsanlage erhebliche Korrosionsschäden. Größte Unfälle wären möglich geworden. 20 25 Bei der Forderung nach Nutzung der Atomenergie in Form der SMR geht es vor allem um Wirtschaftsinteressen. Eine sichere Lösung der Energieprobleme bringt sie nicht, zumal es zu viele Jahre dauern würde, ehe eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stünde. Das wäre eine enorme Verschwendung von Geld und Zeit und würde die eigentlich notwendigen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien erschweren. 30 35 Die NaturFreunde Deutschlands fordern daher gut begründet: Kein Rütteln am vereinbarten Atomausstieg! Anstatt dessen eine konsequente Umsetzung der Energiewende mit den Kernelementen „Erhöhung der Energieeffizienz“ sowie „Steigerung des sozial- und naturverträglichen Ausbaus der erneuerbaren Energien“! 40	1 5 10 15 20 25 30 35 40

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 RESOLUTION Klimaschutz: Unter 1,8 Grad Celsius Erderwärmung bleiben!	<i>Annahme</i> 1
5 Nach Auffassung der Vereinten Nationen ist die Klimakrise die größte Herausforderung der Menschheit. UN-Generalsekretär António Guterres warnt: „Die Welt schafft es nicht, die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Es ist Zeit für eine Supernova an Klimaanstrengungen, in jedem Land, in jeder Stadt, in jedem Sektor.“ Auch die NaturFreunde sind der Auffassung, dass der Schutz des Erdsystems ins Zentrum politischer Anstrengungen gehört.	5 10 10
15 Viel Zeit wurde bereits verloren, um die heraufziehende Klimakatastrophe zu stoppen. Der erste Rettungsversuch, das Kyoto-Protokoll von 1997, ist gescheitert. Auch das Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist schon deutlich verfehlt. Im letzten Jahr wurde eine Erhöhung in einer Monatsspitze um fast 1,7 Grad erreicht. Selbst eine Begrenzung auf 2 Grad wird nur noch sehr schwer zu erreichen sein. Unser Ziel ist es, die Erwärmung möglichst unter 1,8 Grad Celsius zu begrenzen, denn oberhalb dieses Wertes ist das Eintreten der ersten problematischen Kippunkte, die eine Beschleunigung und Unumkehrbarkeit eintreten lassen, zu befürchten. Die Klimakrise ist eine Menschheitsgefahr.	15 20 20 25 25
30 Mit ihr drohen erbitterte Verteilungskämpfe um die weniger werdenden Regionen eines verträglichen Lebens auf der Erde und um die knapp werdenden Ressourcen unseres Planeten. Kriege um grüne Oasen des Wohlstands werden denkbar. Soll unser Erdsystem die Heimat der Menschheit bleiben, müssen die ökologischen Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems eingehalten werden. Das bedeutet: Entweder kommt es schnell zu einer Welt der Nachhaltigkeit oder ein Ende der menschlichen Zivilisation wird denkbar. Das Erdsystem wird eine Zukunft haben, aber in einer Form, die für den Menschen unverträglich ist.	30 35 35 40 40
45 Bei der Klimakrise geht es auch um den Frieden auf unserem Planeten – Frieden mit der Natur und Frieden mit den Menschen. Das erfordert globale Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit, die drei großen Leitlinien der Vereinten Nationen. Sie verlangen weitaus mehr als nur wenige Korrekturen	45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 am Bestehenden, stattdessen eine grundlegende Stabilisierung durch die Verträglichkeit des menschlichen Lebens mit der Natur. Kurz: Die Klimakrise muss zum Ausgangspunkt für die Neubestimmung	1
5 des gesellschaftlichen Fortschritts in globaler Verantwortung werden.	5
10 Um das Erdsystem für menschliches Leben zu schützen, sind grundlegende Reformen für mehr Gerechtigkeit, Demokratie, eine nachhaltige Entwicklung und Gemeinsame Sicherheit notwendig. Und alles muss als Einheit gesehen werden. Entscheidend für die Stabilisierung des Erd- und Klimasystems ist zudem das Streben nach Gemeinsamkeit - national, europäisch und global. Stattdessen sind regulatorische Maßnahmen wie zum Beispiel ein Tempolimit vorzuziehen.	10
15 Die Herausforderung der Großen Transformation, die heute vornehmlich von Marktprozessen vorangetrieben wird, muss sozial und ökologisch gestaltet werden. Sie darf nicht den Gesetzen der Gier, des Egoismus und der schnellen Verwertung überlassen werden. Eine „grüne Technokratie“ reicht ebenfalls nicht aus. Deren Lösungsansätze, die Ressourcen der Waren, Produkte und Fertigungsmethoden einer stetig steigenden Bepreisung zu unterwerfen, würde angesichts der großen sozialen Ungleichheiten die Spaltung der Gesellschaften vertiefen. Die Bepreisung steht nämlich vor einem unlösbaren Dilemma: Entweder müsste eine wirksame Klimabepreisung angesichts der Versäumnisse beim Klimaschutz so hoch sein, dass sie soziale Spaltungen vertieft. Oder sie wird so ausgeglichen, dass sie keine große Wirkung mehr hat.	15
20	20
25	25
30	30
35	35
40 Entscheidend für den Klimaschutz sind folgende Aktivitäten:	40
40 Erstens muss der dauerhafte Schutz des Erdsystems für menschliches Leben auf eine innovative, gerechte und schnelle Weise bewahrt werden.	40
45 Zweitens muss der Klimaschutz zum Ausgangspunkt politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen werden, also ins Zentrum der Gesellschaftspolitik rücken.	45
50 Drittens muss damit sofort und umfassend und daher mit deutlich größeren Anstrengungen als bisher begonnen werden. Es wurde schon viel zu viel Zeit verloren!	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Der Bundesvorstand der NaturFreunde wird aufgefordert, in einem Informationspapier die grundlegenden Fragen des Klimasystems und die Tragweite der Herausforderung aufzuzeigen. Ebenso soll die Richtung der NaturFreunde-Antworten aufgezeigt werden, nämlich den Weg grundlegender gesellschaftlicher Reformen für den Schutz der sozialen und natürlichen Mitwelt zu beschreiben - gerecht, ökologisch und demokratisch. 5 10 Die NaturFreunde werden Bildungsveranstaltungen zum Themenkomplex durchführen und sich an Aktionen zum Klimaschutz beteiligen.	1 5 10

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung des Antragstellers

Das Klimasystem ist ein wichtiger Teil des Erdsystems. Zu ihm gehören eine Vielzahl von Subsystemen. Atmosphäre, Ozeane, Landflächen, Biosphäre oder Kryosphäre (Eis) interagieren miteinander. Dabei haben im Erdsystem alle Prozesse sehr unterschiedliche Dynamiken und Größenordnungen. Die Wechselwirkungen betreffen sowohl die Mikro- wie auch die Makroebene. Von zentraler Bedeutung für das Klima sind die chemischen und physikalischen Prozesse in der Erdatmosphäre.

Die Erdatmosphäre gliedert sich in mehrere Schichten in unterschiedlichen Größen und mit unterschiedlichen Prozessen. Von entscheidender Bedeutung für das Klima ist die untere Luftschicht, die Troposphäre, wobei die dortigen Vorgänge eng mit anderen Subsystemen der Erde verbunden sind.

Wasser ist der größte Kreislauf im Erdsystem. Wasserdampf, der bei Verdunstung entsteht und in der Atmosphäre zirkuliert, ist eine wichtige Voraussetzung für das Leben auf der Erde. Er befördert Energie und Wasser rund um den Globus. Beim Verdunsten nimmt Wasserdampf Energie auf, was zur Abkühlung führt. Beim Kondensieren wird die Energie anderenorts wieder abgegeben, was die Luft erwärmt. Am stärksten ist die Verdunstung in den Tropen. Dampf gelangt in höhere Breiten, kondensiert dort und setzt Energie frei. Zudem gehören die arktischen und antarktischen Eiszonen und die Gebirgsgletscher zum Wasserkreislauf.

Seit Beginn des Industriezeitalters verändert sich die Klimaregulierung. Untersuchungen zeigen, dass seit dieser Zeit die Konzentration der Emissionen der Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂) und Methan (CH₄) in der Atmosphäre stark zugenommen hat. Der Strahlungsantrieb geht von Emissionen aus, die vom Menschen verursacht werden. Dadurch werden die „atmosphärischen Fenster“ in der Troposphäre immer stärker geschlossen. Strahlungsaktive Spurengase und Aerosole sowie die Intensivierung der Landnutzung sind mit Rückkoppelungen mit dem Klimasystem verbunden. Der Mensch wurde dadurch heute und zumindest noch eine längere Zeit zum stärksten Akteur im Naturgeschehen.

Seit Beginn des Industriezeitalters hat der Mensch das Steuer über das Erd- und Klimasystem übernommen.

Insofern erscheint es angemessen, die gegenwärtige Erdpoche als „Anthropozän“ (Menschenwelt) zu bezeichnen, wie es im Jahr 2000 Paul Crutzen, der 1995 mit dem Nobelpreisträger für Chemie ausgezeichnet wurde, vorgeschlagen hatte. Diese neue geologische Epoche, die von der Weltgesellschaft für Geologie 2015 wissenschaftlich anerkannt wurde, wird die Entwicklung des Erdsystems und damit die Zukunft der Menschheit noch über eine lange Zeit prägen, aber auch zu massiven Reaktionen wie einer Zunahme von Wetterextremen führen.

Im Zentrum der Klimakrise steht die Anreicherung von Kohlendioxid durch die Nutzung fossiler Energieträger sowie die Rodung tropischer und borealer Wälder.

Dargestellt wird der Verlauf der CO₂-Konzentration in der Troposphäre anhand der Keeling-Kurve. Sie wird seit 1958 von der Weltorganisation für Meteorologie am Krater von Mauna Loa (Hawaii) gemessen. Vom Weltklimarat IPCC wurden insgesamt 68 Gase mit einem Strahlungsantrieb und deren Treibhauspotenzial (GWP) ermittelt. Alle Treibhausgase werden in den Klimarechnungen als CO₂-Äquivalente umgerechnet.

Im Kyoto-Protokoll sind die klimapolitisch wichtigsten Treibhausgase aufgelistet. Dies sind neben dem CO₂ vor allem Methan (CH₄), Distickstoffmonoxid (N₂O - allgemein bekannt unter dem Trivialnamen Lachgas, das vornehmlich in der Landwirtschaft und Medizin eingesetzt wird), fluorierte Treibhausgase (F-Gase, die insbesondere als Kältemittel gebraucht werden) sowie Ozon (O₃) dessen Wirkung stark von der Emissionshöhe abhängt). In Deutschland entfallen die Treibhausgase zu 88,5 Prozent auf Kohlenstoff, zu 6,3 Prozent auf Methan, zu 3,7 Prozent auf Lachgas und zu 1,5 Prozent auf F-Gase, allerdings mit unterschiedlichen Verweilzeiten in der unteren Luftschicht.

In absoluten Zahlen stößt China mehr als doppelt so viel CO₂ aus wie die USA an zweiter Stelle der Emittenten. Absolut kommt China pro Kopf auf 7,99 Tonnen, die USA auf 14,95 Tonnen. China, Indien und die USA erreichen zusammen mehr als die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen. Die G-20-Staaten sind für 81 Prozent aller fossilen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich.

Deutschland kommt mit 7,98 Tonnen pro Kopf auf den weltweit achten Platz.

Hinzu kommen die Kohlenstofffreisetzungen aus der Landnutzung und Entwaldung. Neben wirtschaftlichen Interessen sind dafür vor allem in Afrika und Lateinamerika auch armutsbedingte Gründe ausschlaggebend, wo es auch dadurch zu illegalen Waldzerstörungen kommt, um Anbaugelände für Nahrungsmittel zu schaffen. Außerdem muss der El-Nino-Effekt beachtet werden, der die Temperaturen in der Deckschicht des lateinamerikanischen Pazifiks in die Höhe treibt, weltweit für Wetterextreme sorgt und die ozeanische Speicherfähigkeit von Kohlenstoff reduziert.

Landnutzungsänderungen und Waldzerstörung setzten 2023 rund 4,2 Milliarden Tonnen CO₂ frei, von

denen voraussichtlich 1,9 Milliarden Gigatonnen durch Aufforstung und ökologische Verbesserungen der Landnutzung ausgeglichen werden konnten. Böden und Vegetation nehmen heute 10,4 Milliarden Tonnen Kohlenstoff auf. Das ist deutlich weniger als in den vergangenen zwei Jahrhunderten. Insgesamt summieren sich fossile Emissionen und die geringere Kohlenstoffspeicherung aufgrund einer verschlechterten Landnutzung und Entwaldung auf knapp 40 Milliarden Tonnen. Als verstärkender Faktor sind die steigenden Emissionen durch das anhaltend hohe Bevölkerungswachstum zu sehen.

Eine wichtige Rolle im Klimageschehen spielen die Meeressysteme. Seit der Industrialisierung nehmen die Ozeane jedes Jahr rund ein Drittel des anthropogenen CO₂ auf („marine Kohlenstoffpumpe“). Kohlendioxid wandert von der Atmosphäre ins Meer und umgekehrt, weil sich die Meeresoberfläche in ein Gleichgewicht mit dem atmosphärischen CO₂-Gehalt setzen möchte. Durch einen biologischen Prozess werden etwa 30 Prozent des vom Menschen verursachten Kohlenstoffs vor allem im Nordatlantik und im Bereich der Antarktis gespeichert.

Zu Beginn der Industrialisierung lag der Kohlenstoffgehalt in der Troposphäre bei 280 ppm (Teile pro Million). 1995 erreichte er bereits 360 ppm. Im November 2023 stieg der Wert auf 420 ppm. Seitdem liegt er über dieser ersten kritischen Marke. Bei Methan (CH₄) wurden 1.992 ppb (Teile pro Milliarde) gemessen und bei Lachgas (N₂O) 336 ppb. Und der Anstieg von CO₂ beträgt derzeit rund 2,3 ppm pro Jahr. Insgesamt liegt er 140 ppm (oder 50 Prozent) über dem Wert zu Beginn der Industriellen Revolution. Das ist höher als in den letzten zwei Millionen Jahren. In den vergangenen 800.000 Jahren lag der Wert nie über 300 ppm.

Was eine Verdoppelung des natürlichen Kohlenstoffanteils auf 560 ppm bewirkt, ist seit mehr als 45 Jahren bekannt: eine Erderwärmung zwischen 2,5 und 3,5 Grad Celsius, wahrscheinlich um 3 Grad.

Das hatte 1979 die amerikanische Studiengruppe Kohlendioxid und Klima des Nationalen Forschungsrates in Modellrechnungen ermittelt, die unverändert gelten. Bei 420 ppm steigt die gemittelte Erderwärmung danach um 1,5 Grad Celsius. Wir wissen also Bescheid, was auf uns zukommt, wenn nicht schnell gehandelt wird: immer stärkere Wetterextreme, Überflutungen, Dürren, Wüstenbildung, Ernährungseinbrüche, der Zusammenbruch von Ökosystemen.

Zu den hohen Altlasten und Emissionen der Industriestaaten kommen die schnell steigenden Klimabelastungen durch die großen, bevölkerungsreichen Schwellenländer, insbesondere China und Indien. China, die Werkstatt der Erde, hat die weitaus höchsten CO₂-Emissionen der Welt. Das Land legt bei der Mobilität den Schwerpunkt auf die Förderung von E-Autos und will die Phase der Verbrenner überspringen. China ist der größte Produzent der Welt, insofern gehen viele chinesische Emissionen auch auf das Konto der Bestellländer, die ihre Güter und Vorprodukte nicht im eigenen Land, sondern in China oder Indien herstellen lassen, um über die Lieferkette Preisvorteile zu erzielen.

Der 1988 vom Umweltbüro der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie gegründete International Panel of Climate Change (IPCC) ermittelt in den von ihm organisierten Sachstandsberichten mit Hilfe der leistungsstärksten Computer hochkomplexe Szenarien, die auf dem paläoklimatologischen Wissen aufbauen und von unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmendaten ausgehen.

Es gibt auch Pausen in der globalen Erwärmung, genannt Hiatus. Derartige Phasen stagnierender Temperaturen gab es von 1880 bis 1910, von 1940 bis 1974 und von 1998 bis 2013. Was der Erderwärmung scheinbar widersprach, wird von der Wissenschaft als natürliche, kürzer werdende Schwankungen beschrieben, die den Trend der Erwärmung aber nicht in Frage stellen. Die globale Erwärmung machte keine Pause, stattdessen wird die Wärme vorübergehend fast vollständig von den Ozeanen aufgenommen. Dadurch kommt es zu Unterbrechungen im Trend.

Mit neuen Temperaturrekorden fiel ab 2014 der vermeintliche Mythos der Klima-Pause in sich zusammen.

Die Warnsignale nehmen zu: Die letzten neun Jahre waren die heißesten, die je gemessen wurden. Ein vergleichbares Temperaturniveau gab es zuletzt zum Ende der Eem-Warmzeit vor 115.000 Jahren. Die vom Menschen verursachte Erderwärmung beschleunigt sich heute freilich weitaus schneller und lässt zahlreiche negative Rückkoppelungen befürchten.

Seit 1980 war jedes Jahrzehnt wärmer als das vorangegangene. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881 waren 2018, 2022, 2023 und 2024 die heißesten Jahre, die gemessen wurden. Von den 20 wärmsten Jahren in Deutschland lagen 14 in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die Schneebedeckung der

Nordhalbkugel nimmt kontinuierlich ab. In den Deckschichten der Ozeane, auch in der Nord- und Ostsee steigen die Temperaturen unerwartet stark an, was sich in extremen Wetterereignissen, Überschwemmungen und Veränderungen in der Meeresbiologie auswirkt.

Die Leitidee der Nachhaltigkeit verlangt, die große Lüge von der unbegrenzten Verfügbarkeit der natürlichen Güter zu beenden.

Und ebenso die Milliardenengeschäfte, die mit dem Versprechen einer angeblichen Klimaneutralität durch einen Zertifikate-Handel mit dem Globalen Süden gemacht werden. Dafür ist schnellstmöglich eine realistische Bestandsaufnahme der Auswirkungen des Ablasshandels auf die Länder des Globalen Südens notwendig, um die Tricks und Geschäfte zu entlarven. Geschäfte, die oft unter Beteiligung von Oligarchen des Globalen Südens auch zu deren Bereicherung getätigt werden.

Tatsächlich drohen angesichts überlasteter und knapp werdender Naturressourcen sowie einer wachsenden Weltbevölkerung erbitterte Verteilungskämpfe. Dazu bemerkte Siegfried Lenz bereits 1988: „Das Ende des Lebens [...] ist vorstellbar geworden. Die Schöpfung stirbt langsam. Sie muss nicht im atomaren Blitz untergehen, der die Ozeane zum Kochen und die Gebirge zum Schmelzen bringt. Sie kann an unserer Verachtung der Schöpfung und an unserem Egoismus zugrunde gehen. [...] Ein Grabstein für diese Zeit könnte die Inschrift tragen: Jeder wollte das Beste – für sich.“

Maßstab unseres Handelns muss immer der Mensch in seinem sozialen und ökologischen Mitsein sein. Die soziale und natürliche Mitwelt muss als Einheit gesehen werden sowie als Voraussetzung für eine nachhaltige, solidarische und sichere Zukunft der Menschheit.

In der Klimakrise müssen die Gefährdung des Erdsystems einerseits und die soziale Ungleichheit und wirtschaftlichen Interessen andererseits in einem untrennbaren Zusammenhang gesehen werden, in der „Menschenwelt“ mehr denn je. Die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation, die auf Dauer die planetarischen Grenzen und die Tragfähigkeit der Erde für menschliches Leben einhält, ist ein Gebot unserer Zeit.

Die Klimakrise zerstört nicht nur die Natur, sondern vertieft auch die sozialen Ungleichheiten auf der Welt.

Hauptbetroffene der Klimakrise sind vorrangig die ärmsten Regionen der Welt. Aber auch die neoliberalen Gegenmaßnahmen, die vor allem auf preisliche Marktmechanismen abzielen, vergrößern den Unterschied zwischen Arm und Reich, ohne die notwendige ökologische Modernisierung erreichen zu können. Heute tragen die 10 Prozent der reichsten Privathaushalte mit 36 bis 45 Prozent (je nach Rechnung) zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. Auf die untersten 10 Prozent entfallen dagegen lediglich 3 bis 4 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen.

Papst Franziskus griff diese Problematik in seiner Enzyklika *Laudatio Si* auf: „Die menschliche Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam und wir werden die Umweltzerstörung nicht sachgemäß angehen können, wenn wir nicht auf Ursachen achten, die mit dem Niedergang auf menschlicher und sozialer Ebene zusammenhängen. Tatsächlich schädigen der Verfall der Umwelt und der Verfall der Gesellschaft in besonderer Weise die Schwächsten des Planeten.“

Natürlich gab es in der Erdgeschichte immer wieder Naturereignisse wie Vulkanausbrüche, Überschwemmungen oder Dürren. Mit der Globalisierung und Intensivierung massenhafter Natureingriffe nehmen die Folgen aber eine qualitativ neue Dimension an.

Sogar die Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden.

Mit der Zunahme von Migrationsbewegungen aufgrund gravierender klimatischer Veränderungen verschärfen sich die Verteilungskonflikte. Die Folgen der Erderwärmung treffen – wenn auch unterschiedlich – den ganzen Planeten Erde, aber die Auswirkungen werden die Menschheit noch eine längere Zeit zeitlich, räumlich und sozial höchst unterschiedlich betreffen.

Mit der Klimakrise nahm die Naturzerstörung eine neue Qualität an. Wichtigster Auslöser war die Great Acceleration, die große Beschleunigung in den 1950er-Jahren. Der Einsatz gewaltiger Mengen an Beton, Stahl und Plastik, die Ausrichtung auf die autogerechte Stadt, die radioaktive Anreicherung der Umwelt, die Ausweitung der Produktions- und Lieferketten und ein maßloser Konsum gingen wie nie zuvor zulasten der Natur. Aber die übermäßige Inanspruchnahme der Naturressourcen, die Belastung des Erdsystems und die Zerstörung der Ökosysteme haben fatale Rückwirkungen. Die Natur schlägt zurück.

Das erste Ziel für den Schutz des Klimas, die geforderte Begrenzung des Anstiegs der Erdtemperatur auf 1,5 Grad Celsius, ist bereits gerissen.

Im Jahr 2023 lag die Erwärmung im Schnitt 1,47 Grad über dem natürlichen Wert, im Herbst 2024 lag die globale Temperatur schon 1,7 Grad höher. Zum Vergleich: Die schnellste natürliche Erderwärmung von der letzten Eiszeit bis zur heutigen Warmzeit betrug 1 Grad Celsius pro 1.000 Jahre. Wenn aber die Klimaziele längerfristig gemeint wären und dabei auch zwischenzeitlich höhere Werte für vertretbar gehalten würden, dann wäre ein solches Vorgehen höchst fragwürdig, ja riskant, denn dann dürfen sich selbst verstärkende Prozesse einer Schädigung des Erdsystems nicht ausgeschlossen werden.

Das Ziel der Pariser Klimakonferenz, die Dynamik der Erderwärmung bei 1,5 Grad Celsius zu brechen, wurde gerissen. Es verlangt mehr als nur einzelne Maßnahmen. Gefordert ist eine Gesamtstrategie national und international, die alle wichtigen Bereiche der Gesellschaft einbezieht. Der Klimaschutz muss dafür ins Zentrum gesellschaftlicher Reformen gerückt werden. Die Modelle der Klimawissenschaftler*innen zeigen bereits eine deutliche Zunahme von Wetterextremen, Starkniederschlägen, Überflutungen, Dürren und – vor allem in asiatischen und afrikanischen Ländern – eine damit verbundene massive Verschlechterung der Ernährungsgrundlagen.

Je stärker die Erwärmung zunimmt, desto mehr steigt auch Luftfeuchtigkeit auf. Pro Grad Temperaturzunahme nimmt die Atmosphäre 7 Prozent mehr Wasserdampf auf. Die aufgeladene Luft kann zum Turboantrieb für Wirbelstürme, Starkregen und Wetterextreme werden. Die Erwärmung hat auch Auswirkungen auf die thermohaline Zirkulation. Wenn nämlich die Temperaturunterschiede zwischen Nordpol, wo es überproportional wärmer wird, und Äquator geringer werden, können sich Wetterlagen in der Troposphäre „festfressen“, mit Feuchtigkeit energetisch „aufladen“ und zu Starkregen mit verheerenden Überflutungen führen – wie zum Beispiel im Ahrtal oder in Oberbayern. Und das ist immer häufiger zu befürchten.

Im Erdsystem gibt es Klima-Kippelemente.

Mit der Erderwärmung können ab einem bestimmten Schwellenwert Kippelemente eintreten. Auch wenn noch nicht konkret gesagt werden kann, wann sie eintreten, so lassen die Klimamodelle befürchten, dass unterhalb der 2-Grad-Grenze erste Kippunkte mit gravierenden Folgen und sich selbstverstärkenden Rückkoppelungen eintreten können.

2008/09 stellten Wissenschaftler*innen der Universität Exeter und des Potsdam Instituts für Klimafor- schung (PIK) *Tipping elements in the Earth's climate system* zusammen und kamen auf neun potenzielle Kippunkte, die vor dem Jahr 2100 erreicht werden könnten. Seitdem wurden weitere Kippelemente er- mittelt. Der Weltklimarat ging 2018 und 2019 in zwei Sonderberichten davon aus, dass erste Kippunkte spätestens an der 2-Grad-Grenze real werden. Die Erd- erwärmung erlebt dann eine dramatische Zuspitzung.

Die Übersicht des PIK zeigt Kippelemente im Ver- gleich der letzten 30.000 Jahren, wobei größere Öko- systeme schneller kollabieren können, als bisher an- genommen wurde. Die größte Bedrohung geht von einem Abschmelzen des sommerlichen arktischen Meereseises aus, nämlich des Grönländischen und des Westantarktischen Eisschildes.

Ebenso muss von einem Erlahmen der atlantischen thermohalinen Zirkulation ausgegangen werden, die nach Auffassung von Expert*innen mitverursachend war für die Katastrophe im Ahrtal. Die Umwälzzirku- lation des Atlantiks ist ein gewaltiges Energieförder- band, mit dem warmes Oberflächenwasser in den Norden und nach dem dortigen Abkühlen und Ab- sinken vor Grönland und Labrador in der Tiefe wie- der in den Süden transportiert wird.

Ein Kippen der thermohalinen Bänder hätte gravie- rende Auswirkungen auf Temperatur und Nieder- schläge und könnte unter anderem zu einer Aus- trocknung im Sahel und am Amazonas führen würde. Zudem kommt es zu Veränderungen der so- genannten El Nino-Southern Oscillation (ENSO) vor der Küste Perus mit weitreichenden Folgen im Fisch- bestand und im ozeanografisch-meteorologischen System des äquatorialen Pazifiks.

Besonders problematisch wäre das Austrocknen des tropischen Regenwaldes im brasilianischen Amazo- nasbecken. Durch die Vernichtung wichtiger Stoff- kreisläufe werden Humusvorräte mineralisiert und erhebliche Mengen Kohlenstoff freigesetzt. Als Kipp- elemente wurden auch die Destabilisierung des Jet- Streams mit der Folge von Wetterextremen, heftigen Fluten und Dürren identifiziert sowie große Methan- und Kohlenstofffreisetzungen aus auftauenden Dau- erfrostböden in Sibirien, ein Absterben der Korallen- riffe und ein Schwinden der tibetischen Gletscher.

Der Sonderbericht des Weltklimarates über 1,5 Grad globale Erwärmung aus dem Jahr 2018 fasste den wissenschaftlichen Kenntnisstand noch einmal zu- sammen. Die globalen Risiken für Natur und Mensch

sind oberhalb 1,5 Grad Erderwärmung höher als an- genommen. Beispielsweise gehen die Korallenriffe um 70 bis 90 Prozent zurück mit erheblichen Folgen für Fischbestände und die wirtschaftlichen Lebens- grundlagen vieler Menschen.

Die Kippelemente bleiben zunächst noch stabil, aber durch kleine Störungen kann es schnell zu einem Kippunkt kommen. Das Kippen versetzt das Kli- masystem in einen qualitativ anderen Zustand. Das Erreichen von Kippelemente kann eine signifikante Steigerung der Erderwärmung auslösen, selbstver- stärkende Rückkoppelungen in Gang setzen und Kaskadeneffekte zur Folge haben. Das kann allmäh- lich erfolgen, aber auch abrupt eintreten und sogar unumkehrbar sein. Unsicherheit besteht über den kritischen Schwellenwert vieler Kippunkte, die aber, wenn sie einmal angestoßen sind, ohne ex- terne Einflüsse weiterlaufen.

Die bisherigen Maßnahmen zum Klimaschutz sind bei weitem nicht ausreichend.

Es muss schnell zu einer radikalen Reduktion der Emission von Treibhausgasen kommen. Der Sonder- bericht zeigt auch auf, wie gravierend schon der Un- terschied zwischen einer Erwärmung um 1,5 zu einer um 2 Grad Celsius ist. Beispiel: Wenn die Ozeantem- peratur um über 1,5 Grad ansteigt, sind damit die Versauerung und Abnahme des Sauerstoffgehalts der Ozeane verbunden mit weitreichenden Folgen für die maritime Biodiversität. Auch wären dann einige pazifische Inselstaaten in ihrer Existenz bedroht.

Von besonderer Bedeutung für eine Weltinnenpolitik sind die 17 Nachhaltigkeitsziele, die 2015 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung von der Ge- neralversammlung der Vereinten Nationen beschlos- sen und ab dem Jahr 2016 von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden sollen. Keine Frage, auch hier ist der Widerspruch zwischen Zielen und Wirklichkeit groß. Aber es ist eine Orientierung, die einen wichti- gen Anstoß gibt.

Für eine durchgreifende Klimadiplomatie knüpft der Sonderbericht des Weltklimarates an die UN- Agenda 2030 an, deren Inhalt „17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“ sind, die weltweit einer gemeinsamen Zukunft auf einer gesicherten öko- nomischen, sozialen und ökologischen Basis die- nen soll. Sie gilt für alle Staaten.

Der IPCC betont den engen Zusammenhang zwi- schen Klimaschutz und Nachhaltigkeit und stellt her- aus, dass die Welt für die Gefahrenabwehr eine qua-

litative neue Form der internationalen Zusammenarbeit braucht. Nach der Berechnung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) liegen die Kosten für die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele bei insgesamt 2,5 Billionen US-Dollar, also noch nicht einmal 200 Milliarden Dollar höher, als die derzeitigen weltweiten Militärausgaben pro Jahr. Es ist keine Frage, was für den Frieden auf der Erde wichtiger ist.

Würden die 2 Prozent vom BIP nicht für das Militär ausgegeben, sondern dem Klimaschutz gewidmet,

könnte die Menschheit, die Erderwärmung bei 1,8 Grad stoppen. Das hat die UNO errechnet. Doch zu befürchten ist, dass es auch deshalb zu der Aufrüstung kommt, damit sich die reichen Staaten gegen die Folgen der Klimakrise abschnitten und in „grünen Oasen des Wohlstands“ bleiben können.

Unser Fazit: Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit, der politischen Verantwortung und des Friedens!

Antragsteller: Landesverband Hessen

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Für eine ökologische Bundesverkehrs- wegeplanung 5 Die NaturFreunde werden sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und bei den zuständigen Ministerien für eine ökologische Bundesverkehrsplanung in Deutschland einzusetzen. 10 Die Bundesverkehrswegeplanung muss umgehend an die internationalen und nationalen Naturschutz- und Klimaziele angepasst werden. Vorrang muss der Erhalt von Brücken, Straßen und Schienen sowie der Ausbau des Schienennetzes haben. Die bestehenden Bedarfspläne mit den geplanten sowie nicht abgeschlossenen Verkehrsprojekten sind auf Natur- und Klimaziele zu überprüfen und die Verkehrsprojekte neu zu priorisieren. 20 Dazu gehören: • der Verzicht auf den Neubau von Autobahnen sowie die Erweiterung von bestehenden Autobahnen um weitere Spuren (zum Beispiel die Erweiterung der A5 auf zehn Spuren zwischen Friedberg und dem Frankfurter Kreuz); • der Verzicht auf milliardenschwere Großbauprojekte wie zum Beispiel den geplanten Fernbahntunnel in Frankfurt, um damit finanziellen Spielraum zu schaffen für die Umsetzung von Alternativplanungen; • der Erhalt von Straßen, Brücken und Schienenwegen statt einzelne Milliardenprojekte; • die Verdichtung der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Fläche durch Schaffung eines dichten Netzes an regelmäßig, pünktlich und zuverlässig verkehrenden Bussen und Bahnen und funktionierenden Umsteigeverbindungen; • die sofortige Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und einer Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts; • der bevorzugte Ausbau von Radwegen.	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung des Antragstellers

Erderwärmung, Extremwetter, der drohende Zusammenbruch von Ökosystemen und Artensterben sind die großen Gefahren nicht nur für die Menschheit, sondern auch für fast alle anderen Arten auf diesem Planeten. Um das 1,5-Grad-Ziel des Weltklimarates einzuhalten, muss der Kohlendioxid-Ausstoß schnell und drastisch verringert werden. Dazu muss der Verkehrssektor seinen Teil beitragen und darf sich nicht, wie im neuen Klimaschutzgesetz festgelegt, mit dem Hinweis auf andere Ressorts aus der Verantwortung stehlen können.

Eine soziale und klimagerechte Mobilität erfordert nachhaltige Infrastrukturplanung. Dazu gehört ein

attraktiver und bezahlbarer Personen- und Güterverkehr auf der Schiene.

Die im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringlich eingestuften 1.000 Straßenneu- und -ausbauprojekte sowie die Tunnelprojekte der Deutschen Bahn sind mit einer klimaverträglichen Verkehrsplanung nicht vereinbar, sondern ziehen Geld für den Erhalt und die Sanierung von Straßen und Schienen ab. Die geplanten Großprojekte erhöhen den Treibhausgasausstoß, maximieren die Flächenversiegelung und drohen durch die immer wieder zu beobachtende Vervielfachung der anfänglich niedrig prognostizierten Kosten finanzielle Ressourcen auf Jahrzehnte hinaus aufzusaugen.

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Für eine bahnpolitische Strategie und eine kohlendioxid- und emissionsreduzierende Verkehrspolitik	<i>Annahme</i> 1
5 Binnen eines Zeitraums von 25 Jahren müssen in Deutschland – und zwar auch nach dem jüngst geänderten Klimaschutzgesetz – alle Sektoren ihre Treibhausgasemissionen (und dies gilt vor allem für Kohlendioxid) auf null senken. Weit entfernt von jeglichen Reduzierungen ist allerdings der Verkehrsbe- 10 reich und hier vor allem der Straßenverkehr. Über Jahrzehnte wurden in diesem Sektor keinerlei Reduzierungen an klimaschädlichen Emissionen erreicht – im Gegenteil.	5 10
15 So schreibt das Umweltbundesamt (UBA): „Der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen ist seit 1990 von etwa 13 auf 19,4 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Die absoluten Kohlendioxid-Emissionen im Betrieb 20 des Straßengüterverkehrs erhöhten sich zwischen 1995 und 2021 trotz technischer Verbesserungen um 23 Prozent.“ Mit 170 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ist der Verkehrssektor der drittgrößte Emittent in Deutschland.	15 20
25 Folglich erfordern die Klimaziele eine starke Verlagerung weg von der Straße hin zu effizienteren Verkehrsmitteln. Züge sind hier gegenüber Kraftfahrzeugen (Kfz) stark im Vorteil:	25
30 • sie sind zwei- bis dreimal energieeffizienter im Personenverkehr sowie drei- bis fünfmal im Güterverkehr; • die direkte Elektrifizierung als effizienteste Antriebsart ist weit fortgeschritten;	30
35 • im Gegensatz zu Kfz spielt die verwendete Energie zum Bau von Zügen aufgrund deren hohen Fahrleistungen praktisch keine Rolle.	35
Die NaturFreunde fordern daher:	
40 • die Beschleunigung einer ökologischen Ausrichtung der Bahnpolitik; • keine Zerschlagung der Bahn, stattdessen den Umbau der Bahn zum gemeinwohlorientierten Unternehmen;	40
45 • eine schnellstmögliche Reduzierung von Emissionen im Verkehr durch maximale Verlagerung des Pkw- und Lkw-Verkehrs auf die Schiene; • eine Orientierung aller Investitionen an den größten Verlagerungs- und Klimaschutzpotenzialen;	45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 - eine Beendigung klimaschädlicher Großprojekte, keine Fixierung auf wenige, teure, lange dauernde Prestigeprojekte der Hochgeschwindigkeit mit vielen Tunnelstrecken und -bahnhöfen. 5 Als Sofortmaßnahmen fordern wir: - eine leistungssteigernde Tempo-Harmonisierung der Bahn auf allen überlasteten Strecken bei Durchschnittsgeschwindigkeiten im mittleren Tempo (circa 120 km/h); - einen auf die Tempo-Harmonisierung ausgerichteten Ausbau, um die Leistung im Personen- und insbesondere im Güterverkehr rasch um ein Mehrfaches zu steigern. 10 15 Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.	1 5 10 15
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung	

Begründung der Antragstellerin

Die Bahn ist im Alltag vielfach sehr unattraktiv. Ihr Verkehrsanteil liegt beim Personenverkehr bei gerade 8,9 Prozent, beim Güterverkehr bei 19 Prozent.

Aus Fahrgastuntersuchungen wissen wir:

- Menschen lassen das Bahnfahren sein, wenn der Weg zum Bahnhof lang ist und viel Zeit braucht;
- wenn potenzielle Fahrgäste am Bahnhof angekommen sind, schrecken lange Wartezeiten ab;
- wenn die Fahrgäste dann im Zug sitzen, wollen sie nicht dauernd umsteigen, was wieder Wartezeiten, zumeist im Stehen, mit sich bringt.

Wir brauchen also:

- ein dichtes Schienennetz mit vielen (attraktiven) Bahnhöfen und Stationen;
- einen dichten Takt, bei dem mindestens alle halbe Stunde, besser alle zehn Minuten ein Zug kommt (der Stundentakt ist nur ein bescheidener Anfang);
- durchgehende Verbindungen, möglichst ohne Umsteigen, und hohen Reisekomfort. Nicht nur für uns NaturFreunde ist dabei wichtig, dass viel Platz für (Wander-) Gepäck und Fahrräder vorhanden ist – selbstverständlich barrierefrei.

Ein solches Angebot muss gerade auch im ländlichen Raum gut mit dem lokalen und regionalen Öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV abgestimmt werden, zum Beispiel dadurch, dass sich viel mehr Züge in beide Fahrtrichtungen an Stationen begegnen und dort dann gleichzeitig auch die Buslinien halten. Mit solchen lokalen Umsteigeknoten kann auch dort, wo (noch) keine Züge fahren, eine gute Anbindung erreicht werden. Fast 90 Prozent der gefahrenen Kilometer bleiben innerhalb der Region oder Nachbarschaft.

Bei Fahrten zwischen 15 und 250 Kilometern Länge liegen die größten Verlagerungsoptionen im Personenverkehr. Im Gegensatz zum Nah- und S-Bahnverkehr der Ballungsräume und den langen Entfernungen über 250 Kilometern ist der Bahnanteil in diesen mittleren Entfernungen noch sehr ausbaufähig und notwendig.

Beim Güterfernverkehr werden mehr als Dreiviertel der Verkehrsleistung auf Strecken über 150 Kilometern, mehr als die Hälfte sogar auf Strecken über 400 Kilometern Länge erbracht. Die Schiene wird mit steigender Entfernung für den Güterverkehr immer attraktiver (nur ein*e Lokführer*in statt 50 LKW-Fahrer*innen).

Die großen Klimaschutzpotentiale gegenwärtig liegen also nicht im Personenfernverkehr, sondern im regionalen Personenverkehr sowie im Güterfernverkehr. Sie werden mit der aktuellen Politik grundlegend verfehlt!

Die Bahn wurde seit dem Zweiten Weltkrieg immer nur als Ergänzung zum Auto, aber nie mit dem Ziel ausgebaut, große Anteile des Verkehrs auf die Schiene zu verlagern. Hier zeigt sich die wirtschaftliche und damit auch politische Macht der großen Automobil- und Ölkonzerne. Wenn die Bahn ausgebaut wurde, lag (und liegt immer noch) die Priorität bei Großprojekten des Hochgeschwindigkeitsverkehrs und bei Prestigebahnhöfen. Solche Projekte sind extrem teuer. Sie haben geringe Netzwirksamkeit und dauern sehr lange.

Wegen des massenhaften Einsatzes von Stahlbeton für die vielen Tunnel, Brücken und unterirdischen Bauwerke sind solche Großprojekte selbst große Kohlendioxid-Schleudern. Ebenso problematisch ist, dass diese Projekte oft nur einem kleinen Kreis von Reisenden nützen. Eine wirklich attraktive Bahnalternative für die meisten Menschen und Gelegenheiten entsteht so nicht.

Diese seit Jahrzehnten festzustellende Fokussierung des Bundesverkehrsministeriums auf Großprojekte ist auffällig. Bisherige Strategien zielen auf eine Verdopplung des Personenverkehrs auf der Schiene und auf eine rund 50-prozentige Erhöhung des Schienenanteils im Güterverkehr auf 25 Prozent. Angesichts der heutigen, sehr kleinen Verkehrsanteile der Schiene (Personenverkehr: 8,9 Prozent, Güterverkehr 19 Prozent) würden die Schienenverkehre damit praktisch immer noch keinen relevanten Beitrag zur Klimarettung leisten. Eine solche Priorisierung der Hochgeschwindigkeitsverkehre behindert die Verbesserung der für den Klimaschutz wichtigeren Regional- und Güterzüge.

Bisherige Schienenstrategien planen prioritär nach Geschwindigkeit: Auf Strecken mit gemischten Verkehren zwingen die Fernzüge die Regional- und Güterzüge auf Überholgleisen zu warten (sofern diese überhaupt noch vorhanden sind). Güterzüge stehen zudem oft stundenlang auf Rangiergleisen und warten, bis sie nachts endlich fahren können, weil dann der Personenfernverkehr ruht. Dabei erwartet die Kundschaft ihre Waren ganztags, wie man an den Lkw-Schlangen auf den Autobahnen gut sieht. Regional- und Güterzüge brauchen daher Priorität auf dem Netz.

Der Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken für Personenfernverkehre steht im Zentrum bisheriger Stra-

tegien, insbesondere des Zielfahrplans vom Deutschlandtakt. Schnelle Personenfernzüge zielen jedoch nur auf kleine Teile der Verkehrsleistung und damit auch der Emissionen. Der für sie nötige Bau von Schnellstrecken kostet viel Zeit, Geld und Personal. Das darf eine verantwortliche Klimapolitik nicht fortsetzen.

Dem setzen wir das Konzept der Initiative Klimabahn entgegen, in der sich auch NaturFreund*innen engagieren: **„Verdreifachung des Schienenverkehrs mit höchster Priorität – dabei aber mit Takt vor Tempo für die Klimabahn.“**

Nur eine bahnpolitische Strategie, die konsequent auf eine schnelle und maximale Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen ausgerichtet ist, kann in den jetzt anstehenden entscheidenden Jahren einen wirkamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Eine solche Klimabahn könnte mit verschiedenen Maßnahmen, regional und später bundesweit, umgesetzt werden.

Das Konzept der Klimabahn setzt vor allem durch intelligente und schnell machbare organisatorische Maßnahmen da an, wo die beiden größten Verlagerungspotenziale bestehen: im regionalen Personenverkehr sowie im Güterfernverkehr.

Ein Stufenplan setzt zunächst kleine Maßnahmen um, wie zum Beispiel dichtere Takte, flankiert durch mehr gut ausgebildetes Personal, entsprechende Fahrzeuge sowie ein einfaches Tarifsysteem und viel mehr Komfort beziehungsweise Service. Jede Linie muss mindestens alle halbe Stunde fahren, auf Hauptstrecken noch öfter. Ziel der ersten Stufe ist die Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Schiene um das Dreifache. Das bedeutet eine Steigerung des Anteils des Personenverkehrs auf der Schiene am Gesamtverkehrsaufkommen von jetzt knapp 9 Prozent auf dann circa 25 Prozent und des Güterverkehrs von jetzt 19 Prozent auf dann circa 55 Prozent.

Dabei gilt aber auch, dass dem dann weiter ansteigenden Verkehrslärm, von dem besonders Anwohner*innen in der Nähe von Gleisen betroffen sind, mit entsprechenden verträglichen und innovativen (Bau-) Maßnahmen begegnet werden muss.

Mit einem mindestens Zehnminutentakt gerade auf überlasteten Verbindungen wie Hamburg-Hannover können dann die Personenzüge zuverlässig und energieeffizient verkehren. Das dichtere Taktangebot wird für die meisten Fahrgäste auch bei teilweise langsamer fahrenden Fernzügen zu kürzeren Reisezeiten führen. Die Güterzüge können eingereiht in den Rhythmus der Reisezüge mitfahren. Nur mit diesem Alternativangebot zum PKW- und LKW-Verkehr

können im Verkehrssektor die Klimaziele der nächsten Jahre erreicht werden.

Danach wirken mittlere Maßnahmen. Dazu gehören Reaktivierungen von Strecken und Stationen, die Beseitigung der vielen Engpässe und Langsamfahrstellen, die Modernisierung der Stellwerke sowie kleine Ausbaumaßnahmen wie der Wiedereinbau der erforderlichen Weichen und Überholgleise für mehr Kapazität und kürzere Fahrzeiten. Damit kann die Bahn wieder überall ein Grundgerüst für einen flächendeckenden Umweltverbund bieten.

Langfristig sind auch größere Maßnahmen wie der Ausbau von Strecken mit zusätzlichen Gleisen oder auch neue Strecken nötig. Hier muss der Fokus vor allem auf der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene liegen. Gerade die vielen Lkw schaden besonders Klima, Umwelt und Menschen. Im Gegensatz zu den bisherigen Planungen setzt die Klimabahn nicht auf höchste Geschwindigkeiten, sondern auf moderate 120-200 km/h für Neubaustrecken. Dadurch kann der Bau auch deutlich umwelt- und naturschonender erfolgen; insbesondere, wenn diese Strecken direkt an existierende Autobahnen angebaut werden können.

Perspektivisch können sogar, wenn die Verlagerung des Verkehrs von PKW und LKW auf die Schiene zunehmend besser gelingt, wo möglich auch Autobahnspuren durch Gleise ersetzt werden: die leistungsfähige Auto-EISEN-Bahn.

*Deswegen unterstützen wir NaturFreunde die Forderung klimaorientierter Verkehrsexpert*innen, die Details möglicher Auto-EISEN-Bahnen intensiv zu prüfen. Zentral für die Nutzung der zu erwartenden Vorteile dieses Umbaus in den 2030er-Jahren ist, dass die Entscheidung schon jetzt getroffen werden muss: Bei der beginnenden Sanierung vieler Autobahnbrücken müssen diese schon für die spätere Schienennutzung vorbereitet werden.*

Rückführung der Bahn zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen

Die Realisierung einer solchen Klimabahn erfordert schon aufgrund der dichten Zugfolge als strategischem Steuerungshebel eine gemeinnützige integrierte Bahn. Diverse nach eigenen Gewinn Gesichtspunkten agierende kommerzielle Anbieter*innen würden hingegen sehr viel Störpotenzial in den Bahnbetrieb bringen.

Bei einer gemeinnützigen integrierten Bahn müssen Infrastruktur und Fahrbetrieb als öffentliche Daseinsvorsorge in einer öffentlichen Einrichtung zusammengefasst sein (vergleiche auch das NaturFreunde-Positionspapier „Die Bahn der Zukunft als Rückgrat einer ökologischen und sozialen Mobilitätswende“, dort insbesondere Punkt 5.: Strategischer Steuerungshebel - eine gemeinnützige integrierte Bahn).

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission
1	Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft und Ernährung	<i>Annahme</i> 1
5	Angesichts der sich weiter verschärfenden Überlastung der Biosphäre mit reaktiven Stickstoffverbindungen fordern die NaturFreunde Deutschlands einen grundsätzlichen Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Landwirtschaft und Ernährung. Die Förderung der Massenproduktion von tierischen Nahrungsmitteln durch die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) muss beendet werden. Anzustreben ist eine bezahlbare Ernährung der Bevölkerung, die auf einem deutlich höheren pflanzlichen Anteil basiert und eine vollwertige Ernährung mit qualitativ hochwertigen Produkten.	5
10	Die NaturFreunde fordern daher:	10
15	eine Umstellung auf eine tier- und umweltverträgliche Produktionsweise;	15
20	den Schutz der kleineren bäuerlichen Betriebe vor der Konkurrenz der Großbetriebe mit Massentierhaltung, da ökologische kleinbäuerliche Betriebe zu einer vielfältigen Agrarstruktur beitragen.	20
25	Die NaturFreunde Deutschlands empfehlen bewirtschafteten Naturfreundehäusern, Mahlzeiten mit einem deutlich verringerten Fleischanteil anzubieten.	25
30	Die NaturFreunde werden weiterhin aktiv mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und weiteren ökologischen Verbänden zusammenarbeiten.	30

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung der Antragstellerin**

Die planetaren Belastungsgrenzen der Erde sind nicht nur beim Verlust der Biodiversität und bei der Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen deutlich überschritten, sondern in hohem Ausmaß auch bei der Belastung der Ökosysteme mit Pflanzennährstoffen. Hier kommt die größte Bedeutung den reaktiven Stickstoff-Verbindungen zu, namentlich dem Ammoniak und den Stickstoffoxiden wie Lachgas und Nitrat.

Die bedeutendste Quelle für die Freisetzung dieser Stickstoff-Verbindungen ist die Landwirtschaft, insbesondere die Produktion tierischer Nahrungsmittel einschließlich der entsprechenden Produktion eiweißreicher Futterpflanzen wie Soja. Letzteres wird in gigantischen Mengen in Südamerika produziert und in die EU importiert. Jährlich wird dadurch die europäische Stickstoffbilanz um circa zehn Prozent

der natürlichen Tragfähigkeit überlastet. In Südamerika werden dafür enorme Regenwaldflächen gerodet.

Der größte Teil des Futter-Eiweißes wird nicht in Fleischmasse umgesetzt, sondern als Kot und Urin wieder ausgeschieden und dann als Gülle auf die Felder ausgebracht. Da aber die Stickstofftragfähigkeit der Böden dadurch deutlich überschritten wird, werden Ammoniak und Lachgas an die Atmosphäre abgegeben, und Nitrat als Folgeprodukt gelangt in

großen Mengen ins Grundwasser und in Oberflächengewässer. Nitrat macht das Grundwasser für die Trinkwassergewinnung unbrauchbar. Lachgas ist ein 250-mal stärkeres Treibhausgas als Kohlendioxid. Auf die Fläche regnet jährlich eine Menge an Stickstoffverbindungen ab, die einer üblichen landwirtschaftlichen Düngung entsprechen würde. Deshalb sind auch strukturell nährstoffarme Ökosysteme wie Heiden, Moore und Gewässer extrem gefährdet.

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission
1	Für eine sozial und ökologisch verträgliche Wärmewende, die Betroffene zu Beteiligten macht	<i>Zurücküberweisung an die Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz mit der Bitte, einen Beschlussentwurf zu den sozialen Aspekten der Wärmewende auszuarbeiten und dem Bundes-</i>
5	Neben der Energiewende im Stromsektor ist auch die Wärmeversorgung auf eine nachhaltige und klimafreundliche Basis zu stellen. Dies ist ein zentraler Aspekt der Daseinsvorsorge. Hier spielen die Kommunen eine Schlüsselrolle: Sie sind es, die in der kommunalen Wärmeplanung den Weg zu einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden aufzeigen müssen.	<i>ausschuss vorzulegen</i>
10		
15	Die Wärmeversorgung findet vor Ort in den Kommunen statt. Die Städte und Gemeinden müssen in den Stand gesetzt werden, die örtliche Wärmeversorgung zu organisieren. Dazu dient das am 1.1.2025 in Kraft getretene Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung (KWP).	
20	Die Wärmewende von der fossilen zu einer erneuerbaren Wärmeversorgung betrifft Hauseigentümer*innen, Wohnungseigentümer*innen und nicht zuletzt Mieter*innen. Die Wärmewende wird erfolgreich sein, wenn sie vom Vertrauen der Menschen getragen ist und die damit verbundenen Kosten von ihnen als gerecht empfunden werden und von ihnen getragen werden können.	
25		
30	Noch immer werden 79 Prozent der knapp 20 Millionen Wohngebäude mit Öl und Gas beheizt. Die hier vorhandenen Effizienzsteigerungspotenziale wurden jahrelang nur unzureichend genutzt. Vor allem aber spielen erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung im Bestand bisher eine deutlich zu geringe Rolle.	
35		
40	Darüber hinaus ist eine vorausschauende Wärmeplanung im hohen Maße eine sozialpolitische Aufgabe, denn bezahlbare Energiepreise sind für viele Menschen mit geringem Einkommen existenzsichernd. So sind die Wohnkosten nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Dezember 2024 bei Zugrundelegung der tatsächlichen und nicht nur der statistischen Wohnkosten für viele Haushalte nur schwer zu tragen. Bei der Wärmewende und einer damit verbundenen Sanierung ist die Auswirkung auf die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen besonders zu berücksichtigen. Dies könnte zu Angst und zu einem Vertrauensverlust der Bürger*innen führen.	
45		

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Die NaturFreunde Deutschlands sind sich darüber im Klaren, dass die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung eine Herkules- und eine Generationenaufgabe ist, die jahrzehntelang dauern wird. 5 Die NaturFreunde fordern daher, dass: • die Wärmewende zur kommunalen Pflichtaufgabe und zur Sicherstellung der Finanzierung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen wird. Bund, Länder und Kommunen brauchen ein über die Wahlperioden hinausgehendes Umsetzungs- und Finanzierungskonzept; • die Bürger*innen von Anfang an an der Wärmeplanung beteiligt werden. Dies sichert aufgrund der Ortskenntnis die Vollständigkeit bei der Erfassung aller Wärmequellen und verhindert offenkundige Fehler der Planung; • alle Kommunen Wärmepläne erstellen, deren Ziel es ist, dass nicht jede Kommune vor sich hin plant, sondern auf Landkreisebene und Ebene der Regionen abgestimmt agiert wird; • die Bürger*innen rechtzeitig über die beabsichtigte Entwicklung der Strom- und Gasnetze informiert werden. Sie sind auch mittels des Netzentwicklungsplans Gas über einen Umbau des Gasnetzes sowie den Aufbau des Wasserstoffnetzes zu informieren. Über den Netzentwicklungsplan Strom müssen Informationen für den Anschluss der Wärmepumpen und gegebenenfalls auch für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) zur Verfügung gestellt werden. 10 15 20 25 30	1 5 10 15 20 25 30

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung der Antragstellerin

Die Wärmewende wurde viele Jahre verzögert. Bei der Stromerzeugung sind wir heute bei über 50 Prozent aus erneuerbaren Energien, bei der Wärmeversorgung erst bei 20 Prozent. Ohne eine Wärmeversorgung mit weitgehend erneuerbaren Wärmequellen wird die Energiewende nicht gelingen. Problematisch ist, dass die Energiewende bisher keinem ganzheitlichen Plan folgt.

Erst in jüngster Zeit kommt die Erstellung von kommunalen Wärmeplänen bei Städten und Gemeinden in Deutschland voran. So beschäftigt sich derzeit mehr als ein Drittel der Kommunen konkret mit der

Wärmeplanung, darunter nahezu alle großen Kommunen. Die kommunale Wärmeplanung ist ein zentraler Bestandteil der deutschen Klimapolitik. Sie verpflichtet Kommunen, Wärmepläne zu erstellen, die festlegen, welche Technologien und Energieträger für die jeweilige Region geeignet sind. Diese Pläne sollen Investitions- und Planungssicherheit für Gebäudeeigentümer*innen, Unternehmen und Kommunen schaffen. Nach dem Wärmeplanungsgesetz müssen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen ihre Wärmepläne bis Mitte 2026 vorlegen, kleinere Kommunen haben bis Mitte 2028 Zeit.

Der Wärmeplan ist von den Gemeinderäten der Städte und Gemeinden zu beraten und zu beschließen. Der Wärmeplan greift tief in die Verhältnisse der Stadtteile oder Ortschaften ein. Die jeweiligen Bezirksbeiräte oder Ortschaftsräte sind deshalb entsprechend der Gemeindeordnung früh in die Beratungen einzubeziehen. Sie haben rechtzeitig vor der Beschlussfassung durch den Gemeinderat über den Entwurf des Wärmeplans zu beraten und zu beschließen.

Über die Gemeindeordnung hinaus sind nach dem Wärmeplanungsgesetz (§ 7) ausdrücklich die Bürger*innen bei der Wärmeplanung zu beteiligen. Die Wärmewende ist eine riesige Herausforderung und erfordert die Mitwirkung und Akzeptanz der Menschen. Dazu zählt die energetische Sanierung von Häusern oder der Austausch von Heizungen. Für die Umsetzung der Maßnahmen aus der Wärmeplanung braucht es Akzeptanz, besser noch eine aktive Befürwortung, die auch bis zur Umsetzung der Maßnahmen im privaten Bereich führt. Beteiligung fördert die Legitimation von Entscheidungen, schafft Rückhalt in der Bevölkerung und ermöglicht die Erarbeitung und den Anstoß von kollektiven Lösungen. Eine gute und mitgestaltende Beteiligung schafft also nicht nur Transparenz und Akzeptanz, sondern fördert auch die Qualität der Ergebnisse, wie zahlreiche Beispiele zeigen.

Bürger*innenbeteiligung ist die Teilhabe und Mitgestaltung gesellschaftlicher Akteur*innen an einem Planungs- und Entscheidungsprozess durch gegenseitige Information, Konsultation und Kooperation. Das heißt, Bekanntmachungen seitens der Kommune (insbesondere nachträgliche) sind nicht gleich Prozesse der Bürger*innenbeteiligung. Transparenz und Informationen sind lediglich die notwendigen Voraussetzungen, damit sich Bürger*innen beteiligen können. Nur wenn Einwohner*innen wissen, was in ihrer Kommune passiert, können sie sich äußern und aktiv werden.

Bürger*innenbeteiligung ermöglicht, die vielfältigen Interessen der Menschen vor Ort, also in ihrem Stadtbezirk oder ihrer Ortschaft zu berücksichtigen und vermeidet Überraschungen. Informations- und Beteiligungsprozesse stärken das Vertrauen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse, fördern die Akzeptanz und können auch Kosten einsparen, zum Beispiel durch Vermeidung von Fehlplanungen.

In § 13 Wärmeplanungsgesetz (WPG) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit detailliert festgehalten. Die betroffene Öffentlichkeit muss über die Entscheidung über die Durchführung einer Wärmeplanung

sowie die jeweiligen Ergebnisse der Eignungsprüfung, Bestandsanalyse und Potenzialanalyse im Internet informiert werden. Mit der Veröffentlichung besteht die Möglichkeit der Einsichtnahme für einen Monat. Nach Erfahrungen der Praxis sollen alle wesentlichen Akteur*innen frühzeitig und fortlaufend beteiligt werden. Wesentliche Akteur*innen sind nicht nur Interessengruppen sowie Vertreter*innen der Wirtschaft, sondern auch die Bevölkerung. Die angemessene Beteiligung der Bürger*innen ist insbesondere aufgrund des hohen Informationsbedarfs erforderlich und wichtig und fördert nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die Qualität des Wärmeplans.

Fernwärme-Systeme sind darauf angewiesen, dass viele Menschen in den Bereichen, wo das Netz liegt, angeschlossen sind, ansonsten wird das Netz zu teuer. Deshalb müssen die Bürger*innen wissen, wo das Netz liegt und ob die Kommune eine Fernwärmeversorgung plant, da sie sonst gegebenenfalls individuell in erneuerbare Heizungen investieren. Häufig ist der lokalen Bevölkerung auch nicht bewusst, dass bestimmte politische Entscheidungen getroffen wurden und welche Konsequenzen sie haben. Hat eine Stadt zum Beispiel das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035, bedeutet dies, dass bereits heute der Einbau einer fossilen Heizungsanlage eine Fehlinvestition ist. Hier kommt der Stadt und ihrem Stadtwerk die Aufgabe zu, die Bürger*innen und auch die Gasnetzkund*innen aktiv zu informieren.

Die Bürger*innen sind auch über die beabsichtigte Entwicklung der Strom- und Gasnetze zu informieren. Im Netzentwicklungsplan Gas ist über einen Umbau des Gasnetzes sowie Aufbau des Wasserstoffnetzes zu informieren. Der Netzentwicklungsplan Strom enthält Informationen für den Anschluss der Wärmepumpen und gegebenenfalls der KWK-Anlagen.

Der Ablauf der Wärmeplanung besteht nach § 13 WPG unter anderem aus den folgenden Schritten:

- die Bestandsanalyse mit aktuellen Wärmequellen und Wärmebedarf sowie Energieinfrastruktur und Beheizungsstruktur der Gebäude;
- die Potentialanalyse erhebt die Potenziale für die erneuerbare Wärmeversorgung und die Abwärmquellen;
- das Zielszenario mit der politischen Entscheidung für ein Ziel der kommunalen Wärmeversorgung. Diese Festlegung ist entscheidend für die notwendigen Investitionen und die Planungssicherheit für alle Akteur*innen;
- die Wärmewendestrategie mit Maßnahmen und einem Zeitplan zum Umbau der bestehenden Wärmeversorgung hin zu der im Zielszenario formulierten Wärmeversorgung.

Die frühzeitige und angemessene Bürger*innenbeteiligung führt zu richtigeren Ergebnissen, weil alle erneuerbaren Wärmequellen erfasst werden, eine unzulässige Aussonderung von Wohngebäuden vermieden wird und Streitigkeiten im Nachhinein über Korrekturen erspart bleiben. Fehlende Bürger*innenbeteiligung führt zu Diskussionen über gegebenenfalls unwirtschaftliche Sonderlösungen durch separate Wärmenetze oder individuelle Hauslösungen. Die Bürger*innenbeteiligung fördert die Umsetzung der Maßnahmen.

Eine mangelhafte Bürger*innenbeteiligung kann nicht durch die Aufsichtsbehörde geheilt werden, da der Wärmeplan lediglich anzuzeigen ist.

Die Wärmepläne der Städte und Gemeinden sind in die Klimaschutzkonzepte der Landkreise und in die Regionalpläne der Regionen zu integrieren.

Die Mitglieder von Wohnungseigentümer*innengemeinschaften haben gegebenenfalls nach dem Gebäudeenergiegesetz (GEG, sogenanntes Heizungs-gesetz) Maßnahmen zur Optimierung ihrer Heizungen zu beschließen. Hier empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig mit dem*der Hausverwalter*in in der Eigentümer*innenversammlung über erforderliche Schritte zu beraten und zu beschließen.

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Kein Aufweichen der Gentechnikregulierung 5 Der NaturFreunde-Standpunkt ist klar: Die Neue Gentechnik (NGT) ist Gentechnik, auch wenn eine mächtige Lobby versucht, mit dem verharmlosenden Begriff „Neue Züchtungstechnik“ den Unterschied zu konventioneller Züchtung zu verwischen. Die als „Genschere“ bezeichnete CRISPR/CAS-Methode schneidet 10 zwar gezielt die DNA aus. Es ist jedoch viel zu wenig über Wechselwirkungen bekannt, so dass unbeabsichtigte, unerwünschte Effekte nicht auszuschließen sind. 15 Alle Gentechnik-Verfahren müssen weiter strikt reguliert werden. Bisher fällt auf EU-Ebene die CRISPR/CAS-Methode unter Gentechnik und unterliegt damit den sehr sinnvollen Regulierungen. Doch diese Regulierungen sollen nun aufgeweicht werden. 20 Im Juli 2023 hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag eingereicht, der darauf abzielt, dass Produkte aus Neuen Gentechniken nicht mehr als Gentechnik bezeichnet und auch nicht mehr entsprechend reguliert werden sollen. Das Europäische Parlament hat im Februar 2024 dem Vorschlag zugestimmt. Der Agrarminister*innenrat hingegen konnte sich nicht einigen. Aus diesem Grund wird über den Vorschlag der Kommission weiter diskutiert. Die amtierende Ratspräsidentschaft plant in der ersten Jahreshälfte in 2025 einen Kompromiss zu finden. Es ist davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres 2025 der Verordnungsvorschlag angenommen wird. 35 Die NaturFreunde Deutschlands lehnen den EU-Kommissionsvorschlag ab. Die NaturFreunde werden sich aktiv an EU-Abgeordnete in ihren Wahlkreisen und an Bundestagsabgeordnete wenden, um ihre Position deutlich zu machen. 40 Nur so können die Umwelt, die Verbraucher*innen sowie die gentechnikfreie Landwirtschaft vor gentechnikveränderten Lebensmitteln geschützt werden. 45 Die NaturFreunde fordern daher: • Der im Jahr 2023 von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag zur Deregulierung von Gentechnik muss abgelehnt werden. Entsprechend dem europäischen Vorsorgeprinzip und dem Um-	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40 45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 welt- und im Einklang mit Verbraucher*innen- 5 schutz müssen die Neuen Gentechniken weiter- hin als Gentechnik eingestuft werden und einem verpflichtenden Prüfungsverfahren unterliegen, da es zu viele offene Fragen zum Risiko gibt. • Aus NGT-Pflanzen hergestellte Lebens- und Futtermittel müssen gekennzeichnet werden. Nur so ist die Wahlfreiheit der Konsument*innen gewährleistet. • Auch für die NGT muss die EU-Freisetzungsrichtlinie mit Genehmigungspflicht gelten. Denn nur so kann eine umfassende Risikobewertung, die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung garantiert werden. Das deutsche Gentechnikrecht sollte erhalten bleiben, da es zusätzlich die Erfassung in einem öffentlich zugänglichen Standortregister und Haftungsregeln enthält. Einmal freigesetzte NGT-Pflanzen können nicht mehr zurückgeholt werden. • Entsprechend dem Verursacher*innenprinzip muss eine Haftung für Schäden durch Kontamination gewährleistet sein. Verursacher*innen könnten nicht mehr belangt werden, wenn NGT-Pflanzen ohne Zulassungsverpflichtung unkontrollierbar in die Umwelt gelangen würden und Einkreuzungen sowie Vermischungen stattfinden, wodurch eine Koexistenz verhindert wird. • Die bäuerliche Landwirtschaft muss davor geschützt werden, dass das Saatgut und damit unsere Lebensgrundlagen infolge Patentierungen in den Händen weniger Großkonzerne liegt. Gefährliche Abhängigkeiten wären sonst die Folge. Übermittlung an deutsche Gruppen der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament.	1 5 10 15 20 25 30

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung der Antragstellerin

Unter der Bezeichnung Neue Gentechnik (NGT) werden eine Vielzahl von molekularbiologischen Verfahren wie etwa CRISPR/Cas zusammengefasst, mit denen das Erbgut von Zellen im Vergleich zur „alten“ Gentechnik relativ präzise und schnell verändert werden kann. Das Versprechen dieser Neuen Gentechnik sind verbesserte Pflanzeigenschaften, wie sie bisher mit herkömmlichen Züchtungsmethoden erreicht werden. Aus diesem Grund werden die NGT-Verfahren auch als „Neue Züchtungstechniken“

bezeichnet, die nicht mehr unter die Regulierungen von Gentechnik fallen sollen.

Denn die „alte“ Gentechnik unterliegt strengen Regulierungen, um möglichst viele Risiken auszuschließen. Dazu zählen zum Beispiel verpflichtende Zulassungsverfahren für mit Hilfe von Gentechnik gezüchteten Pflanzen, eine Kennzeichnungspflicht für die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen, eine Prüfung der Risiken sowie eine Garantie der Koexistenz von

konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Unternehmen sollten auch für auftretende Schäden haften.

Gerade, weil mit NGT-Verfahren gentechnische Veränderungen vereinfacht und beschleunigt werden können, sind die dabei erfolgten Eingriffe in das Erbgut wesentlich komplexer und deren Auswirkungen viel unberechenbarer. Auch sind diese Verfahren nicht so präzise wie beworben.

Mehr Informationen:

- Von 139 Verbänden unterzeichnetes Positionspapier *Keine Deregulierung Neuer Gentechnik-Verfahren*: www.kurzelinks.de/Positionspapier-NGT
- Vertiefende Artikel zur Neuen Gentechnik in einer Broschüre der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): www.kurzelinks.de/AbL-Texte-zu-NGT

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Für eine naturverträgliche Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Baggerseen 5 Die NaturFreunde Deutschlands haben sich frühzeitig und eindeutig zur Energiewende und damit zum Ausbau von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bekannt. Unser Verband achtet aber auch darauf, dass Eingriffe in Natur und Landschaft, wo immer möglich, vermindert werden und entwickelt differenzierte Positionen. 10 Die NaturFreunde sehen in schwimmenden PV-Anlagen durchaus einen Beitrag für das Gelingen der Energiewende. In diesem Zusammenhang ist auch die Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Baggerseen zu nennen. Beispielsweise könnte nach einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts allein in Baden-Württemberg dadurch ein Potenzial von 280 bis 1.070 Megawatt an installierter Leistung erschlossen werden. Das entspricht einem Anteil zwischen 0,5 und 2 Prozent des Stromverbrauchs in Baden-Württemberg. Ein klarer Vorteil von schwimmenden Solaranlagen ist zudem die fehlende Flächenkonkurrenz mit anderen zum Beispiel landwirtschaftlichen Nutzungen. 25 Doch welche Auswirkungen die schwimmenden Solarkraftwerke auf das Ökosystem Baggersee und seine Lebewesen haben können, hängt maßgeblich von der Art und Weise seiner Nutzung ab. 30 Die NaturFreunde fordern daher, dass: • schwimmende PV-Anlagen nur auf Baggerseen mit aktiver Auskiesung erlaubt sein sollen. PV-Anlagen auf natürlichen Seen oder stillgelegten Baggerseen lehnen wir ab. Mit anderen Worten: Auf Baggerseen, die ausschließlich dem Abbau von Kies oder Sand dienen, ist eine Nutzung von schwimmenden Photovoltaikanlagen sinnvoll; • maximal 15 Prozent der Wasseroberfläche mit PV-Anlagen überspannt werden sollten; • die PV-Anlagen ausschließlich über großen Tiefen zu positionieren sind; • Ufer- und Flachwasserzonen zu schonen sind und daher von der Nutzung ausgenommen werden müssen; • ein umfangreiches Monitoring beim Bau und Betrieb von schwimmenden PV-Anlagen durchzuführen ist;	<i>Zurücküberweisung an die Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz mit der Bitte, den Antragstext unter Berücksichtigung neuer Studien zur Umweltverträglichkeit weiterzuentwickeln und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen und danach dem Bundesausschuss vorzulegen</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40 45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 • die notwendige Zusatzinfrastruktur (Leitungen et cetera) auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden muss; 5 • der produzierte Strom, wo immer möglich, vor Ort verbraucht werden sollte; • die bisherige Versorgungsinfrastruktur gegebenenfalls rückzubauen und die freiwerdenden Flächen zu renaturieren sind.	1 5

Abstimmung: **Ja** **Nein** **Enthaltung**

Begründung der Antragstellerin

Wie stark der Eingriff auf Natur und Landschaft wirkt, hängt maßgeblich davon ab, wieviel Wasseroberfläche für PV-Anlagen freigegeben wird. Von Expert*innen wird immer wieder die maximale Überbauung von 15 Prozent der Seefläche genannt. Dieser Wert wurde von der Bundesregierung ins aktuelle Wasserhaushaltsgesetz übernommen.

Bei diesem Wert kann man relativ sicher davon ausgehen, dass der Eingriff in das Ökosystem nicht schwerwiegend ist. Insbesondere bleibt genügend „Angriffsfläche“ für Winde übrig, um die vertikale Umschichtung des Sees nach wie vor zu gewährleisten. Auch die biologische Produktivität des Gewässers (Phytoplankton) würde sich dadurch nicht maßgeblich verringern. Zudem sei die Kompensation der entstehenden Anlagen-Abwärme dann noch durch das Gewässer selbst und die zusätzliche Beschattung der Wasserfläche möglich. Weiterhin wird in diesem

Zusammenhang darauf hingewiesen, dass das Wasser die Anlage kühlt und sich dadurch der Stromertrag erhöht.

Wichtig ist weiterhin, Flachwasser- und Uferzonen von PV-Anlagen freizuhalten. Hier wachsen die meisten Pflanzen und viele Tiere nutzen diese als Brut- und Laichhabitate. Auch dies regelt seit 1.1.2023 das Wasserhaushaltsgesetz. Der Abstand zum Ufer muss demnach mindestens 40 Meter betragen. Nicht rechtlich geregelt ist die Überspannung in Abhängigkeit von der Wassertiefe. Es ist aber zu fordern, dass nur tiefe Zonen mit Anlagen überspannt werden dürfen. Expert*innen geben als Empfehlung eine Wassertiefe von rund 30 Metern an. So können negative Auswirkungen durch Beschattung auf die Bodenfauna und -flora vermindert oder sogar vermieden werden.

Antragsteller: Landesverband Hessen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission
1	Reform des Bergrechts und des Umweltrechts	<i>Überweisung an die Bundesfachgruppe Natur- und Umweltschutz mit dem Auftrag, einen Entwurf für ein Positionspapier zu erarbeiten und dem Bundesausschuss vorzulegen</i>
5	Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags sowie bei den Justiz-, Umwelt- und Wirtschaftsministerien für eine Reform des Bergrechts und des Umweltrechts einzusetzen. Der bisher dort festgelegte Vorrang von Bergrechten muss hinter den Interessen des Umwelt-, Arten- und Klimaschutzes zurücktreten.	
10	Als Grundlage kann der Forderungskatalog der Erfurter Erklärung dienen:	
	1. Reform des Bundesbergrechts;	
15	2. Reform des Umweltrechts bei Rohstoffabbauvorhaben;	
	3. kein Abbau in Schutzgebieten;	
	4. verpflichtende Sicherheitsleistungen für ordnungsgemäße Rekultivierung und Schäden an Gemeinwohlsgütern;	
20	5. bessere Regulierung von Abbauvorhaben;	
	6. Einführung einer bundesweit einheitlichen Steuer auf alle geförderten Gesteine;	
	7. Förderung alternativer nachwachsender Baustoffe;	
25	8. ambitionierte Recyclingquoten;	
	9. Zertifizierung von Baustoffen;	
	10. Moratorium für Genehmigung neuer Abbaugelände, bis die Gesetze entsprechend geändert sind.	
30	Die Erfurter Erklärung im Wortlaut: www.kurzelinks.de/erfurter-erklaerung	

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Der industrielle Abbau von Sand, Kies, Gips und anderen Gesteinen schreitet weltweit und auch in Deutschland immer weiter voran. Die aktuelle Praxis der Baustoffproduktion sorgt für die Zerstörung unwiederbringlicher Natur und Landschaften auf Kosten nachfolgender Generationen. Die von den Unternehmen und Konzernen versprochene Rekultivierung wird oft nicht in vollem Maße umgesetzt und die Landesbergämter kommen ihrer Kontrollaufgabe nur ungenügend nach.

In Deutschland wächst seit Jahren der Unmut über den massiven Raubbau an der Natur. Zahlreiche Menschen, Initiativen und Verbände engagieren sich vor Ort gegen die Naturzerstörung und den weiteren Ausbau der Gesteinsförderung.

Ein Grund dafür ist der nicht ausreichende Schutz durch das Zivil-, Natur- und Umweltrecht und das antiquierte Bundesbergrecht. Das Regelwerk stammt teilweise noch aus der Kriegs- und Nazizeit, in der

die Ausbeutung von Rohstoffen oberste Maßgabe war. Bis heute wird dem Interesse des Bergbaus weitgehend Vorrang vor anderen Belangen eingeräumt.

Deutschland braucht ein Ende der veralteten Rohstoffgewinnungsmethoden im gesamten Baubereich! Statt Raubbau an der Natur zu betreiben, muss die

Devise lauten: „Die Stadt als Steinbruch“ (Urban Mining). Wenn das Neubauwachstum anhält, werden Baustoffemissionen ein Fünftel der Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 ausmachen. Derzeit ist der Abbau von Gesteinen immer noch lohnenswerter, als ein Umschwenken auf nachwachsende Baustoffe und Recycling. Mit fatalen Folgen für Mensch und Natur in den betroffenen Regionen!

Antragsteller: Bundesvorstand und Landesverband Berlin

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Hand in Hand gegen Rassismus: Für eine Gesellschaft in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung	<i>Annahme</i> 1
5 „Die Sorgen, die uns bewegen, können nicht durch Deklamationen des guten Willens und durch Festreden aus der Welt geschafft werden. Die Magie der Worte Humanität, Menschenrecht, Menschenwürde, Menschenliebe, auch Brüderlichkeit, droht im Gang eines politischen Lebens ihre Kraft zu verlieren.“ 10 Willy Brandt	5 10
NaturFreunde gegen Ausgrenzung und Hass Die NaturFreunde wurden bereits 1895 als internationaler Verband gegründet. Seitdem engagieren sich NaturFreunde gegen jegliche Form von Nationalismus, Antisemitismus und Revanchismus. Die NaturFreunde setzen sich für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung ein und halten an ihrer Forderung für offene Grenzen für Menschen in Not fest.	15 20
Gemeinsam mit antirassistischen und antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Bündnissen werden sich die NaturFreunde den rechtspopulistischen, nationalistischen und faschistischen Parteien und Bewegungen entgegenstellen.	25
In vielen Staaten der Europäischen Union haben diese Parteien und Organisationen deutlich an Zustimmung gewonnen. Sie schüren Vorurteile, betreiben Ausgrenzung und fördern die Grundlage für eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft.	30
Rechtspopulistischen Parteien und Gruppen ist es gelungen, mit ihrer völkischen Argumentation die gesellschaftliche Debatte zu beeinflussen und nach rechts zu verschieben. Mit ihren rassistischen, völkischen und migrationsfeindlichen Äußerungen haben sie bis in die politische Mitte hinein ein gesellschaftliches Klima geschürt, das in der Integrations- und Migrationspolitik eine drastische Veränderung einfordert.	35 40
Die Organisationen der politischen Rechten versuchen diese Verunsicherungen für sich zu nutzen. In den ideologischen Versatzstücken der neuen und alten Rechten finden sich völkische, rassistische, biologistische und ethnopluralistische Ansätze, mit denen sie für ihre menschenverachtenden Ziele werben.	45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 In nahezu allen Teilen Deutschlands nehmen die Angriffe gegen Menschen, die nicht „weiß“ sind oder einen Migrationshintergrund haben sowie gegen Einrichtungen der politischen Linken zu. Gerade die	1
5 deutsche Geschichte hat überdeutlich gezeigt, dass sich rechte und faschistische Parteien und Bewegungen innerhalb kürzester Zeit durchsetzen können.	5
10 Rassist*innen und völkische Gruppen schüren Hetze und haben mit ihrer aggressiven Rhetorik zu einer Verschiebung des öffentlichen Diskurses beigetragen. Dadurch haben Angriffe auf Menschen aufgrund ihrer Migrationsgeschichte, Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung sowie auf antirassistische und	10
15 linke Einrichtungen deutlich zugenommen.	15
Keine Zusammenarbeit mit der AfD Mit der bewussten Entscheidung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, einen migrationskritischen Antrag mit Stimmen der AfD zu beschließen, wurde der bisherige Konsens der demokratischen Parteien und Fraktionen aufgekündigt, nicht mit den Stimmen der AfD-Fraktion Mehrheiten für Anträge zu erhalten.	20
25 Die NaturFreunde unterstützen die Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die demokratischen Parteien gemeinsam alles tun sollten, um Attentate zu verhindern – „nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll	25
30 und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts“. Weiter Angela Merkel: „Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden	30
35 Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.“	35
40 Friedrich Merz hatte im Jahr 2022 eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch abgelehnt. Er führt damals aus: „Wenn irgendjemand von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, steht am nächsten Tag ein Parteiausschlussverfahren an.“ Mit der Entscheidung im Deutschen Bundestag, Anträge mit den Stimmen der AfD mehrheitsfähig zu machen,	40
45 wurde dieser Konsens aufgekündigt. Innerhalb der CDU/CSU haben die Forderungen nach Abschiebungen und weiteren Aufenthaltsverschärfungen leider die Oberhand bekommen.	45
50 Die NaturFreunde werden sich auch weiterhin darum bemühen, gemeinsam mit allen demokratischen Parteien eine solche Verschiebung des gesellschaftlichen	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Diskursus zu verhindern und sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der eine Willkommenskultur für Menschen zum demokratischen Konsens gehört.	1
5 Gerade auch die deutsche Geschichte lehrt uns: Wehret den Anfängen. Schon einmal haben Demokrat*innen und die politische Linke die Entwicklung des Faschismus unterschätzt und haben nicht verhindern können, dass sich rechte und faschistische Parteien und Bewegungen innerhalb kürzester Zeit durchsetzen konnten. Die Folgen waren der millionenfache Mord an Menschen jüdischen Glaubens, Angehörigen der Sinti*zze- und Rom*nja-Gemeinschaften, Homosexuellen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Demokrat*innen und politischen Linken und vielen anderen Verfolgten. Dieser nationale und völkische Größenwahn führte die Welt in einen verheerenden Weltkrieg.	5
10	10
15	15
20 NaturFreunde für eine solidarische Gesellschaft – Solidarität ist unteilbar	20
Die NaturFreunde setzen sich für eine solidarische Gesellschaft ein, in der niemand „aufgrund von kultureller und sozialer Herkunft, politischer Überzeugung, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung, des Aussehens, des Alters oder des Glaubens wegen benachteiligt wird und in der alle Menschen gleichberechtigt sind und sich frei entfalten können.“ Dies ist bereits in der Präambel der Satzung der NaturFreunde Deutschlands festgeschrieben.	25
30	30
35 Zusammen mit vielen setzen sich die NaturFreunde in den Bündnissen „Umverteilen – Reichtum besteuern“, „Hand in Hand gegen Rassismus“, „Aufstehen gegen Rassismus“ für eine solidarische Gesellschaft ein.	35
40 Gesellschaftliche Strukturen erhalten – nicht zerstören	40
45 Migrant*innen werden von völkischen und rassistischen Politiker*innen für Probleme in der Gesellschaft verantwortlich gemacht, die in den letzten Jahren zugenommen haben: Soziale Ausgrenzung, fehlende bezahlbare Wohnungen und die zunehmende Desintegration ganzer Stadtteile in den Großstädten.	45
50 Mit dieser Debatte soll von den negativen Auswirkungen des neoliberalen Angriffs auf die soziale Infrastruktur abgelenkt werden. Nicht Menschen mit Mig-	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 rationsgeschichte haben zu einer systematischen Zerstörung sozialstaatlicher Strukturen geführt, sondern der neoliberale Umbau der Gesellschaft:	1
5 • Der zunehmende Nationalismus, Rechtspopulismus und die hohen Wahlergebnisse für rechte und faschistische Parteien sind vor allem auch eine Folge der neoliberalen Politik in den Staaten der EU, die durch ihre Ausrichtung auf die Steigerung der Gewinne für die großen transnationalen	5
10 Konzerne immer größere Teile der Menschen in die Perspektivlosigkeit stößt. Der „marktkonforme Mensch“, der nur seinen eigenen Erfolg im Blick hat, verliert die solidarischen und humanitären Ziele aus den Augen. Eine „marktkonforme Gesellschaft“ zerstört systematisch solidarische Strukturen und damit die Grundlagen für ein solidarisches Zusammenleben der Menschen.	10
15 • Die neoliberale Politik nimmt den Menschen ihre Zukunftsperspektiven. Menschen, die ihren Zukunftsoptimismus verlieren, neigen dazu, rechte politische Positionen zu übernehmen, da sie eine vermeintliche „Sicherheit“ versprechen.	15
20 • In gesellschaftlichen Milieus, in denen eine starke Verunsicherung gegenüber gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen herrscht, da sie durch die kapitalistischen Modernisierungsprozesse mit einem gesellschaftlichen Abstieg rechnen, können Chauvinismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zunehmen, wenn sie keine gesellschaftlichen und politischen Alternativen angeboten bekommen.	20
25 • Diese Menschen glauben den Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften nicht mehr und sehen durch die gesellschaftlichen Veränderungen ihren gesellschaftlichen Status gefährdet.	25
30 • Nur mit einer starken politischen Linken, die gesellschaftliche Perspektiven und Alternativen anbieten kann, lässt sich die Rechtsentwicklung aufhalten.	30
35 40 Gemeinsam gegen eine Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts - für eine solidarische Gesellschaft	40
45 Die NaturFreunde stellen sich den zunehmenden völkischen, reaktionären und rassistischen Positionen entgegen. Seit ihrer Gründung stellen sich die NaturFreunde in die Tradition der Aufklärung und des solidarischen Humanismus.	45
50 Wir NaturFreunde engagieren uns für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. In diesem Sinne werben wir für eine Verbindung von sozialen Kämpfen	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 und antirassistischer Arbeit. Gemeinsam mit Sozialverbänden, antirassistischen Initiativen und Gewerkschaften wollen wir Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und gemeinsam für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft eintreten. Innerhalb der NaturFreunde bieten wir Räume für interkulturellen Austausch und gesellschaftliche Diskurse.	1 5
10 Im Rahmen ihrer Arbeit wollen sich die NaturFreunde für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzen: • Die NaturFreunde beteiligen sich aktiv an gesellschaftlichen Bündnissen und Kampagnen, die sich für die Rechte von sozial Benachteiligten, Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen. • In allen Bündnissen und Demonstrationen, die von den NaturFreunden unterstützt werden, setzen sich die NaturFreunde dafür ein, dass für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum kein Platz bei den Aktionen ist. Die NaturFreunde erteilen allen eine klare Absage, die Journalist*innen gewaltsam angreifen, Verschwörungsmysmen, Hass oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus verbreiten. An Bündnissen, in denen rechtspopulistische Initiativen, Parteien oder Organisationen offiziell teilnehmen können, werden sich die NaturFreunde nicht beteiligen. • Mitglieder und Funktionäre von rechtspopulistischen und faschistischen Parteien, wie zum Beispiel der AfD, werden nicht auf NaturFreunde-Veranstaltungen eingeladen. Die Positionen der AfD und vergleichbarer rassistischer Organisationen sind unvereinbar mit den Grundsätzen und der Satzung der NaturFreunde. • Die NaturFreunde bekräftigen die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft bei den NaturFreunden und in der AfD oder in anderen Organisationen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen. • Die NaturFreunde werden ihre Informations- und Bildungsveranstaltungen zum Thema Antifaschismus, Antirassismus und Rechtspopulismus intensivieren. Durch Bildungs- und Informationsangebot, die über Gefahren von Rechtspopulismus und Rassismus aufklären und informieren, wollen die NaturFreunde zu einer demokratischen Kultur beitragen.	10 15 20 25 30 35 40 45 50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 • Die NaturFreunde werden in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ Ausbildungen zu „Stammtischkämpfer*innen“ anbieten und damit Interessierten die Möglichkeit bieten, sich argumentativ auf gesellschaftliche Diskussionen in Vereinen, Familie und im Bekanntenkreis vorzubereiten. 5 • Unsere Räumlichkeiten, Häuser und Einrichtungen sind offene Begegnungsräume für interkulturellen Austausch. Sie bieten Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung. In unseren Räumlichkeiten und Veranstaltungen ist kein rassistisches, chauvinistisches und völkisches Gedankengut willkommen. 10 • Gemeinsam mit den Ortsgruppen und Landesverbänden zeigen die NaturFreunde in ihrer alltäglichen Arbeit, dass sie offen sind für alle Menschen, die sich für die Ziele der Aufklärung und des Humanismus einsetzen. In ihrer alltäglichen Praxis werden die NaturFreunde ihre integrativen Ansätze weiterentwickeln, um noch mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen. 20 • Die NaturFreunde wollen ihre geschichtspolitische Arbeit erweitern und die Verfolgung und Repression von NaturFreund*innen in der Zeit des Faschismus aufarbeiten. Mit Gedenkveranstaltungen, wie zum Beispiel dem jährlichen Gedenken für Georg Elser, wollen die NaturFreunde antifaschistische Geschichte für die nächsten Generationen lebendig erhalten. 30 • Die sportlichen Aktivitäten der NaturFreunde sind ein wichtiges Angebot, in dem Demokratie, Vielfalt, Inklusion und Zusammenarbeit gelebt werden können. Die NaturFreunde werden ihre Arbeit für und mit Geflüchteten weiterhin fortsetzen. 35 • Die NaturFreunde werden die Angebote der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) weiter ausbauen und Informationsveranstaltungen über rechtspopulistische und faschistische Einflüsse im Natur- und Umweltschutz durchführen. 40	1 5 10 15 20 25 30 35 40
Abstimmung:	
	Ja Nein Enthaltung

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Unterstützung von FARN Die Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) der NaturFreunde und der Naturfreundejugend leistet eine hervorragende und kompetente Aufklärungsarbeit, die unverzichtbar ist. 5 Angesichts der ökologischen Krisen steigt in der Gesellschaft das Engagement für den Schutz von Natur und Klima. Das versucht eine neue extreme Rechte für ihre völkische Ideologie zu nutzen. Sie vertreten dabei durchaus auch Positionen und Arbeitsformen der Ökologiebewegung und behaupten – wie etwa Björn Höcke von der AfD –, das „wahre Grün ist Blau“. 10 Natur- und Umweltschutz sind nicht unpolitisch. In der AfD und in anderen neurechten Organisationen wie der Identitären Bewegung nehmen die Bestrebungen zu, den Naturschutz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das geschieht durchaus widersprüchlich, denn die AfD organisiert auch die Klimaleugner und ist für die Atomenergie. Aber sie versucht vor allem im Naturschutz und im ländlichen Bereich, vornehmlich in der Landwirtschaft, ihren Einfluss zu erweitern. 15 NaturFreunde fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und weitere staatliche Stellen sowie entsprechende Stiftungen auf, die Arbeit von FARN zu unterstützen. Die völkische Ideologie und ihr Einfluss auf die Gesellschaft darf nicht unterschätzt werden. FARN braucht eine gesicherte Zukunft. 20 Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Landtagen. 25 30 35	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30 35

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Antragsteller: Landesverband Hessen

	Antrag	Empfehlungen der Antragskommission	
1	Rechten Terror mit staatlicher Härte und zivilgesellschaftlicher Stärke bekämpfen	<i>Annahme</i>	1
	Die NaturFreunde fordern:		
5	• einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus		5
10	Um extremistische Umdriebe effektiv eindämmen zu können, müssen demokratische und rechtsstaatliche Kräfte auf allen Ebenen zusammenwirken, auf kommunaler Ebene zum Beispiel durch ordnungsrechtliches Einschreiten bei rechtsextremen Veranstaltungen.		10
15	• rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen Wo immer Rechtsextreme versuchen, organisierte vereinsmäßige Strukturen zu nutzen, um die verfassungsmäßige Ordnung zu beschädigen, muss ihnen konsequent Einhalt geboten werden. Unabhängige Melde- und Beschwerdesysteme gegen extremistische Tendenzen sind einzurichten.		15
20	• Rechtsextreme konsequent zu entwaffnen Eine Verschärfung des Waffengesetzes muss entschlossen vorangetrieben werden.		20
25	• Hass im Netz zu bekämpfen Die NaturFreunde stellen fest, dass das Internet in hohem Maße Bedeutung für Radikalisierungsprozesse, Rekrutierung und Mobilisierung hat. Ziel muss deshalb sein, strafrechtlich relevante Inhalte im Internet konsequent zu bekämpfen.		25
30	• angegriffenen Demokrat*innen den Rücken zu stärken Die NaturFreunde beteiligen sich an der Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger*innen.		30
35	• Verfassungsfeind*innen aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen Die NaturFreunde fordern eine konsequente Umsetzung des zum 1. April 2024 in Kraft getretenen Bundesdisziplinarrechtes. In Nordrhein-Westfalen und Hessen gab es Anzeichen rechtsextremer Netzwerke in Polizeistrukturen, die unter anderem gegen prominente Politiker*innen wie Nancy Faeser, Janine Wissler und Anwalt*innen agierten, als diese die Rechtsvertretung der Opferfamilien des NSU wahrnahmen. Hier sind die Landesregierungen aller Bundesländer aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, ihre Beamt*innen gegen rechtsextreme Beeinflussung zu schulen und bei Neueinstellungen auf eine uneingeschränkte Grundgesetztreue zu achten.		35
40			40
45			45

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 • einen Sport mit Haltung - gegen Rechtsextremismus Die NaturFreunde wandern, fahren Rad und betreiben Berg-, Kanu- und Schneesport. Bei all diesen Aktivitäten achten sie darauf, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht vorkommen. 5	1 5

Abstimmung: **Ja** **Nein** **Enthaltung**

Begründung des Antragstellers

Die NaturFreunde wenden sich gegen Hass und Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und nationalen Egoismus, mit denen die Neue Rechte zunehmend bestehende Ressentiments innerhalb der sogenannten Mitte der Gesellschaft mobilisieren kann.

Es ist an der Zeit, dass sich der Staat konsequent dem Terror von rechts entgegenstellt. Auch wenn bereits gute Ansätze zur Bekämpfung von rechten Netzwerken und Demokratiegegnern*innen im Handeln des Bundesinnenministeriums zu erkennen waren, müssen verstärkte Maßnahmen zur Handlungseinschränkung der Neuen Rechten im Gesetzgebungsverfahren umgesetzt werden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen allein, denen darüber hinaus auch noch die Gelder für Projektarbeit gekürzt werden und die mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht sind, werden hier nicht ausreichen.

Nachstehende Beispiele verdeutlichen unsere Forderungen:

- die Ereignisse rund um die NSU-Morde;
- die Einschüchterung von Anwält*innen und Organisationen, die sich gegen rechts wenden, durch „NSU 2.0“ und andere;
- die Verstrickung von Teilen der Polizei in diese Zusammenhänge;
- die bekannt gewordenen Möglichkeiten, Wahlen durch entsprechende Botschaften in sozialen Netzwerken zu beeinflussen;
- die Waffenlager;
- die Ablehnung des Staates durch zum Beispiel Reichsbürger*innen;
- die Hassbotschaften von Musikbands oder auf rechten Demonstrationen, die zu wenig von der Polizei beobachtet und gegebenenfalls nicht unterbunden werden.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Für Demokratie und Solidarität – Demokratieprojekte sichern 5 Die NaturFreunde setzen sich für eine Stärkung der Demokratieförderung auf allen Ebenen ein. Dazu stärken sie die innerverbandliche Demokratieförde- rung (zum Beispiel durch Fort- und Weiterentwick- lung der Stärkenberater*innenausbildung und Ent- wicklung demokratischer Partizipationsmöglichkei- ten innerhalb des Verbandes). 10 Gleichzeitig werden Bundes-, Landes- und Kommu- nalparlamente aufgefordert, Projekte der Demokratie- bildung angemessen und fortlaufend zu finanzieren und zu unterstützen. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden muss durch bessere Rahmen- bedingungen insgesamt attraktiver gemacht werden. 15 Der Bundestag wird aufgefordert, das Gemeinnützig- keitsrecht zu ändern. Es muss klargestellt werden, dass gemeinnützige Organisationen sich auch zu all- gemeinpolitischen Fragen äußern können, ohne den Verlust ihrer Gemeinnützigkeit fürchten zu müssen. Nur so können diese ein wichtiger Akteur für die Be- wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Zivilgesellschaft sein und bleiben. 20 Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deut- schen Bundestag. 25 30 35 40 45	<i>Annahme in geänderter Fassung</i> 1 5 10 15 20 25 (Integration folgender Absätze aus Antrag 3 - 5, erster Halbsatz geändert) 30 Die NaturFreunde fordern den Deutschen Bundes- tag dazu auf, den im Jahr 2024 vorgelegten Gesetz- entwurf zur Demokratieförderung zu verabschie- den und damit die Absicherung der Förderung von Demokratieprojekten zu sichern. 35 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich ent- sprechend einzusetzen sowie die durch die Pro- gramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) und „Demokratie leben“ geförderten ehrenamtli- chen und hauptamtlichen Projekte in der Ver- bandsentwicklung strategisch aufzunehmen und durch politische Lobbyarbeit zu stärken. 40 Übermittlung an ... 45

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Begründung des Antragstellers

Demokratie ist die Grundlage eines respektvollen, offenen und gleichberechtigten Miteinanders. Dies gilt für das Verhältnis Bürger*in - Staat. Es muss aber auch Basis des bürgerschaftlichen Engagements auf allen verbandlichen und außerverbandlichen Ebenen sein.

Ein Vertrauensverlust in demokratische Institutionen ist derzeit deutlich erkennbar. Ziel muss deshalb die Gewinnung und Begeisterung von Mitgliedern aus der demokratischen, sozial und nachhaltig handelnden Bürger*innengesellschaft sein. Die Mitgestaltung der Gesellschaft im Sinne von Demokratiestärkung und bürgerschaftlichem Engagement wird oft durch Rahmenbedingungen und politisches Agieren erschwert.

Alle demokratischen Akteur*innen und Institutionen sind zur aktiven Stärkung der Demokratie aufgerufen und gefordert. Dafür braucht es eine kontinuier-

liche und verlässliche Finanzierung von Demokratiestärkung und bürgerschaftlichem Engagement auf einer gesetzlichen Grundlage. Dafür machen sich die NaturFreunde stark.

Demokratieförderung und Demokratiebegeisterung brauchen sichere und klare Rahmenbedingungen. Auch gemeinnützigen Vereinen wie den NaturFreunden muss es möglich sein, sich nicht nur zu verbandspolitischen Themen, sondern auch zu allgemein gesellschaftspolitischen Fragen zu äußern, ohne den Entzug der Gemeinnützigkeit zu befürchten.

Ehrenamt muss aber auch attraktiv für alle gestaltet werden. Deshalb ist eine angemessene Anhebung der Ehrenamtszuschale ebenso wie eine Entbürokratisierung der Vereinsarbeit notwendig. Die Anerkennung digitaler Kommunikationsmöglichkeiten bietet hierzu einen Weg.

Antragsteller: Landesverband Hessen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Gesetzentwurf Demokratieförderung verabschieden - Demokratieprojekte sichern	<i>Erledigt durch Integration in Antrag 3 - 4</i>	1
5	Der Bundeskongress fordert die Bundesregierung dazu auf, den im Jahr 2024 vorgelegten Gesetzentwurf zur Demokratieförderung zu verabschieden und damit die Absicherung der Förderung von Demokratieprojekten zu sichern.		5
10	Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich entsprechend einzusetzen sowie die durch die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) und „Demokratie leben“ geförderten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Projekte in der Verbandsentwicklung strategisch aufzunehmen und durch politische Lobbyarbeit zu stärken.		10
15			15

Abstimmung: Ja Nein Enthaltung

Begründung des Antragstellers

Wir sehen bei den rechtspopulistischen Organisationen und Parteien immer größeren Zulauf. Der Verdacht hat sich erhärtet, dass die AfD als Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen gegen das Demokratieprinzip, die Menschenwürde sowie die allgemeinen Menschenrechte agiert und sie bekämpft.

Hier gilt es gegenzusteuern. Wir benötigen eine umfassende Bildungsarbeit vor Ort, um den Zusammenhalt und das Demokratieverständnis zu stärken. Wir werben für eine bunte und diverse Gesellschaft, in der die Grundrechte aller Mitbürger*innen geachtet und eingehalten werden.

Das Demokratiefördergesetz bietet uns NaturFreunden die Möglichkeit, durch Professionalisierung bedarfsgerechter und inklusiver gegen menschenverachtende Gewalt wie Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus zu arbeiten. So können zivilgesellschaftliche Organisationen am Erhalt unserer demokratischen Gesellschaft mitwirken. Sollten gesicherte finanzielle Förderungen ausbleiben, ist unsere Demokratie als Zukunftsversprechen in Gefahr.

Das Bundesprogramm ZdT und die Einrichtung der Stärkenberatung in den NaturFreunde-Landesverbänden war ein bedeutender Auftakt zur Professionalisierung der NaturFreunde-Arbeit gegen Rechtsextremismus. Mit qualifizierten Mitarbeiter*innen wurden zum Beispiel in Hessen zahlreiche Veranstaltungen im Bereich Demokratieförderung durchgeführt und verschiedene Handreichungen zur Demokratiestärkung im Alltag, im lebendigen Verein und im Einsatz für Solidarität entwickelt. Die Stärkung der Mitglieder ist jedoch eine kontinuierliche Arbeit, die nicht durch fehlende Fördermittel einfach abreißen darf.

Die Geschichte der NaturFreunde lehrt uns zudem, wachsam zu sein. Unter dem NS-Regime war unser Verband verboten und viele aufrechte Mitglieder wurden verfolgt, eingesperrt und ermordet. Wir positionieren uns deshalb aktiv gegen rechte Parolen und sorgen mit unserer Arbeit dafür, dass die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät.

Die Stimmung in Deutschland verschärft sich weiter. Versteckte und offe rechte Sprüche sind wieder

normal geworden. Komplexe Probleme werden vereinfacht und pauschalisiert mit Bezeichnungen wie „massenhafte Zuwanderung“, die „politische Ideologie des Islam“ oder die „links-grün Versifften“. Präsentiert werden „einfache“ Lösungen wie „Grenzen zu“, „Ausländer raus“ und die „Wiederherstellung deutscher Werte“

Unsere Mitglieder brauchen Bildungsangebote, wie sie die rechten Diskursverschiebungen erkennen und damit umgehen können. Handlungsmöglichkeiten bei Mitgliedern mit problematischen Haltungen und bei Mieter*innen in Naturfreundehäuser müssen aufgezeigt werden. Dafür waren Stärkenberater*innen in den letzten Jahren im Einsatz und dafür brauchen wir weiterhin Fördermittel. Wir fordern

deshalb eine nachhaltige Absicherung durch den Bund. Mit Projektfinanzierungen durch „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ haben wir gesehen, dass sich vor Ort viel für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft erreichen lässt.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Hass, eine Gesellschaft in der die Menschenrechte für alle an erster Stelle stehen. Angesichts der großen Herausforderungen wie Klimawandel und massenhaftes Artensterben und den daraus resultierenden Krisen und Verteilungskämpfen müssen wir jetzt für eine solidarische Gemeinschaft kämpfen, die auch den schwächsten und verletzlichsten Mitmenschen sowie den künftigen Generationen eine Chance bietet.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Unsere Zeitenwende – NaturFreunde stärken!	<i>Annahme</i> 1
5 In den letzten Jahren sind wir gemeinsam viele Schritte in der Entwicklung unseres Verbandes gegangen und haben dabei auch die Stärken erkannt:	5
10 • unsere Stärke – das vielfältige ehrenamtliche Engagement; • unsere Stärke – unsere Häuser; • unsere Stärke – unser Natursport; • unsere Stärke – unsere vielfältigen kulturellen Aktivitäten; • unsere Stärke – unser Einsatz für Frieden; • unsere Stärke – unser Einsatz für die Natur;	10
15 • unsere Stärke – unser Einsatz für Vielfalt und Demokratie; • unsere Stärke – unser solidarisches Miteinander; • unsere Stärke – unsere Kontinuität und Geschichte.	15
20 Das bedeutet natürlich nicht, dass wir nicht auch Schwächen haben und viele unserer Stärken im Alltag unseres Verbandslebens immer wieder neu erkannt und weiterentwickelt werden müssen.	20
25 Deshalb bleibt Verbandsentwicklung und Mitgliedergewinnung unsere gemeinsame Aufgabe: in den Ortsgruppen, in den Bezirken, in den Landesverbänden und auf Bundesebene.	25
30 Verbandsentwicklung und Mitgliedergewinnung bleibt unsere Aufgabe Schon beim letzten Bundeskongress hatten wir die Schwerpunkte unserer Verbandsentwicklung identifiziert:	30
35 • Wir wollen das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ stärken. • Wir wollen den Netzwerkansatz weiterentwickeln und ausbauen. • Wir wollen unser Ehrenamt stärken. • Wir wollen uns zu einem geschlechtergerechten und diversitätsbewussten Verband entwickeln.	35
40 • Wir wollen neue Mitglieder für die NaturFreunde gewinnen.	40
45 Diese Zielsetzungen gelten weiterhin. Aufgabe in den nächsten Jahren wird sein, die begonnenen Ansätze fortzuführen und, wo nötig, auch weiterzuentwickeln.	45
50 Die Förderung beziehungsweise Stärkung der Netzwerke der NaturFreunde bleibt dabei auf allen Ebenen (Fachbereiche, Ortsgruppen, Landesverbände	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 und Bundesebene) eine wichtige Aufgabe der Verbandsentwicklung. Digitale Formate in der Zusammenarbeit unterstützen diese Ansätze und machen kurzfristige Abstimmungen möglich.	1
5 Aus einer solchen Kooperation zwischen den Ortsgruppen, den Fachbereichen, den Landesverbänden et cetera kann Nähe hergestellt werden, können gemeinsame Arbeitsformen sowie Projekte oder Kampagnen getragen werden. Das gemeinsame Handeln stärkt unser „Wir-Gefühl NaturFreunde“.	5
10 Darüber hinaus können auch Nichtmitglieder einbezogen werden, sodass der Kreis der Unterstützer*innen sowie der Ideengeber*innen der NaturFreunde stetig erweitert werden kann.	10
15 Unser Auftrag Aus den Erfahrungen der letzten Jahre folgern wir:	15
20 1. Wir können auf Bundesebene nach außen hin nicht alle inhaltlichen Themen bedienen. Wir müssen uns deshalb fokussieren. Die Themen dabei sind:	20
25 a. Die NaturFreunde als Freizeit- und Sportverband. Bewegung in der Natur und darüber auch Achtung vor der Natur und ihrer Vielfalt zu vermitteln, ist mehr als Tradition. Es ist Kernthema der NaturFreunde.	25
30 b. Die NaturFreunde als Kultur- und Bildungsverband.	30
35 c. Unsere Naturfreundehäuser als Stätten der Begegnung und der Nachhaltigkeit.	35
d. Frieden, Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Voraussetzung für ein gutes Leben der Menschheit. Hier setzen wir auf Aufklärung und Aktion.	35
e. Der Kampf um eine vielfältige, solidarische, demokratische Gesellschaft.	35
40 f. Unser Verband als internationale Organisation.	40
45 2. Mitglieder gewinnen und halten: Mitgliedergewinnung ist das eine, Mitglieder halten und aktivieren das andere. Die Kampagne 100.000 (Sag ja - NaturFreunde) setzen wir fort. Ziel ist, dass die Mitgliedergewinnung in allen Gliederungen verankert ist, dass Mitglieder neue Mitglieder gewinnen. Wir wollen dabei die Vorschläge der Begleitgruppe zur Kampagne 100.000 aktiv aufgreifen und umsetzen.	45
50 3. Daneben gilt es Mitglieder zu halten, indem wir sie aktiv auf unsere Angebote ansprechen und	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 unsere Werte durch gemeinsames Erleben vermitteln.	1
4. Moderne Verbandsarbeit weiterentwickeln: Mit den Stärkenberater*innen haben wir circa 400	5
5 Ehrenamtliche, die insbesondere in den Ortsgruppen unterstützend wirken können; sei es bei der Demokratiebildung, der Entwicklung von neuen Arbeitsweisen oder wie wir gemeinsam einen möglichst diskriminierungsfreien Raum schaffen, in dem sich alle willkommen und respektiert fühlen. Wir unterstützen den Aufbau der neuen Bundesfachgruppe Stärkenberatung.	10
10 5. Voneinander lernen: In den vergangenen Jahren haben wir viele gute Beispiele für eine erfolgreiche Ortsgruppenarbeit gesammelt. Diese gilt es zu nutzen.	15
15 6. Strukturen überdenken: Traditionell arbeiten die NaturFreunde in Ortsgruppen, Bezirken und Landesverbänden. Zumeist sind die Ortsgruppen als eingetragener Verein organisiert, was bestimmte Regularien bedeutet, die einzuhalten sind. Wir wollen Vorschläge entwickeln, wie Ortsgruppen mit anderen Organisationsformen und weniger Regularien organisiert werden können, zum Beispiel in einem Landkreis oder einer Region.	20
20 7. Unsere Naturfreundehäuser erhalten und weiterentwickeln - als Orte der Begegnung und Nachhaltigkeit: Die knapp 400 Häuser der NaturFreunde in Deutschland bieten kostengünstige Übernachtungen und Verpflegung für Familien, Klassenfahrten, Kindertagesstätten, Vereine oder Betriebe. Selbstverständlich finden auch Wandernde, Biker*innen oder sonstige Natursportler*innen hier eine Bleibe. Die Herausforderungen der Naturfreundehäuser sind so unterschiedlich wie ihre örtliche Lage und ihre Betriebsform. Mit unseren Seminaren geben wir die Möglichkeit der Fortbildung und des Austausches. Finanziell unterstützen wir die häuserbesitzenden Gliederungen mit Liquiditätshilfen und mit der Einforderung von staatlichen Fördermitteln, insbesondere zur (energetischen) Sanierung und Modernisierung der Naturfreundehäuser. Gemeinsam ist allen Naturfreundehäusern, dass sie Orte der Umweltbildung, der Erlebnispädagogik, der Demokratiebildung und des Respektes sind. Die Naturfreundehäuser arbeiten mit unterschiedlichen Gruppen zusammen, seien es Gewerkschaften, Schulen, Gemeinden, Kindertagesstätten oder auch andere Vereine.	25
25 30	30
30 35	35
35 40	40
40 45	45
45 50	50

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 8. 5 Unsere Naturfreundehäuser sind ein Alleinstellungsmerkmal. Gäbe es sie nicht, müssten sie erfunden werden. Zur modernen Verbandsarbeit gehört auch, die Möglichkeiten der Digitalisierung und der Sozialen Medien besser zu nutzen. Lasst uns gemeinsam unsere NaturFreunde-Bewegung stärken!	1 5

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Antragsteller: Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission	
1 Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle Der Bundeskongress beantragt die Einrichtung einer hauptamtlichen Antidiskriminierungsstelle in der Bundesgeschäftsstelle der NaturFreunde Deutschlands. 5 Schaffung und Besetzung der Stelle sollen bis Ende 2026 umgesetzt werden. 10 Diese Stelle soll von einer Person mit theoretischer und praktischer Expertise bezogen auf Antidiskriminierungsarbeit und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) besetzt sein. 15 Die Aufgaben einer solchen Stelle können umfassen: • Meldestelle für NaturFreunde-Mitglieder, Teilnehmende und Gruppen der NaturFreunde Deutschlands und deren Untergliederungen, die diskriminierende Vorfälle erleben und Hilfe benötigen, einhergehend mit der Dokumentation von diskriminierenden Vorfällen innerhalb der NaturFreunde und gemeinsame Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit der Erfahrung und Eröffnung von Handlungsoptionen; • Koordination der Awareness-Strukturen und weiterer Antidiskriminierungsstellen auf Bundes- und Landesebene und enge Zusammenarbeit mit der Bundesfachgruppe Stärkenberatung, den hauptamtlichen (in beratender Funktion) der Landesprojekte und den Bundesfachgruppen im Natursport; • Umsetzung von Beratungs- und Bildungsformaten für Landesverbände und Ortsgruppen; • beisitzende Funktion im Sinne einer beratenden Stabsstelle im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle fokussiert sich auf den Schutz der Betroffenen und deren Unterstützung und stellt eine Ansprechstelle für Ehrenamtliche und Angestellte aller NaturFreunde-Gliederungen in Anlehnung an das AGG dar.	<i>Ablehnung mit Hinweis auf die Arbeitsgruppe Awareness-Konzept</i>	1 5 10 15 20 25 30 35 40

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Begründung der Antragsteller

Die Mitgliedschaft der NaturFreunde Deutschlands und deren Gliederungen besteht zu über 50 Prozent aus weiblich gelesenen Personen. Dieses Verhältnis spiegelt sich allerdings nicht in der Führungsebene wider. Auch andere Personengruppen, die zwar relevanter und sichtbarer Teil der Gesellschaft sind, aber sowohl gesellschaftlich wie auch im Verband starkem Ausschluss durch diskriminierende Strukturen, Unterrepräsentanz und andere Barrieren ausgesetzt sind, fehlen auf den Führungsebenen.

Darüber hinaus sind sie wenig in der Mitgliedschaft zu finden. Beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte, migrantisierte Personen, Alleinerziehende und Eltern junger Kinder, Menschen mit Behinderungserfahrung, sowie TINA* (Trans, Inter, Nonbinäre, Agender) und queere Personen.

Der Verband bekennt sich durch seine Präambel und seine generellen gesellschaftspolitischen Bestrebungen zur gelebten Vielfalt und zu einem aktiven Arbeiten gegen diskriminierende und menschenfeindliche Strukturen und ist zudem sehr daran interessiert neue Mitglieder zu gewinnen. Auch um diese beiden Ziele zu erreichen braucht es nicht bloß Bekenntnisse und Schriftstücke, sondern konkrete Aktionen und durchdachte Analysen, sowie kontinuierliche und nachhaltig wirkende Arbeit.

Innerhalb der Gliederungen gibt es bereits Bestrebungen antidiskriminierende Strukturen umzusetzen. Um die ehrenamtliche Arbeit vor Ort professionalisiert unterstützen und koordinieren zu können, ist es wichtig, eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle in Form der hauptamtlichen Antidiskriminierungsstelle in der Bundesgeschäftsstelle der NaturFreunde Deutschlands zu implementieren.

Antragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Aufnahme der NaturFreunde in den DOSB Die NaturFreunde-Landesverbände schaffen die Voraussetzungen für einen Beitritt des Bundesverbandes zum Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). 5 Notwendig für eine Aufnahme ist die Mitgliedschaft von mindestens acht Landesverbänden (Hälfte der Bundesländer) im jeweiligen Landessportbund (LSB) beziehungsweise Landessportverband (LSV). Dazu prüfen die NaturFreunde-Landesverbände ihre Möglichkeiten für die Aufnahme in den jeweiligen Landesorganisationen. 10 Der Bundesvorstand unterstützt die Aufnahme in den DOSB aktiv. Bis spätestens zum nächsten Bundeskongress soll die Aufnahme in den DOSB erreicht sein. Folgende konkrete Maßnahmen werden eingeleitet: 20 1. Einrichtung einer thematischen Arbeitsgruppe mit einer vom Bundesvorstand beauftragten Projektleitung; 2. Abfrage der relevanten Informationen durch die NaturFreunde-Landesverbände beim jeweiligen LSB beziehungsweise LSV zur Aufnahme der NaturFreunde bis Ende 2025: a. Klärung von Kosten und finanziellem Nutzen (Vergleich der zu zahlenden Beiträge mit zugänglichen Zuschüssen und Investitionsmitteln); b. Klärung weiterer Vor- und Nachteile für den jeweiligen Landesverband wie zum Beispiel Zugang zu LSB/LSV-Veranstaltungen, Auswirkungen auf die NaturFreunde-Verbandsversicherung, Zugänge zu Sport-, Umwelt- und Naturschutz-ausgerichteten Gremien, Teilnahmemöglichkeit an Förderprogrammen, Aufnahme in relevante Verteiler durch Behörden und andere Institutionen; 3. Regelmäßige Berichterstattung sowie Diskussion im Bundesausschuss; 4. Der Bundesvorstand tritt als Bindeglied zwischen den Landesverbänden und den Entscheider*innen im DOSB auf und koordiniert die Anforderungen beider Seiten. 35 40	<i>Annahme in geänderter Fassung</i> 1 5 10 <i>(Integration folgender Absätze aus Antrag A – 4)</i> Der Bundeskongress fordert die Landesverbände der NaturFreunde Deutschlands auf, mit den jeweiligen Landessportbünden (LSB) in Gespräche über einen Beitritt des NaturFreunde-Landesverbandes zum Landessportbund einzutreten. 15 20 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Landesverbände in dieser Angelegenheit (weiterhin) intensiv zu beraten und zu unterstützen. 25 Der Bundesvorstand unterstützt die Aufnahme in den DOSB aktiv. ... 30 35 40

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Begründung der Antragstellerinnen

Natursport ist ein NaturFreunde-Markenzeichen

Neben gesellschaftspolitischem Engagement und den bundesweit vorhandenen Naturfreundehäusern ist der Natursport Aushängeschild und Markenzeichen der NaturFreunde. Unser Verband ist aufgrund seiner Natursport-Tradition, seiner ökologischen Orientierung und der hohen fachlichen Qualifikation seiner Ausbilder*innen besonders gut in der Lage, ein hochwertiges und flächendeckendes Natursport-Angebot zu entwickeln. Kernelemente unseres Natursports sind das soziale Miteinander, die Vielfalt und das gemeinsame Erleben.

Im Jahr 2008 verabschiedete der Bundeskongress in Mannheim den Beschluss „Wir bewegen – für ein solidarisches und emanzipatorisches Sportverständnis“. 2014 bestätigte der Bundeskongress in Arnstadt dies durch den Beschluss „Natursport zum Markenzeichen der NaturFreunde auf allen Ebenen entwickeln“. In der Tat haben wir als Verband durch unser attraktives und qualitativ anspruchsvolles Ausbildungsprogramm sowie die Aufnahme des Sports als Vereinszweck in die Bundessatzung viel erreicht.

Breites Votum für DOSB-Mitgliedschaft

Ein wichtiges Ziel zur Fortentwicklung der Marke Natursport nach innen und nach außen ist die Aufnahme des Bundesverbandes in den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Zuletzt wurde dieses Ziel im Jahr 2019 beim Sportkongress der NaturFreunde auf Schloss Schney untermauert. Bei einer an die Landesvorstände gerichteten verbandsinternen Umfrage im Jahr 2022 gab es ein breites Votum in Richtung DOSB-Mitgliedschaft auf Bundesebene.

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen und schwindender Verbundenheit zu Vereinen und traditionellen Verbänden ist das Halten und die Gewinnung

neuer Mitglieder außerordentlich wichtig. Mitgliederzuwachs beginnt in den Ortsgruppen. Mitgliederzuwachs gelingt seit jeher mit engagierten Menschen, vor allem aber auch durch attraktive Initiativen und Angebote. Wenn es auch nicht unbedingt Fördermittel benötigt, um interessante, konkurrenzfähige Angebote zu erstellen, so vereinfacht es die Organisation und Realisierung so mancher Veranstaltung doch erheblich.

Fördermittel für ehrenamtliches Engagement

In Bereichen wie Sport und Kultur stehen häufig Bundes- oder Landesfördermittel zur Verfügung, um Menschen in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen.

Im Sport existieren jeweils bundeslandspezifische Regelungen für die Vergabe von Fördermitteln, die an eine Mitgliedschaft in den Landessportbünden geknüpft sind – ein Weg, wie Bund und Länder bewusst die Vereinsförderung kanalisieren. Darüber hinaus sind bestimmte, für uns sehr wichtige Fördermaßnahmen, wie zum Beispiel die finanzielle Förderung für Übungsleiter*innen, in den meisten Bundesländern zusätzlich an eine Mitgliedschaft im DOSB gebunden, welcher die notwendigen Lizenzen ausstellt.

Um den Ortsgruppen und den Landesverbänden die Akquise von Fördermitteln zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass die Landesverbände die jeweiligen Aufnahmekriterien und finanziellen Rahmenbedingungen koordiniert auf Landesebene abfragen. Unterstützt durch die Ortsgruppen kann dann die Aufnahme in den jeweiligen LSB/LSV beantragt werden

Antragsteller: Landesverband Hessen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Beitritte zu Landessportbünden	<i>Erledigt durch Integration in Antrag A – 3</i>	1
5	Der Bundeskongress fordert die Landesverbände der NaturFreunde Deutschlands auf, mit den jeweiligen Landessportbünden (LSB) in Gespräche über einen Beitritt des NaturFreunde-Landesverbandes zum Landessportbund einzutreten.		5
10	Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Landesverbände in dieser Angelegenheit (weiterhin) intensiv zu beraten und zu unterstützen.		10

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Sobald die Hälfte der NaturFreunde-Landesverbände Mitglied in Landessportbünden sind, können die NaturFreunde Deutschlands dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) beitreten. Aus folgenden Gründen ist das erstrebenswert:

Politische Reichweite

Landessportbünde sind regelhaft in die den Sport betreffenden Entscheidungsfindungen auf Landesebene sehr gut eingebunden. Hier könnten die NaturFreunde verstärkt mitwirken an Themen wie Naturnutzung und Naturschutz; zum Beispiel Hessisches Naturschutzgesetz, Trainingsstätten an Flüssen, Felssperren et cetera. Der DOSB ist in die entsprechenden Prozesse auf Bundesebene eingebunden und informiert/beteiligt seine Mitgliedsverbände darüber.

Gesellschaftliche Reichweite

Die NaturFreunde Deutschlands sind trotz ihrer vielfältigen Aktivitäten wenig bekannt und kämpfen als kleiner Verband um das Überleben. Eine Mitgliedschaft in den LSB und im DOSB würde zur Außenwahrnehmung der NaturFreunde beitragen, die NaturFreunde wesentlich wahrnehmbarer in der Gesellschaft positionieren und somit den Kontakt zum Verband und die Gewinnung von Mitgliedern erleichtern.

Interne Stärkung des Natursports im Verband

Sport ist ein Angebot mit niedrigschwelligem Zugang – einfach mitmachen, NaturFreunde erleben und

eintreten. Damit die NaturFreunde aber diese Angebote haben, brauchen sie Trainer*innen, die Veranstaltungen und Trainings qualifiziert anbieten. Die NaturFreunde müssen für sportlich engagierte Menschen überhaupt als Natursportverband wahrgenommen werden, damit sie sich bei den NaturFreunden und nicht bei anderen Verbänden einbringen.

Service

Die LSB stellen den Mitgliedsverbänden zahlreiche Dienstleistungen zur Verfügung. Dazu gehören frühzeitige Informationen über neue gesetzliche Entwicklungen, Schulungen (zum Beispiel zum Thema elektronische Rechnungen) und die Servicemöglichkeiten des Vereinsmanagements (www.landessportbundhessen.de/geschaeftsfelder/vereinsmanagement).

Finanzen

Alle Trainer*innen-Ausbildungen der NaturFreunde Deutschlands orientieren sich an den Richtlinien des DOSB. Die LSB unterstützen Trainingsprogramme von Sportvereinen in unterschiedlicher Weise, sofern die Ausbildung von einem DOSB-Verband geleistet wird. Bei einem Beitritt der NaturFreunde Deutschlands zum DOSB würde die Ausbildung der NaturFreunde Deutschlands von den LSB anerkannt und könnte gegebenenfalls bezuschusst werden.

Antragsteller: Bundesvorstand und Bundesfachgruppe Wandern

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Sozial-ökologisches Wandern Die Idee des sozialen Wanderns gehört zur Geschichte der NaturFreunde. Sie ist die Verbindung von Freizeit- und Sportaktivitäten mit der Bildungsarbeit des Verbandes. Der Bundesvorstand richtet eine Arbeitsgruppe ein mit dem Ziel, diese Tradition neu zu beleben. Dazu gehören Wanderungen, an denen zum Beispiel über die Ziele der NaturFreunde oder über wichtige gesellschaftliche Fragen wie Abrüsten und Friedenspolitik oder die Klimakrise informiert wird. Denkbar sind solche Wanderungen nicht nur von Ortsgruppen, sondern auch von Bezirken und Landesverbänden. Entsprechende Materialien sollen zur Schulung und Vertiefung bereitgestellt werden, auch sollen entsprechende Vorlagen für die sozialen Medien erstellt werden. Soziales Wandern ist auch ein Beitrag zur Wertschätzung der Natur, die als Ort der Schönheit, der Erholung und des Nachdenkens verstanden wird. Die Natur ist kein freies Gut, deshalb erklären wir, was Naturschutz ist und bedeutet. Wir sehen die Natur nicht als großen Abenteuerspielplatz unter dem Einfluss kommerzieller Anbieter*innen. Die NaturFreunde können Gebietspatenschaften übernehmen, in denen die menschlichen Aktivitäten eingebettet sind als Teil des Ganzen und wir einen Beitrag zum Abbau des Vollzugsdefizits im Naturschutz leisten. Wir verkaufen die Natur nicht, sondern erklären sie und versuchen, eins mit ihr zu sein.	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30
Abstimmung:	
	Ja Nein Enthaltung

Begründung des Antragstellers

In der Umbruchphase des Manchesterkapitalismus schlossen sich die Arbeiter*innen, Handwerker*innen und kleine Gewerbetreibende zusammen, um ihr Dasein lebenswerter zu gestalten und selbstbestimmt dafür einzutreten. Die Ideen der Lebensreform waren geprägt von einem Kultursozialismus, der ihnen die Kraft zur Erneuerung gab. Eine Schwerpunktaktivität der NaturFreunde war das Wandern.

1895, im Gründungsjahr der NaturFreunde, gab es bereits Arbeiter*innenwandervereine, die in den 1910er- bis 1920er-Jahren mehr und mehr in unserem Verband aufgingen. Die Begehung und eine unmittelbare Erkundung der Natur fanden zunehmend Anklang. Es kam damit zu einer zunehmenden Achtung

der Natur, verbunden mit der Utopie der solidarischen Emanzipation des Menschen im Einklang mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Wandern der NaturFreunde war verbunden mit einer „Landagitation“. Die NaturFreunde nahmen Arbeiter*innenzeitungen beim Wandern mit, um in der ländlichen Abgeschlossenheit ihre Texte und andere Presseerzeugnisse zu verbreiten. Sie nutzten das Wandern, um zu informieren und zu agitieren.

Wandernde Handwerker*innen und Arbeiter*innen wurden zu Beginn des letzten Jahrhunderts zu den „Aposteln der NaturFreunde-Bewegung“. Sie wanderten durch Mitteleuropa, gründeten überall NaturFreunde-Gruppen und begeisterten für ihre politischen Ziele. Daraus entstand die Arbeiter*innenwander- und -tourist*innenbewegung.

In der Satzung der NaturFreunde stand explizit, dass die NaturFreunde „das Ziel haben, die Kenntnisse von Volksleben und Volkssitten zu vermitteln“. Im Wandern sahen sie das Mittel, dieses Ziel in geeigneter Weise erreichen zu können. In der Verbandszeitschrift *Der NaturFreund* wurden zur Unterrichtung der Wandernden die schlimmen Folgen des Ersten Weltkriegs beklagt.

Wandern wurde nach dem Krieg zum Sozial- und Volkstourismus. Die kultursozialistische Bildungsarbeit schärfte bei den NaturFreunden schon früh den

kritischen Blick für die Auswirkungen des Wanderns auf die schützenswerte Natur. In den Zeitschriften des Verbandes wurde das oft thematisiert und die Verantwortung der NaturFreunde für den Schutz der Natur eingefordert.

In „Waldschulen“ sollten die NaturFreunde und befreundete Wandernde für das soziale Wandern sensibilisiert werden: „Soziales Wandern besteht im Achten auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und bezieht sich durchaus nicht nur auf die arbeitenden Menschen. Im Gegenteil, auch die Welt der Kapitalisten ist, wenn es sich anbietet, in das soziale Wandern einzubeziehen.“

In der Natur- und Heimatkunde entwickelten die NaturFreunde erstaunliche Leistungen, wobei es immer wieder zu Auseinandersetzungen über die inhaltliche Ausrichtung und die Grenzen der Betätigungen in der Natur kam. Gemeinsam war ihnen allerdings die politische Ausrichtung, die in erster Linie die Ursache für die Verschmutzung und Zerstörung der Natur in den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen sah.

Wandern mit Bildungsarbeit zu verbinden, ohne schulmeisterliche Regeln zu erlassen, das gehört zur Geschichte der NaturFreunde. Wir wollen daran anknüpfen.

Antragsteller: Landesverband Sachsen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Aufbau eines NaturFreunde-Expert*innen-Pools	<i>Ablehnung</i>	1
5	Zur Unterstützung der fachlichen Arbeit der Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände wird auf Bundesebene ein Expert*innen-Pool aufgebaut und begleitet.		5
10	Ziel eines solchen fachlichen Netzwerkes ist es, die Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände in ihrer inhaltlichen Arbeit vor Ort zu unterstützen und die Attraktivität der örtlichen Angebote noch mehr als bisher zu erhöhen. Die Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände helfen beim Aufbau durch Meldung entsprechender Referent*innen.		10
15	Nach dem Aufbau des Netzwerkes unterstützt die Bundesebene den Expert*innen-Pool durch die Übernahme von Fahrtkosten in Höhe von maximal 10.000 Euro jährlich.		15

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

NaturFreunde sind vor Ort erlebbar. NaturFreund*innen verfügen über ein enormes Fach- und Praxiswissen in verschiedenen Bereichen (Umweltschutz, Natursport, ...). Doch gelegentlich ist Fachwissen nicht an den Orten vorhanden, an denen dieses Fachwissen benötigt wird, sei es für fachliche Stellungnahmen oder für einen inhaltlichen Vortrag.

Um das in den jeweiligen Ortsgruppen vorhandene Wissen auch anderen NaturFreund*innen zugänglich zu machen, wird auf Bundesebene ein entsprechendes Expert*innennetzwerk aufgebaut, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Die Bundesgruppe erhebt die Expertise vor Ort, bündelt diese und stellt sie nach Einwilligung durch die Expert*innen den Strukturen zur Verfügung.

Damit könnten Ortsgruppen beziehungsweise überregionale Ebenen ihre Anliegen in Einzelfällen nachhaltiger und wirkungsvoller gestalten, Expertise sichtbar machen, (Fach-) Veranstaltungen organisieren und so NaturFreunde vor Ort noch erlebbarer machen.

Antragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern sowie Ortsgruppen Dietlingen, Nordheim, Ötisheim, Pforzheim-Büchenbronn, Stockach und Töging

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Parteilpolitische Unabhängigkeit bei Stellungnahmen	<i>Ablehnung</i>	1
5	Der Inhalt von NaturFreunde-Stellungnahmen soll die Werte der NaturFreunde widerspiegeln und dabei parteipolitisch unabhängig sein.		5
10	In diesem Zusammenhang wird der Bundesvorstand beauftragt, • in öffentlichen Beiträgen der NaturFreunde Deutschlands weitestgehend auf die Nennung von Parteien zu verzichten und • ein Mitglieder-Feedbacksystem einzuführen, mit dem die Akzeptanz und die Zufriedenheit über die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes (etwa die Häufigkeit der Berichterstattung über einzelne Themen/Fachbereiche, die Ausrichtung der Inhalte oder die Wahl der Kanäle/Medien) bewertet werden kann.		10
15			15

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung**

Begründung der Antragstellerinnen

Gemäß Satzung sind die NaturFreunde Deutschlands parteipolitisch und religiös unabhängig.

Insbesondere Freizeitaktivitäten werden von vielen Menschen nicht als politisch empfunden. Auch wenn immer wieder umweltpolitische oder Nachhaltigkeitsthemen mitgedacht werden, so stehen diese bei den Freizeitaktivitäten häufig nicht im Vordergrund. Gesucht wird eher die Freude an der körperlichen Betätigung, das Erleben der Natur und das soziale Miteinander.

Trotz einer inhaltlich richtigen Argumentation kann daher durch Verweise auf parteipolitische Inhalte oder das Posieren mit Parteivorsitzenden und -funktionären eine parteipolitische Gesinnung impliziert

werden. Naturgemäß reagieren viele Menschen deswegen sensibel auf politische oder sogar parteipolitisch eingefärbte Stellungnahmen. Es ist somit nachvollziehbar, dass sich Sporttreibende in ihrer Freizeit stellenweise als unpolitisch bezeichnen oder sich gar für politische Zwecke instrumentalisieren fühlen.

Die Erfahrung in der Praxis zeigt, dass sich naturfreundliche Freizeitaktivitäten in der Natur oder beim Natursport trennen lassen von den gesellschaftspolitischen Aktionen der NaturFreunde. Für viele unserer Mitglieder und für viele mögliche Neumitglieder ist dies eine wichtige Sichtweise und ein Grund, um Mitglied bei den NaturFreunden zu sein oder es zu werden.

Antragsteller: Landesverband Niedersachsen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Etablierung eines aktiven Verbandsmarketings inklusive einer Marketingstrategie	<i>Erledigt durch Antrag A - 1</i>	1
5	Der Bundesvorstand etabliert unverzüglich ein aktives Verbandsmarketing inklusive einer Marketingstrategie und versteht dies als seinen vorrangigen Arbeitsauftrag.		5
10	Verbandsentwicklung und Marketingstrategie sind unverzichtbare Instrumente der Mitgliederbindung und -gewinnung. Die Information und Überzeugung der bundesweiten Öffentlichkeit von den NaturFreunde- Zielen und -Alleinstellungsmerkmalen, auch um mehr Mitglieder zu gewinnen, kann nicht allein von den		10
15	Ortsgruppen geleistet werden. Vielmehr sind es nicht delegierbare Aufgaben des Bundesvorstandes.		15

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Die Mitgliederzahl der NaturFreunde Deutschlands hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als halbiert. Dem soll die Kampagne 100.000 entgegenwirken. Dabei fokussieren sich Handlungsschwerpunkt und Erwartungshaltung auf die Ortsgruppen, ohne jedoch die Bundesebene zu benennen und aktiv einzubeziehen.

Die Ortsgruppen sind in ihrer Wirkung naturgemäß regional begrenzt, insbesondere was die Mitglieder-
gewinnung in Flächenländern wie Niedersachsen
betrifft. Hier ist überregionale, bundesweite Aktivität
zwingend erforderlich.

Dem entspricht, dass der bundesweite Bekanntheits-
grad der NaturFreunde, etwa im Vergleich zu BUND
und NABU, gegen Null tendiert. NaturFreunde-Orts-
gruppen können aber nur bedingt bundesweite Öff-
fentlichkeitsarbeit machen.

Um diese Lücke bezüglich der Mitgliedergewinnung
möglichst schnell zu schließen, bedarf es dringend
bundesweit gesamtverbandlicher Handlungen und
Aktivitäten.

Antragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Optimierung der Homepage	<i>Erledigt durch Relaunch der Homepage</i>	1
5	Die Homepage der NaturFreunde Deutschlands soll optimiert werden, um eine moderne, benutzer*-innenfreundliche Plattform zu schaffen, die alle Mitglieder und Interessierte effektiv anspricht. Konkret soll die Homepage benutzer*-innenfreundlicher, optisch ansprechender und funktionaler gestaltet werden, um den Ansprüchen moderner digitaler Kommunikation gerecht zu werden.		5
10			10
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung			

Begründung der Antragstellerinnen

Die Optimierung der Homepage hat folgende Vorteile:

1. Zentrale Anlaufstelle: Die Homepage ist oft der erste Kontaktpunkt für Interessierte und Mitglieder. Eine moderne und gut strukturierte Website stärkt den ersten Eindruck und fördert die Identifikation mit den NaturFreunden.
2. Information und Kommunikation: Eine optimierte Homepage ermöglicht eine klare und einfache Kommunikation von Veranstaltungen, Projekten und wichtigen Themen.
3. Verbesserung der Nutzer*innenerfahrung: Aktuell ist die Navigation teilweise unübersichtlich, was die Informationssuche erschwert. Eine verbesserte Struktur, optimierte Ladezeiten und eine mobile Anpassung erhöhen die Zugänglichkeit.
4. Stärkung der digitalen Präsenz: Eine attraktive Homepage verbessert die Sichtbarkeit der NaturFreunde im Internet und erhöht die Reichweite bei neuen Zielgruppen.

vAntragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Einrichtung einer zentralen Cloud	<i>Überweisung an den Bundesvorstand</i>	1
5	Die NaturFreunde Deutschlands richten eine zentrale, benutzer*innenfreundliche und sichere Cloud-Infrastruktur ein mit dem Ziel, den digitalen Austausch zu optimieren und die Zusammenarbeit in der gesamten Organisation zu vereinfachen und effizienter zu gestalten.		5
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung			

Begründung der Antragstellerinnen

Der Aufbau einer Cloud-Infrastruktur hat folgende Vorteile:

1. Effizienzsteigerung: Eine zentrale Cloud ermöglicht es, Abrechnungen, Bilder, Texte und weitere Dokumente einfach und strukturiert an einem Ort zu speichern und für berechtigte Personen zugänglich zu machen.
2. Zeitersparnis: Der Austausch von Dateien über verschiedene Kanäle wie E-Mails oder unterschiedliche Plattformen wird überflüssig. Dies spart Zeit und vermeidet Doppelarbeit.
3. Transparenz: Mitglieder und Teams haben jederzeit Zugriff auf aktuelle Informationen und können besser zusammenarbeiten.
4. Sicherheit: Eine professionell aufgebaute Cloud bietet höhere Datensicherheit und schützt sensible Informationen vor Verlust oder Missbrauch.
5. Zukunftsfähigkeit: Eine zentrale Plattform schafft die Basis für langfristige digitale Zusammenarbeit und ermöglicht das einfache Einbinden neuer Teams, Projekte oder Werkzeuge.

Antragsteller: Landesverband Nordrhein-Westfalen und Ortsgruppe Bochum-Linden-Dahlhausen

	Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1	Einführung der Option eines digitalen Versands der NATURFREUNDiN	<i>Überweisung an den Bundesvorstand</i> 1
5	Die NaturFreunde Deutschlands führen für interessierte Mitglieder die Option eines digitalen Versands der <i>NATURFREUNDiN</i> ein. Künftig soll das Mitglieder-magazin an alle, die dies wünschen, digital versendet werden und zudem digital abrufbar sein.	5
10	Vorgehensweise: Diejenigen Mitglieder, die die <i>NATURFREUNDiN</i> in einer digitalen Form erhalten möchten, können in der NaturFreunde-Bundesgeschäftsstelle die Zusendung einer digitalen Ausgabe unter Angabe einer E-Mail-Adresse als Zusendeadresse beantragen.	10
15	Sie erhalten die <i>NATURFREUNDiN</i> dann digital an die angegebene E-Mail-Adresse.	15
20	Alle anderen Mitglieder erhalten die <i>NATURFREUNDiN</i> weiterhin in Papierform, auch bleibt der Versand der gedruckten Ausgaben an Ortsgruppen und Naturfreunde-häuser zum Zweck der Mitgliederwerbung bestehen.	20
25	Das Angebot eines digitalen Versands soll ab dem Jahr 2026 erfolgen, um der Bundesgeschäftsstelle ausreichend Vorlaufzeit für die Umstellung zu geben, zum Beispiel bezüglich der beiliegenden Magazine von NaturFreunde-Landesverbänden und -Bezirken.	25
30	Auch kann in dieser Zeit die Information über die neue Möglichkeit im Verband gestreut werden.	30

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung der Antragsteller**

Die Erweiterung des *NATURFREUNDiN*-Versands um eine digitale Ausgabe bringt zahlreiche Vorteile:

1. Umweltschonung: Die Reduzierung des Papierverbrauchs unterstützt das zentrale Anliegen der NaturFreunde, einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.
2. Kostenersparnis: Druck und Versand der Zeitschrift in Papierform verursacht dem Bundesverband erhebliche Kosten, die durch den digitalen Versand minimiert werden können.

3. Zugänglichkeit und Flexibilität: Die digitale Ausgabe ist jederzeit und überall abrufbar, ob auf dem Smartphone, Tablet oder Computer. Dies erleichtert den Zugang zur *NATURFREUNDiN*.
4. Schnellere Verfügbarkeit: Im Gegensatz zur gedruckten Ausgabe kann die digitale Version sofort nach Veröffentlichung gelesen werden, ohne eine Verzögerung durch den Postweg.
5. Archivierbarkeit: Digitale Ausgaben können einfach archiviert und zu einem späteren Zeitpunkt nachgelesen werden.

Antragsteller: Landesverband Württemberg

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Verzicht auf gedrucktes Verzeichnis der Naturfreundehäuser	<i>Ablehnung</i>	1
5	Auf die Herausgabe eines Häuserverzeichnis in gedruckter Form wird zukünftig verzichtet. Stattdessen ist der Präsentation der Naturfreundehäuser im Internet eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.		5

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Die Größe eines Naturfreundehauses, seine Betriebsform, Öffnungszeiten und Ausstattung sind für Nutzer*innen wichtiger als eine Übersicht über alle Naturfreundehäuser in Deutschland. Insofern ist der Gebrauchswert des gedruckten Häuserverzeichnis gering, hat aber hohe Erstellungskosten.

Wenn Printprodukte im Häuserbereich produziert werden, sollten es um inhaltliche Schwerpunkte

(etwa buchbare Angebote oder besonders für den Wintersport geeignete Naturfreundehäuser) oder auch regional-touristische Schwerpunkte (etwa Wandern im Schwarzwald, auf Natura Trails oder Kultura Trails) gehen.

Mit solchen Printprodukten kann auch gezielter bei Messen und anderen Veranstaltungen geworben werden.

Antragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Optimierung von Sponsoring und Kooperationen bei den NaturFreunden	<i>Annahme</i>	1
5	Der Bundesvorstand schafft einheitliche Standards und klare Rahmenbedingungen für Sponsoring und Kooperationen mit Partnerfirmen, um eine entsprechende Zusammenarbeit zu professionalisieren und auszubauen.		5
10	Das beinhaltet folgende Maßnahmen:		10
15	1. Wertekanon entwickeln: Leitlinien zu Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung und ethischem Engagement für Partnerfirmen festlegen;		15
20	2. Ein- und Ausschlusskriterien definieren: Kriterien wie Umweltbewusstsein, faire Arbeitsbedingungen und Transparenz bei der Produktion ausarbeiten;		20
25	3. Rahmen für Gegenleistungen klären: Erwartungsabstimmung mit Partnerfirmen, zum Beispiel für die Platzierung von Logos auf Websites, in Printmedien und Social Media sowie die Unterstützung bei Veranstaltungen;		25
30	4. Steuerliche Rahmenbedingungen prüfen: Klärung, wie Kooperationen finanziell und rechtlich sicher umgesetzt werden können;		30
	5. Kommunikation verbessern: Richtlinien für Transparenz und regelmäßige Berichterstattung über die Partnerschaften etablieren.		
	Bis zum nächsten Bundeskongress sollen Standards und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Sponsoringpraxis entwickelt werden und erste Kooperationen eingeleitet worden sein.		
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung			

Begründung der Antragstellerinnen

Die Zusammenarbeit mit Firmen wird für die NaturFreunde immer wichtiger, sei es zur finanziellen Unterstützung, zur Stärkung gemeinsamer Werte oder zur Durchführung von Projekten. Eine klare Strukturierung der Kriterien und Erwartungen erleichtert die Zusammenarbeit und sichert, dass diese im Einklang mit den Werten der NaturFreunde steht.

Sponsoring und Kooperationen mit Partnerfirmen können unter anderem folgenden Nutzen haben:

- Förderung der NaturFreunde durch finanzielle Unterstützung und Sachmittel
- Steigerung der Sichtbarkeit der NaturFreunde durch Events und mediale Präsenz
- Förderung der Werte von Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung durch Partnerfirmen

Praxiserfahrungen:

Erfolgreiche Kooperationen mit Unternehmen haben bereits gezeigt, wie Synergien zwischen Firmen und den NaturFreunden entstehen können. Dies um-

fasste materielle Unterstützung, gemeinsame Veranstaltungen und kreative Gegenseitigkeitsleistungen wie Anzeigenschaltungen oder Eventpartnerschaften.

Antragsteller: Landesverband Hessen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Überlassung von Mitglieder-E-Mail-Adressen an Landesverbände	<i>Erledigt durch Einführung der Online-Mitgliederverwaltung NAOMI (NaturFreunde und Naturfreundejugend Organisations- und Mitgliederverwaltung)</i>	1
5	Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die E-Mail-Adressen der Mitglieder des jeweiligen Landesverbandes diesem unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zur Verfügung zu stellen.		5
10	Mit diesen E-Mail-Adressen sollen zentrale Dateien für die direkte Kommunikation mit Mitgliedern aufgebaut werden.		10

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Für einen aktiven Verband und die Teilhabe seiner Mitglieder ist eine zeitgemäße, direkte Kommunikationsstruktur notwendig.

Die interne Kommunikation des Landesverbandes erfolgt bei den NaturFreunden Hessen wesentlich über Ortsgruppenrundschriften und E-Mails an die Ortsgruppenvorstände, die diese dann weiter verteilen sollen. Direkt werden die Mitglieder angesprochen durch das *NaturFreunde – Hessen Info* als Beihemer der *NATURFREUNDiN* (vierteljährlich), darüber hinaus durch den Newsletter des Landesverbandes.

Dies genügt nicht mehr für einen zeitgemäßen und aktiven Mitgliederverband mit gegenseitiger Kommunikation. Notwendig sind eine direkte Ansprache sowie direkte Kommunikationsmöglichkeiten.

Zum Beispiel haben die NaturFreunde mit anderen Organisationen zu verschiedenen Solidaritätsdemonstrationen aufgerufen. Diese zentralen Aufrufe

sind oftmals bei den einzelnen Mitgliedern in den Ortsgruppen nicht angekommen, weil es keine direkte Kommunikation des Landesverbandes (beziehungsweise des Bundesverbandes) mit den Mitgliedern gibt.

Dieser Zustand ist keinesfalls mehr zeitgemäß und hinkt allen vergleichbaren Organisationen hinterher. Dieser Zustand schränkt zudem die schnelle und aktuelle Aktionsfähigkeit stark ein, auch sind keine schnellen und aktuellen Informationen und Stellungnahmen des Landesverbandes zum Beispiel im Hinblick auf Kriegsereignisse oder Vorfälle rechter Gewalt möglich.

Viele Organisationen informieren ihre Mitglieder (direkt) per E-Mail und mit Newslettern. Dies ist effektiv und sinnvoll.

Die NaturFreunde Hessen wollen diese Beispiele zum Vorbild für eine bessere Vernetzung und Kommunikation nehmen.

Antragstellerinnen: Bundesfachgruppen Bergsport, Kanusport, Schneesport und Wandern

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Finanzielle Entlastung der Ortsgruppen über ihre aktiven Mitglieder Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein Konzept zur Förderung des Ehrenamts bei den NaturFreunden zu entwickeln, mit dem mehr Vereinsmitglieder zur aktiven ehrenamtlichen Mitarbeit im Verband animiert und gleichzeitig deren Ortsgruppen finanziell entlastet werden. 5 10 Dieses Konzept soll unter anderem sicherstellen, dass der Mitgliedsbeitrag von ehrenamtlich Tätigen (zum Beispiel Wahlämter) zu 100 Prozent in der Ortsgruppe verbleibt. Umgesetzt wird diese Forderung entweder dadurch, indem Ortsgruppen für ihre ehrenamtlich tätigen Mitglieder keine Abgaben an Landes-, Bundesverband und NaturFreunde Internationale abführen müssen oder alternativ vom Verband bezuschusst werden – und zwar in gleicher Höhe wie die zuvor für ihre ehrenamtlich tätigen Mitglieder abgeführten Abgaben. 15 20 Die Summe der möglichen Förderungen der Ortsgruppe muss an die Anzahl der gemeldeten Mitglieder gekoppelt sein (vergleichbar mit dem Punktesystem der Sportförderung des Freistaats Bayern). 25 30 Der Bundesvorstand beruft zu diesem Vorhaben eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller interessierten Gliederungen ein, die • entsprechende Regelungen erarbeitet, • sich dabei mit der (in den vergangenen Monaten) tagenden Arbeitsgruppe/Kommission „neue Mitgliedsbeiträge“ abstimmt und 35 • zu jeder Bundesausschusssitzung berichtet (erstmalig bereits zur Herbstsitzung 2025). 40 Das Vorhaben muss öffentlichkeitswirksam an die Ortsgruppen getragen werden und diese sollen aktiv um die Mitarbeit bei der Konzeptentwicklung gebeten werden. Das Konzept soll noch vor dem nächsten Bundeskongress beschlossen und eingeführt werden.	<i>Ablehnung</i> 1 5 10 15 20 25 30 35 40

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Begründung der Antragstellerinnen

Ein grundlegendes Problem für viele Ortsgruppen ist, dass sie den Großteil ihrer Mitgliedsbeiträge an Landes-, Bundesverband und NaturFreunde Internationale abführen. Gleichzeitig werden derzeit nicht überall die Angebote und Aktivitäten der übergeordneten Gliederungen wahrgenommen. Die Verwendung der Mitgliedsbeiträge durch Landes-, Bundes- und internationale Ebene ist für die einzelne Ortsgruppe häufig intransparent und zudem für das Fortbestehen der Ortsgruppe wenig hilfreich.

Der prozentuale Anteil des Mitgliedsbeitrags, der für die Ortsgruppenarbeit verbleibt, ist in der Regel sehr gering. Auch ein einmaliger finanzieller Anreiz für Neumitglieder ist weder nachhaltig noch löst er das Grundproblem.

Vor diesem Hintergrund haben einige Ortsgruppen bereits parallele Vereinsstrukturen entwickelt, die es ihnen ermöglichen, Verbandsabgaben zu umgehen (zum Beispiel durch Fördervereine).

Mit diesem Antrag soll diese Vorgehensweise überflüssig gemacht werden. Die Mitgliedschaft und Meldung jedes Mitglieds an den Bundesverband muss sich für Ortsgruppen wieder lohnen.

Wesentliche Unterstützung in einem Bestreben für eine nachhaltige Mitgliedergewinnung und -bindung wollen auch die Anträge „Einrichtung einer zentralen Cloud“, „Optimierung der Homepage“ und „Aufnahme der NaturFreunde in den DOSB“ leisten. Auch diese Anträge zielen letztlich auf höhere Mehrwerte für Ortsgruppen ab.

Antragsteller: Bundesvorstand

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Festsetzung der Bundesbeiträge ab 1.1.2028	<i>Keine Empfehlung</i>	1
5	Die Höhe des an die Bundesgruppe (inklusive Natur-Freunde Internationale) abzuführenden Beitragsanteils für Mitglieder (natürliche Personen) beträgt ab dem 1.1.2028:		5
	E = 35,00 Euro		
	F = 52,50 Euro		
10	K/J = 17,50 Euro		10
Abstimmung: Ja Nein Enthaltung			

Begründung des Antragstellers

mündlich

Antragstellerin: Ortsgruppe Einhausen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Verzicht auf Beitragserhöhung zum 1.1.2027	Ablehnung	1
5	Der 32. Bundeskongress nimmt die zweite Stufe der vom 31. Bundeskongress beschlossenen Erhöhung der Bundesbeiträge zurück und belässt es aus Wettbewerbsgründen bei der bereits 2024 erfolgten ersten Stufe der Erhöhung.		5

Abstimmung: Ja Nein Enthaltung

Begründung der Antragstellerin

Der 31. Bundeskongress hatte 2021 eine zweistufige Erhöhung des Beitragsanteils an die Bundesgruppe (inklusive NFI) beschlossen (zum Beispiel E-Beitrag ab 2024 von vorher 23,00 Euro auf 26,50 Euro, ab 2027 auf 29,00 Euro). Die erste Stufe entsprach einer 15-prozentigen Erhöhung, mit der zweiten Stufe wird der Beitrag um dann insgesamt 26 Prozent erhöht.

Doch die immer höheren Mitgliedsbeiträge lassen sich im Verbändevergleich nicht mehr durchsetzen.

Wenn man von einer mustergültigen Aufteilung der Mitgliedsbeiträge zu je einem Drittel auf Ortsgruppe, Landesverband und Bundesgruppe ausgeht, müsste eine Ortsgruppe derzeit einen Familienbeitrag von 119,25 Euro kassieren. Schließlich beträgt der an die Bundesgruppe abzuführende Anteil in der Beitragskategorie F momentan 39,75 Euro.

Andere vergleichbare Verbandsmitgliedschaften sind deutlich günstiger, zum Beispiel beim NABU: Dort kann eine Familie schon für 55,00 Euro Mitglied sein.

Einen mehr als doppelt so hohen Beitrag von Natur-Freunde-Familien zu kassieren, hält unsere Ortsgruppe bereits derzeit weder für verhältnismäßig noch akzeptabel. Orientiert sich unsere Ortsgruppe in der Höhe der Mitgliedsbeiträge allerdings an vergleichbaren Vereinen, kann sie die internen Abgaben an Landesverband und Bundesgruppe kaum noch erbringen. Ein Dilemma.

In der Folge sind wir immer mehr auf andere Einnahmen angewiesen. In finanzieller Hinsicht sind Spender*innen für unsere Ortsgruppenarbeit mittlerweile wichtiger als neu gewonnene Mitglieder. Das kann nicht im Sinne der Kampagne 100.000 sein.

Antragstellerin: Ortsgruppe Bad Emstal

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Aussetzung zweite Stufe Beitragserhöhung Der Bundeskongress setzt die zweite Stufe der Beitrags- erhöhung im Jahr 2027 aus solidarischen Gründen aus.	<i>Ablehnung</i>

1

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung der Antragstellerin**

Solidarität ist eine der wichtigsten Grundlagen der NaturFreunde. Die Arbeit in den Ortsgruppen wird durch die allgemeine Kostensteigerung weiter eingeschränkt, auch wenn durch Fördermöglichkeiten für Projekte Entlastungen gegeben sind.

Bei unserem Naturfreundehaus führt die allgemeine Kostensteigerung zu geringeren Einnahmen. Gleichzeitig verlangt die Altersstruktur unserer Ortsgruppe eine zunehmende Verlagerung von ehemals ehrenamtlichen Tätigkeiten auf kostenintensiven Personaleinsatz.

Wir können unsere Mitgliedsbeiträge nicht erhöhen, weil wir in einer strukturschwachen Region leben und auch Menschen mit geringem Einkommen ein Zuhause bieten möchten. Wir hatten schon Austritte, weil Mitglieder mit kleiner Rente nach Einsparmöglichkeiten suchen mussten.

Unser Mitgliedsbeitrag für Erwachsene beträgt aktuell 61,- Euro. Nach Abzug des angestrebten Beitrages an Bundes- und Landesverband blieben 3,- Euro bei der Ortsgruppe, was nahe am Nichts wäre.

Antragsteller: Bundesausschuss

Antrag	Empfehlungen der Antragskommission
1 Änderungen der Beitragsstruktur 5 Die Arbeitsgemeinschaft (AG) Beitragsstruktur hat in den Jahren 2023 und 2024 in vier Sitzungen eine Liste verschiedener Themen für Änderungen, die mit dem Bundesausschuss abgestimmt worden waren, abgearbeitet. Danach wurde Bilanz gezogen und es wurden auf der Basis dieser Positionierungen die an die AG Beitragsstruktur überwiesenen Anträge des 31. Bundeskongresses (2021) behandelt. 10 Der Bundesausschuss schlägt dem 32. Bundeskongress vor, die folgenden Empfehlungen der AG Beitragsstruktur anzunehmen: 15 20 1. Für neue Mitglieder soll im Aufnahmejahr der Mitgliedsbeitrag quartalsgenau berechnet werden. Das bedeutet: Wer im April eintritt, zahlt für drei Quartale; im Eintrittsjahr also lediglich drei Viertel des Jahresbeitrags. Beim Austritt im Jahresverlauf bleibt dagegen die Beitragspflicht in vollem Umfang bestehen. 25 2. Es soll einen digitalen Mitgliedschaftsnachweis neben dem NaturFreunde-Ausweis geben. 30 3. Die AG Beitragsstruktur hat die vom 31. Bundeskongress überwiesenen Anträge D – 2, D – 3, D – 4, D – 5 und D – 6 beraten und empfiehlt dem 32. Bundeskongress, diese Anträge nicht zu verabschieden.	<i>Annahme</i> 1 5 10 15 20 25 30

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Dazu im Einzelnen:

(D – 2) Reduzierter Sozialbeitrag: Bereits heute gibt es in einer Vielzahl von Ortsgruppen und auch Landesverbänden einen Sozialbeitrag. Dieser ist sehr unterschiedlich gestaltet. Diese Regelung soll nicht geändert werden. Es bleibt den Ortsgruppen und Landesverbänden überlassen, dies gegebenenfalls umzusetzen, sowohl was die Kriterien als auch den Umfang des Nachlasses betrifft.

(D – 3) Familienmitgliedschaft für weitere Verwandte: Eine gemeinsame Definition von „Verwandtschaft“ erscheint nicht sinnvoll, da es hier sehr unterschiedliche Auslegungen gibt. Die bisherige Definition von Familienmitgliedschaft wird beibehalten.

(D – 4) Schnuppermitgliedschaft für Ortsgruppen: Der bisherige Mitgliedsausweis soll nicht verändert werden. Mitglieder treten in den Verband ein und werden auch so erfasst. Wenn Ortsgruppen für ihre

jeweilige Situation eigenständige Regelungen ermöglichen wollen, können sie das umsetzen. Für die Bundesgruppe werden jedoch alle Mitglieder wie bisher erfasst und abgerechnet.

(D - 5) Schnuppermitgliedschaft Landesverbände:
Diese soll nicht eingeführt werden.

(D - 6) Prämien Mitgliederwerbung - Beitragserlass + Beitragsfreiheit: Hier soll die bisherige Regelung beibehalten werden, dass dies von Ortsgruppen und Landesverbänden individuell entschieden wird.

Antragsteller: Landesverband Nordrhein-Westfalen und Ortsgruppe Bochum-Linden-Dahlhausen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Einführung der Option eines digitalen Mitgliedsausweises	<i>Erledigt durch Antrag C - 5</i>	1
5	Die NaturFreunde Deutschlands führen für interessierte Mitglieder die Option eines digitalen Mitgliedsausweises ein.		5
10	Vorgehensweise: Diejenigen Mitglieder, die einen digitalen Mitgliedsausweis wünschen, können in der NaturFreunde-Bundesgeschäftsstelle die Zusendung eines digitalen Mitgliedsausweises unter Angabe einer Zusendeadresse (E-Mail-Adresse und/oder Mobilfunknummer) beantragen. Für alle anderen Mitglieder bleibt das bisherige Verfahren bestehen, mit dem sie ihren Mitgliedsausweis in der klassischen Kartenform erhalten.		10
15	Die Umsetzung dieses Antrages soll möglichst ab dem Jahr 2026, spätestens aber ab dem Jahr 2027 erfolgen, um allen Mitgliedern sowie den beteiligten Strukturen ausreichend Zeit zur Vorbereitung zu geben. Dieser Vorlauf gewährleistet, dass sowohl die Einführung der digitalen Mitgliedsausweise reibungslos verläuft, als auch die Mitglieder, die eine Umstellung auf einen digitalen Ausweis wünschen, ausreichend informiert werden.		15
20			20
25			25

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung der Antragsteller**

Die Einführung eines optionalen digitalen Mitgliedsausweises bietet einige Vorteile:

1. **Umweltschonung:** Durch die Einsparung von Plastikkarten und Papier trägt man aktiv zum Umweltschutz bei, was den Kernwerten der NaturFreunde entspricht.
2. **Verfügbarkeit:** Der digitale Ausweis ist jederzeit auf mobilen Endgeräten verfügbar, sodass das Mitglied diesen immer griffbereit hat.
3. **Kosteneffizienz:** Die Produktion und der Versand physischer Karten entfallen, was sowohl Ressourcen als auch Kosten spart.
4. **Sicherheitsvorteile:** Ein digitaler Ausweis kann einfacher vor Verlust geschützt werden, da er auf verschiedenen Geräten gespeichert und im Falle eines Verlusts leicht wiederhergestellt werden kann.
5. **Digitalisierung:** Mit der Einführung eines digitalen Ausweises senden die NaturFreunde ein klares Zeichen für Fortschritt und Modernisierung und sprechen damit insbesondere auch jüngere Mitglieder an.

Antragstellerin: Bundesfachgruppe Naturfreundehäuser

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission																																		
1	Anpassung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk	<i>Annahme mit Prüfauftrag an den Bundesfachbereich Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit, ob bei Naturfreundehäusern ohne Übernachtungsangebot eine differenziertere Berechnung (auch prozentual) möglich ist; der Bundesausschuss erhält die Vollmacht, diese gegebenenfalls zu beschließen</i>	1																																	
5	Der Bundeskongress wird aufgefordert, einer bereits von der Bundeshäuserkonferenz beschlossenen Erhöhung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk ab dem Jahr 2026 zuzustimmen.		5																																	
10	Die Entwicklungsabgabe Häuserwerk soll von 30 Cent auf 70 Cent brutto pro Übernachtung im Naturfreundehaus erhöht werden. Die Anpassung soll zudem prozentual im gleichen Umfang gelten für sogenannte Umsatzhäuser (Naturfreundehäuser [NFH] ohne Übernachtungsangebot) sowie für vermietete Dauerstellplätze. Eine Ausnahme sollen die Umsatzhäuser mit einem Jahresumsatz unter 5.000 Euro bilden: Für sie soll es keine Erhöhung geben.		10																																	
15	Folgende Abgaben sollen ab 2026 gelten:		15																																	
20	<table><tr><th>seit 2006</th><th colspan="2">ab 2026</th></tr><tr><td>NFH mit Übernachtungsangebot (Ü)</td><td></td><td></td></tr><tr><td>je Übernachtung:</td><td>0,30 €</td><td>0,70 €</td></tr><tr><td>NFH ohne Ü - nach Umsatz</td><td></td><td></td></tr><tr><td>bis 4.999,99 €:</td><td>50,00 €</td><td>50,00 €</td></tr><tr><td>5.000,00–14.999,99 €:</td><td>100,00 €</td><td>240,00 €</td></tr><tr><td>15.000,00–29.999,99 €:</td><td>150,00 €</td><td>350,00 €</td></tr><tr><td>30.000,00–99.999,99 €:</td><td>250,00 €</td><td>590,00 €</td></tr><tr><td>ab 100.000,00 €:</td><td>350,00 €</td><td>820,00 €</td></tr><tr><td>Dauerstellplätze</td><td></td><td></td></tr><tr><td>pro Jahr:</td><td>15,00 €</td><td>35,00 €</td></tr></table>	seit 2006	ab 2026		NFH mit Übernachtungsangebot (Ü)			je Übernachtung:	0,30 €	0,70 €	NFH ohne Ü - nach Umsatz			bis 4.999,99 €:	50,00 €	50,00 €	5.000,00–14.999,99 €:	100,00 €	240,00 €	15.000,00–29.999,99 €:	150,00 €	350,00 €	30.000,00–99.999,99 €:	250,00 €	590,00 €	ab 100.000,00 €:	350,00 €	820,00 €	Dauerstellplätze			pro Jahr:	15,00 €	35,00 €		20
seit 2006	ab 2026																																			
NFH mit Übernachtungsangebot (Ü)																																				
je Übernachtung:	0,30 €	0,70 €																																		
NFH ohne Ü - nach Umsatz																																				
bis 4.999,99 €:	50,00 €	50,00 €																																		
5.000,00–14.999,99 €:	100,00 €	240,00 €																																		
15.000,00–29.999,99 €:	150,00 €	350,00 €																																		
30.000,00–99.999,99 €:	250,00 €	590,00 €																																		
ab 100.000,00 €:	350,00 €	820,00 €																																		
Dauerstellplätze																																				
pro Jahr:	15,00 €	35,00 €																																		
25			25																																	
30			30																																	
(alle Beiträge inklusive Mehrwertsteuer)																																				

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

Begründung der Antragstellerin

Die Entwicklungsabgabe wurde seit 20 Jahren nicht mehr angepasst. In dieser Zeit sind aber die Kosten, die durch diese Abgabe gedeckt werden, inflationsbedingt kontinuierlich gestiegen. Eine Anpassung ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, um die finanzielle Stabilität und die zukünftige Entwicklung des Naturfreundehäuserwerks weiter zu gewährleisten.

Durch eine Anpassung an die tatsächlichen Kosten können folgende Punkte im Häuserbereich weiterbearbeitet und -entwickelt werden.

- **Gremien-, Informations-, Vernetzungstreffen:** Jedes Jahr wird eine Bundeshäuserkonferenz finanziert, etwa zweimal im Jahr werden inhaltliche Seminare für alle Häuserverantwortlichen angeboten;

- Zeitgemäßes **Marketing** und Sichtbarkeit der Naturfreundehäuser: Hier geht es um einheitliches Auftreten sowie Marketing- und PR-Maßnahmen (Flyer, Messe), mit dem neue Gäste gewonnen und bestehende Besucher*innen langfristig gebunden werden können;
- Bestehende **Verwaltungskosten**: Das sind insbesondere Kosten für den Betrieb der zentralen Häuserdatenbank (auch Grundlage für den Internetauftritt jedes Naturfreundehauses auf naturfreundehaus.de) sowie vorbereitende Arbeiten für und den Druck des **Häuserverzeichnisses**;
- **Versicherungen**: Ehrenamtlich tätige Helfer*innen können bei der Arbeit in Naturfreundehäusern weiterhin durch die Verwaltungsberufsgenossenschaft versichert werden;
- Sicherstellung der **Gemeinnützigkeit der Bundesgruppe**: Alle Einnahmen und Ausgaben, die über die Entwicklungsabgabe abgebildet werden, sind steuerlich dem „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ der Bundesgruppe zuzurechnen. In den

vergangenen Jahren schrieb der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb negative Zahlen. Da in einer solchen Situation das Finanzamt unterstellen wird, dass diese Verluste – unzulässigerweise – mit Geldern aus dem „ideellen Bereich“ (hauptsächlich Mitgliedsbeiträgen) der Bundesgruppe ausgeglichen werden, ist die Gemeinnützigkeit der Bundesgruppe gefährdet. Schon alleine aus diesem Grund ist eine deutliche Erhöhung der Einnahmen aus der Entwicklungsabgabe angezeigt;

- **Krisenresilienz**: Die letzten (Corona-) Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, auf unvorhergesehene Herausforderungen vorbereitet zu sein. Ein größerer finanzieller Spielraum ermöglicht es, flexibel auf Krisen zu reagieren. Dazu zählt auch, über die Entwicklungsabgabe eine Liquiditätsreserve.

Zusätzliches Material: Haushaltsplan 2025 des Bundesfachbereichs Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit auf der folgenden Seite.

Material: Haushaltsplan 2025 Bundesfachbereich Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit

Haushaltsplan Fachbereich Häuser 2025

Beschluss Bundeshäuserkonferenz

	Plan 2025	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2023	Plan 2022	Ist 2022	Bemerkungen
Ausgaben							
1. Häuserdatenbank und Häuserverzeichnis	100.000,00 €	90.000,00 €	90.000,00 €	90.000,00 €	80.000,00 €	80.000,00 €	gemäß Vertrag mit Verlag
2. Messen, Präsentationen	17.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	17.463,38 €	15.000,00 €	- €	
3. Seminare/Projekte	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	9.697,79 €	15.000,00 €	1.778,77 €	
4. Umsatzsteuerzahllast/Ausgleich Ertragssteuern	18.000,00 €	18.000,00 €	5.000,00 €	19.058,90 €	5.000,00 €	17.964,07 €	Umsatzsteuer Plan 24 an IST 2022 angepasst
5. Arbeitstagungen, Bundeskonferenz, Reisekosten	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	7.345,80 €	5.000,00 €	2.670,78 €	
6. Materialien	23.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	- €	35.000,00 €	- €	in Messekosten enthalten
7. Berufsgenossenschaft	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.400,72 €	2.500,00 €	2.400,53 €	
8. Einzug Entwicklungsabgabe	6.000,00 €	6.000,00 €	5.000,00 €	10.000,00 €	5.000,00 €	- €	wurde 2022 vom BfS Kto. bez. wird in 2023 korrigiert
9. Verwaltungsanteil	7.000,00 €	7.000,00 €	6.000,00 €	7.194,16 €	6.000,00 €	6.000,00 €	
10. Personalaufwand	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	16.374,68 €	30.000,00 €	11.186,12 €	anteiliger Personalaufwand FB Häuser 50%-Stelle
11. Versandkosten	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	- €	1.000,00 €	- €	
12. Bankgebühren etc.	500,00 €	500,00 €	1.000,00 €	351,24 €	500,00 €	1.760,84 €	Verwahrgebühren/Kontoführung
13. Sonstiges	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	750,00 €	1.000,00 €	- €	
14. BAG FE	6.000,00 €	- €	- €	5.163,00 €	- €	- €	
Summe Ausgaben:	222.000,00 €	206.000,00 €	191.500,00 €	185.799,67 €	201.000,00 €	123.761,11 €	
Einnahmen							
15. Entwicklungsabgabe	125.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	119.044,45 €	60.000,00 €	106.710,10 €	
16. Anteil aus Schnupper- und Direktmitgliedschaft	30.000,00 €	30.000,00 €	28.000,00 €	29.822,10 €	22.000,00 €	29.540,00 €	
17. Aufnahmegebühr neue NFH	2.500,00 €	- €	- €	- €	- €	2.380,00 €	
18. Rückvergütung HVZ Einzelverkauf	500,00 €	500,00 €	500,00 €	- €	500,00 €	162,00 €	
19. Rückvergütung Prosum	1.000,00 €	- €	- €	2.405,04 €	- €	- €	
20. Zinsen	500,00 €	- €	- €	643,82 €	- €	- €	
21. BAG FE + sonstiges	5.000,00 €	- €	- €	5.038,00 €	- €	- €	
Summe Einnahmen:	164.500,00 €	155.500,00 €	153.500,00 €	156.953,41 €	82.500,00 €	138.792,10 €	
Unterdeckung	- 57.500,00 €	- 50.500,00 €	- 38.000,00 €	- 28.846,26 €	- 118.500,00 €	15.030,99 €	aus Kontobestand/Vermögen gedeckt Zukunftsinvestition Mitgliederwerbung
			Liquiditätshilfe	150.000,00 €			

Antragsteller: Landesverband Württemberg

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Entwicklungsabgabe auf Umsatzbasis	<i>Erledigt durch Antrag C - 7</i>	1
5	Die Entwicklungsabgabe für Naturfreunde Häuser finanziert sich ab dem Jahr 2026 aus 0,5 Prozent des Vorjahresumsatzes eines Naturfreunde Hauses. Für fremdverpachtete Naturfreunde Häuser gelten 4,0 Prozent der Jahrespachtsumme.		5
10	Eine jährliche Meldung und Zahlung, zum Beispiel im ersten Quartal jeden Jahres, reduziert den anfallenden Verwaltungsaufwand in den Ortsgruppen sowie in der Bundesgeschäftsstelle.		10

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Die Entwicklungsabgabe wird dazu genutzt, Naturfreunde Häuser unterschiedlicher Art nach Größe, Betriebsform, Übernachtungspreisen und Ausstattung zu bewerben und zu fördern.

Schon aus Gründen der Gleichbehandlung sollte sich die Entwicklungsabgabe nicht einseitig aus einer Übernachtungsabgabe finanzieren, stattdessen sollte der Maßstab jeweils die gesamte Wirtschaftskraft eines Naturfreunde Hauses sein.

Antragsteller: Landesverband Sachsen

Antrag		Empfehlungen der Antragskommission	
1	Teilauszahlung Restitutionsvermögen	<i>Ablehnung wegen bereits erfolgter Überweisung an den Bundesausschuss</i>	1
5	200.000 Euro aus dem Restitutionsvermögen in Höhe von 1.200.000 Euro werden zu gleichen Teilen an die fünf ostdeutschen Landesverbände ausgezahlt.		5
10	Zum Hintergrund: Im Jahr 2015 wurde durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) ein Entschädigungsanspruch der NaturFreunde für Vermögen anerkannt, welches nicht restituiert werden konnte. Dies betraf insbesondere ehemaliges NaturFreunde-Vermögen in den ostdeutschen Bundesländern.		10
15	Es bestand Einigkeit im Verband, dass das Restitutionsvermögen zu einem Teil für Maßnahmen in Ostdeutschland verwendet werden sollte. Um die inhaltlichen Eckpunkte zu vereinbaren, wurde eine Arbeitsgruppe unter dem vormaligen Bundesgeschäftsführer gebildet, die sich mehrmals in der Bundesgeschäftsstelle getroffen hat.		15
20	Mit Ausnahme eines Immobilienerwerbs durch die Bundesgruppe in Thüringen ist allerdings bislang für die anderen ostdeutschen Bundesländer kein Ergebnis erzielt worden.		20
25			25

Abstimmung:**Ja****Nein****Enthaltung****Begründung des Antragstellers**

Die Zeit drängt. Die Mitgliederentwicklung der NaturFreunde in den ostdeutschen Bundesländern bleibt seit ihrer Wiedezulassung im Jahr 1989 in vielen ostdeutschen Regionen hinter den Erwartungen zurück. Trotz hervorragender Arbeit können die NaturFreunde insbesondere in den ländlichen Regionen nicht so sichtbar werden, wie es den eigenen Wünschen entspricht.

Aufgrund der schlechten finanziellen Ausstattung in den jeweiligen Landesverbänden können nur in ge-

ringem Umfang Förderprojekte oder eigene Kampagnen gestartet werden, die insbesondere die Stärkung der Mitgliederzahlen zum Ziel hätten. Vor allem bei verspäteter Auszahlung von Fördermitteln stehen die betreffenden Verbände vor unlöslichen Herausforderungen.

Eine finanzielle Ausstattung im vorgeschlagenen Umfang würde es den genannten Landesverbänden ermöglichen, Förderprogramme in Anspruch zu nehmen beziehungsweise Kampagnen oder Projekte auch mit dem Ziel der Mitgliederwerbung zu starten.

